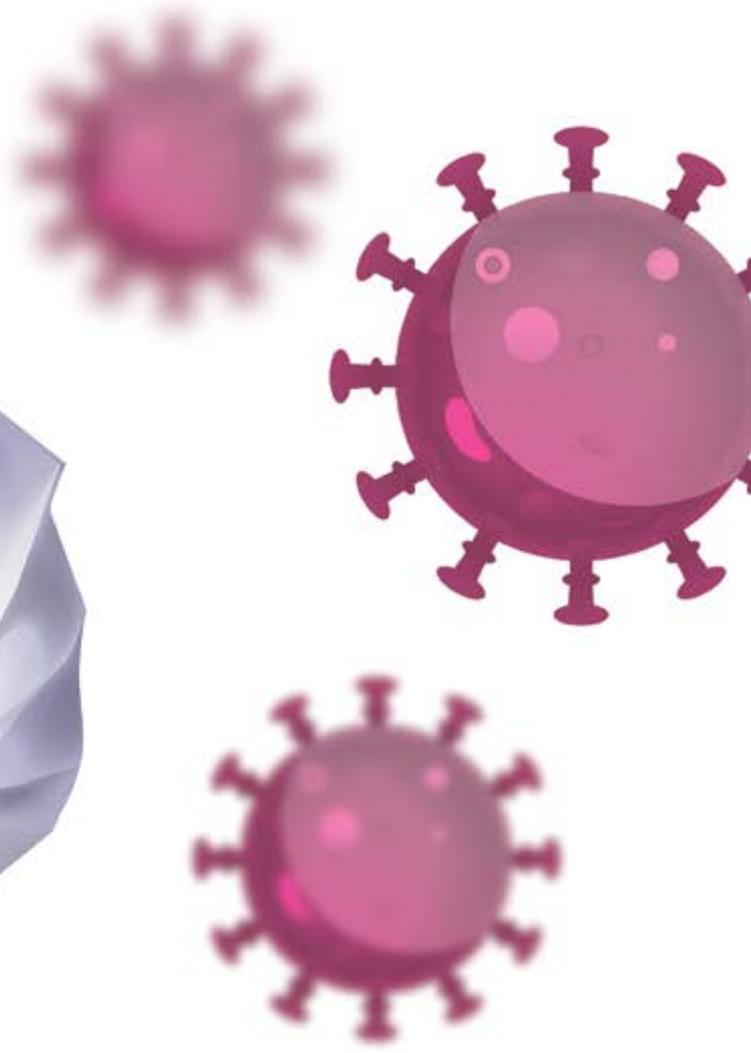


DISS

Journal

- ▶ DISScourse
- ▶ DISSagree
- ▶ DISSorder

#39
Juni 2020



Die „freiwillige“ Corona-App

Einstieg in bedingte Beweglichkeit?

„We are Human! – I am not Animal!“

Grenze und Migration im Kontext
des Klimawandels

Mediale (Ent-)Politisierung?

Darstellung der Motivation zweier Gewalt-
taten Anfang 2019 in Printmedien

IMPRESSUM

DISS-Journal

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15, 47051 Duisburg

Tel.: 0203/20249

Fax: 0203/287881

info@diss-duisburg.de

www.diss-duisburg.de

Blog: www.disskursiv.de

REDAKTION

Helmut Kellershohn

Jobst Paul

Wolfgang Kastrup

Benno Nothardt

Guido Arnold

LAYOUT

Guido Arnold

Schutzgebühr: 4 EUR

kostenfrei für Mitglieder des

DISS-Förderkreises

VORWORT

Das neue DISS-Journal wartet mit zwei Überraschungen auf. Es ist umfangreicher als gewohnt und auch das Outfit ist neu gestaltet. Wir haben mit vereinten Kräften versucht, die Zeit des Home-Office produktiv zu nutzen. Damit sind wir beim Thema. Am Corona-Virus kommt keiner vorbei ...

Manche sprechen von dem Virus als von einem Schwarzen Schwan, einem seltenen und höchst unwahrscheinlichen Ereignis. Das ist Covid-19 genauso wenig wie ein „externer Schock“, der gewissermaßen wie ein Blitz aus heiterem Himmel in die gesellschaftlichen Prozesse fährt. Betrachten wir die zoonotische Pandemie doch eher als einen Indikator für die zunehmende Rückwirkung kapitalistisch geprägter Produktions- und Lebensweisen weltweit auf die äußere wie innere Natur. Sie enthüllt zudem bereits bestehende systemische Antagonismen, die nun bei der Bearbeitung der „Corona-Krise“ in sozialer, ökonomischer und politischer Hinsicht zutage treten. Und schließlich: Die Krise wird möglicherweise die Antagonismen und bestehende Krisentendenzen weiter verstärken und zugleich die Prozesse beschleunigen, mit deren Hilfe sich die ökonomischen und politischen Eliten die Lösung erhoffen (z.B. Digitalisierung).

Das vorliegende DISS-Journal thematisiert zwei Aspekte der „Corona-Krise“: zum einen die geplante Einführung der „Corona-Warn-App“ in Deutschland, die umstritten ist (z.B. fordern die GRÜNEN und die LINKE eine gesetzliche Grundlage) und hier in einem prononcierten Artikel kritisiert wird; zum anderen die Digitalisierung des Gesundheitswesens mit ihren problematischen Auswirkungen. Zwei weitere Artikel lenken die Aufmerksamkeit auf das brisante Thema der Migration, das in den Zeiten von Corona in den Hintergrund gedrängt wurde. Wie immer richtet das DISS-Journal auch den Blick nach rechts. Zwei kleinere diskursanalytische Studien runden dieses Heft ab, und last not least empfehlen wir die Lektüre des Rezensionsteils. Ein Wunsch zum Schluss: Bleiben Sie gesund. (H.K.).

INHALT

3	Die „freiwillige“ Corona-App	<i>Rezensionen:</i>	
9	„We are Human! – I am not Animal!“	40	Resilienz im Krisenkapitalismus
14	Im Zweifel restriktiv	43	Ein Gigant der Philosophie: Georg Wilhelm Friedrich Hegel
17	Mediale (Ent-)Politisierung?	47	Rechte Wörter - Von Abendland bis Zigeunerschnitzel
21	Die Wirkmächtigkeit von Diskursen	49	„Anständige Mädchen“ und „selbstbewusste Rebellinnen“
24	Weniger Arzt im künstlich intelligenten Gesundheitssystem	50	Kaiser und Sultan. Zwischen Orient und Okzident
30	Der »Kampf gegen das Auto«	52	Der römische Coup der Verfassungsväter
34	„Atomwaffendivision“	53	Tierschutz und Judentum
37	Ruhrkampf 1920	54	Gerrymanders in Virginia

Die „freiwillige“ Corona-App



Vom Autor*innen-Kollektiv *capulcu*

Es ist zu befürchten, dass wir noch sehr viel länger an den Folgen des pandemischen Ausnahmezustands knabbern werden, der sich dadurch auszeichnet, dass partielle Grundrechte zunächst temporär außer Kraft gesetzt oder in bedingte Zugeständnisse verwandelt werden. Der Terror bedingte Ausnahmezustand hat seine zeitliche Begrenzung schon lange überwunden. Der war-on-terror hat es geschafft, eine Ereignis bezogene Angst in dauerhafte gesellschaftliche Verunsicherung zu überführen. Damit war es möglich, über die Konstruktion des Gefährders die Beschneidung von wesentlichen Grundrechten zumindest personenbezogen durchzusetzen.

Auch dem pandemischen Ausnahmezustand droht durch die (berechtigte) Befürchtung neuer Corona-Wellen bzw. neuer Virenstämme die Verstetigung. Ein etwaiger war-on-virus verfügt über eine ungleich größere Kapazität gesellschaftlicher Umgestaltung. Der Imperativ der „sozialen Distanzierung“ ermöglicht den Eingriff in das soziale Leben einer beliebig großen Gruppe von viralen Gefährdern bis hin zur Isolation im Sinne des Gemeinwohls – mit der Coronakrise sind alle zu Gefährdern geworden.

Während aktuell noch Beschränkungen per „Allgemeinverfügung“ regional bzw. landesweit für alle gleich geregelt sind, ist der Diskurs um eine Ungleichbehandlung samt zugehörigem Instrumentarium angestoßen: Tracing-Apps und digitale Immunitätsnachweise ringen derzeit um Akzeptanz. Das „digitalisierende Virus“ gibt einer entsolidarisierenden Transformation des Gesundheitswesens neuen Schub.

Die deutsche Bundesregierung setzt für eine schrittweise Rücknahme der Corona-Kontaktbeschränkungen auf eine breite Akzeptanz der für Mitte Juni geplanten App zur nachträglichen Kontaktrekonstruktion Infizierter. Die (berechtigte) Angst vor

dem Virus wird benutzt, um einem Großteil der Bevölkerung „freiwillig“ ein autoritär hochwirksames Werkzeug zu verabreichen.

Obwohl sich die deutsche Bundesregierung nun für die dezentrale Variante entschieden hat, kritisieren wir in diesem Artikel sowohl die technische Konstruktion und Infrastruktur der Apps, als auch ihre sozial-technokratischen Konsequenzen. Selbst wenn das Protokollieren von Kontakten vollständig pseudonym erfolgen würde, müssen wir dringend vor dieser App warnen. In dem Moment, wo (sogar anonyme) Verhaltensdaten flächendeckend anfallen, sind die Vorhersagemodelle, die damit trainiert werden, dazu in der Lage, ganze Populationen in Risikogruppen einzuteilen und algorithmisch zu verwalten. Egal welche Variante der Corona-App sich langfristig durchsetzt: Es ist eine Überwachungsinfrastruktur, die da ausgerollt wird. Deshalb halten wir den Applaus einiger kritischer Datenschuttschützer*innen für unangemessen - ja sogar für fahrlässig.

DIE ZENTRALE VARIANTE: PEPP-PT

Im März wurde bekannt, dass ein internationales Team, bestehend aus rund 130 Wissenschaftler*innen, IT-Entwickler*innen, Datenschutzbeauftragten und Soldat*innen, derzeit in einem Projekt mit dem Namen Pan European Privacy-Protecting Proximity Tracing (PEPP-PT) an einer Software arbeitet, welche die SARS-CoV-2-Virusverbreitung einschränken soll. Beteiligt sind aus Deutschland unter anderem das Robert-Koch-Institut (RKI), das Heinrich-Hertz-Institut (HHI) und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. Auch der Bundesdatenschutzbeauftragte begleitet die Entwicklung und Soldat*innen der Bundeswehr helfen bei den Tests. Bis auf das RKI sind sie auf der Website des Projekts nicht gelistet. Das HHI ist unter Fraunhofer subsumiert. Bislang sind Forscher*innen und Institute aus acht Ländern an der Entwicklung beteiligt: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Spanien und die Schweiz.

Um die Ausbreitung einzudämmen, sollen Kontaktpersonen von Infizierten frühzeitig gewarnt werden. Wenn Menschen Symptome zeigen, dann haben sie das Virus bereits weitergegeben. Deshalb sollen nach einer positiven Diagnose alle Smartphone-Besitzer benachrichtigt werden, deren Geräte in der Nähe des Erkrankten waren. Wenn es viele einzelne Ansätze und Software-Lösungen gibt, die jeweils nur ein kleiner Teil der Bevölkerung nutzt, kann das Konzept nicht aufgehen. Deshalb soll eine gemeinsame Grundlage entstehen, die möglichst schnell eine kritische Nutzer*innenzahl erreicht. Die Rede ist von einer gemeinsamen Plattform: einer Client/Server-Refere-



renzimplementierung, aber auch von einem Softwaregerüst, auf dem Smartphone-Apps aufsetzen können. Diese Smartphone-Apps, die Nutzer*innen auf ihrem Telefon installieren, bilden einen wesentlichen Teil des Systems.

In Deutschland arbeiten RKI und HHI an einer solchen Anwendung. Um Infektionsketten wirksam zu unterbrechen, streben die Forscher*innen eine Nutzer*innen-Basis von etwa 60 Prozent der Bevölkerung an. In Deutschland wären das 50 Millionen Menschen. Bislang gibt es in Deutschland keine App, die nicht auf Smartphones vorinstalliert ist und bewusst heruntergeladen werden muss, die so viele Nutzer*innen hat. Allerdings könnte auch ein geringerer Anteil helfen, die Ausbreitung zumindest zu verlangsamen. Laut Bitkom besitzen 81 Prozent aller Menschen in Deutschland über 14 Jahren ein Smartphone. Normale Handys und ältere Geräte unterstützen den nötigen Bluetooth-Standard noch nicht. Insbesondere Senior*innen, für die das Virus besonders gefährlich ist, können nur zum Teil gewarnt werden. Deshalb denken die Forscher darüber nach, künftig auch Bluetooth-Armbänder oder andere *Wearables* zu verteilen. Einer repräsentativen Umfrage (Stand: 31.03.2020) zufolge würden mehr als 70 Prozent der Befragten so eine App auf jeden Fall oder wahrscheinlich nutzen. Die Mehrheit gibt an, den Aufforderungen der App nachkommen zu wollen und sich in Quarantäne zu begeben, sollten sie mit einer infizierten Person in Kontakt gekommen sein. Umfragen zufolge wäre ein Großteil der Bevölkerung in Deutschland bereit, einen Teil ihrer Privatsphäre aufzugeben, um das Virus zu stoppen.

Vorbild ist *TraceTogether*, ein zunächst von Singapur entwickeltes Verfahren zur Kontaktverfolgung, das auf die Funktechnik Bluetooth Low Energy setzt. Das System soll als Gegenentwurf zu den repressiven und invasiven Ansätzen anderer Länder (wie China oder Südkorea) verstanden werden. Anstatt massenhaft sensible Standortdaten zu sammeln, Nutzer*innen zu überwachen oder Infizierte an einen digitalen Corona-Pranger zu stellen, soll PEPP-PT komplett freiwillig und datenschutzfreundlich sein. Die Betreiber versprechen, die Privatsphäre von Nutzer*innen der Software zu schützen. Die Identität der Nutzer*innen bleibt zu jedem Zeitpunkt geschützt heißt es: Weder Ärzt*innen noch die Betreiber der Plattform können Einzelpersonen identifizieren. Für gute PR sorgen Zeitungen, die sogar von einer anonymen Nutzung schreiben, obwohl es sich um eine Pseudonymisierung handelt. Das PEPP-PT-Modell scheint auch nicht zu 100 Prozent Privacy-by-Design zu erfordern. Die Spezifikationen und den Quellcode gibt es laut der bisher sehr informationsarmen Webseite aktuell allerdings nur als Mitglied des Konsortiums.

Unsere Forderung: Code und alle Dokumente offenlegen, sonst glauben wir gar nichts. Und nicht nur irgendeine Client-Referenzimplementierung, sondern die ganze Spezifikation und den ganzen Server-Code.

Aber selbst wenn der Server-Code open-source ist, kann man nicht sicher sein, dass die Behörden diesen Code auch unver-

ändert verwenden. Weiter kann man nicht sicher sein, dass die Daten nicht doch aus der Datenbank kopiert werden oder länger gespeichert werden.

Die PEPP-PT-App ist nicht zu verwechseln mit der Corona-Datenspende-App des RKI. Während der Debatte um die Corona-App und derartige Anwendungen veröffentlichte das RKI am 7. April 2020 eine Corona-Datenspende-App für Android und iOS zur freiwilligen Weitergabe von Fitnesstracker-Daten an das RKI. Zweck dieser von der Bundesregierung beworbenen und vom Bundesgesundheitsministerium unterstützten App ist „eine bessere Vorhersage des bundesweiten Erkrankungsverlaufs mit Covid-19 und damit eine verbesserte Steuerung von Eindämmungsmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie“. Innerhalb einer Woche wurde diese im Auftrag des RKI von der *mHealth Pioneers GmbH* entwickelte und betriebene App von bereits mehr als 400.000 Freiwilligen heruntergeladen und mit einem Fitnesstracker verknüpft. Die Zahlen stagnierten bei 500.000 Nutzer*innen. Wahrscheinlicher Grund war die einige Tage später veröffentlichte Analyse der Software des Chaos Computer Clubs (CCC). Neben unzureichendem Schutz der Zugangsdaten und organisatorischen Defiziten sind eine Cloud-Anbindung und die mangelhafte Pseudonymisierung bemerkenswert. So holt sich das RKI die Daten der meisten Nutzer*innen wider Erwarten nicht vom Smartphone, sondern direkt von den Anbietern der Fitnesstracker. Damit hat das RKI über einen Zugangscode potenziell Zugriff sowohl auf Klarnamen der Spender als auch deren Fitnessdaten. Bei einer einfachen Deinstallation der App bleibt dieser Zugriff auch weiterhin bestehen. Entgegen der Darstellungen werden die hochsensiblen Gesundheitsdaten der meisten Nutzer*innen nicht schon auf dem Smartphone pseudonymisiert, sondern vollständig und teils mitsamt Klarnamen der Datenspende abgerufen. Eine Pseudonymisierung findet (wenn überhaupt) erst auf Seiten des RKI statt und kann durch die Nutzer*innen nicht kontrolliert oder verifiziert werden. Bemerkenswert ist auch, dass hier Datenschutz und IT-Sicherheit grob missachtet wurden, obwohl mit dem CCC und Datenschützer*innen bei der PEPP-PT-App zusammengearbeitet wurde.

DIE DEZENTRALE VARIANTE: DP3T

Zwischen den Wissenschaftler*innen, die an der Entwicklung einer Technologie für die Covid-19-Kontaktverfolgung beteiligt sind, wird öffentlich ein Konflikt ausgetragen. Im Wesentlichen geht es um die Frage, ob die verschlüsselten IDs der einzelnen App-Nutzer*innen zentral auf einem Server gespeichert werden sollen oder auf dem jeweiligen Gerät verbleiben. Die Forscher*innen teilen unsere am 5. April 2020 veröffentlichte Kritik¹, dass das zentrale Verfahren das Risiko einer (schleichenden) Ausweitung der Zweckbestimmung birgt. Dass sich nun (vermutlich) das dezentrale Modell durchgesetzt hat, hat unterschiedliche Gründe: Zum einen der Druck der Öff-

¹ <https://capulcu.blackblogs.org/wp-content/uploads/sites/54/2020/04/Corona-App-final.pdf>



fentlichkeit und zum anderen die Abhängigkeit von Apple und Google bei der Anbindung der Apps an ihre Smartphone-Betriebssysteme.

Während der Debatte zentral vs. dezentral offenbarte sich, dass das Konsortium rund um das RKI durchaus zwei Ziele verfolgte: Sowohl das öffentlich bekanntgegebene Tracing potentiell Infizierter als auch eine Big-Data-Analyse der (epidemiologischen) Daten - angeblich nur um die Infektionsausbreitung zu erfassen.

Das was „Proximity-tracing“ genannt wird, ist ein Ausforschen des „Social-Graphs“, das soziale Geflecht also, in dem sich eine Person bewegt, welche trifft sich mit wem, wann, wie lange und häufig. Zugestanden: Proximity-tracing erfasst auch die „Kontakte“ z. B. im Supermarkt, also mehr als die sozialen Kontakte. Diese sind aber als Untermenge vollständig enthalten und rekonstruierbar. Dass Polizei und Verfassungsschutz an solchen Social-Graphs brennend interessiert sind, ist vielfach belegt. Aber auch „nicht-kriminelle“ Verhaltensweisen (wie etwa Affären oder Nebenjobs) lassen sich damit erkennen. Im Grunde handelt es sich hierbei um das Metadaten-Problem, welches schon lange Thema der netzpolitischen Debatte ist. Jetzt werden die Daten aber nicht aus anderen Daten (Telefonate, e-Mail etc.) extrahiert, sondern direkt erfasst - und das auch, wenn ansonsten keine digitale Kommunikation stattfindet. Diese Überwachungsinfrastruktur ist wesentlich mit der Vorratsdatenspeicherung. Daten werden erhoben und gespeichert, mit der Argumentation einer zukünftigen „sinnvollen“ Verwendung. Es wird erstmal der Heuhaufen aufgehäuft, bevor die Nadel gesucht wird (frei nach K. Alexander, Ex-Chef der NSA²).

Als Alternative zu einem zentralen Server steht eine dezentrale Architektur für die Nachverfolgung von Kontakten zur Verwendung. In einem solchen Modell verbleibt die Liste der IDs von Kontaktpersonen auf dem jeweiligen Endgerät. Infizierte schicken nach wie vor die Liste der IDs, die sie getroffen haben, an einen zentralen Server. Aber anstatt, dass der Server betroffene Personen benachrichtigt, erfragen die Apps in regelmäßigen Abständen, ob eine ID publiziert wurde, die sie in letzter Zeit getroffen haben. Die beiden Modelle zur digitalen Kontaktverfolgung unterscheiden sich also sehr grundsätzlich im Hinblick auf die Kontrolle über die anfallenden Daten, den Datenschutz und nicht zuletzt hinsichtlich der Missbrauchsmöglichkeiten. Aber auch der dezentrale Ansatz bietet keine absolute Sicherheit. Auch er funktioniert in den meisten Ausprägungen nicht „anonym“, selbst wenn das manche behaupten. Auch hier gibt es kryptographische Probleme, die gelöst

2 Der ehemalige NSA-Direktor General Keith Alexander rechtfertigte die Massenüberwachung: „Du brauchst den ganzen Heuhaufen, um die Nadel zu finden.“ Vgl. Ellen Nakashima und Joby Warrick: For NSA chief, terrorist threat drives passion to 'collect it all', in: The Washington Post v. 14.07.2013 (https://www.washingtonpost.com/world/national-security/for-nsa-chief-terrorist-threat-drives-passion-to-collect-it-all/2013/07/14/3d26ef80-ea49-11e2-a301-ea5a8116d211_story.html).

werden müssen: DP3T hat mittlerweile die Linkability (Verbindbarkeit) zwischen einzelnen Pseudonymen als Problem erkannt und in ihrem aktualisierten Whitepaper einen *Non-linkable*-Ansatz eingebaut.

Der dezentrale Ansatz kommt ohne die Voraussetzung aus, einer zentralen (staatlichen) Instanz vertrauen zu müssen, dass diese die Daten exakt so verwendet wie versprochen und dies morgen auch noch so tun wird. Zwar wissen die zentralen Stellen, welche Pseudonyme die Infizierten in der Vergangenheit verwendet haben, und können beim Upload der IDs auch dem Pseudonym eine IP-Adresse zuordnen³, sie können jedoch die individuellen Kontaktnetzwerke nicht rekonstruieren. Es entstehen also keine zentral gespeicherten Informationen über das soziale Umfeld der App-Nutzenden. Der Server der Gesundheitsbehörden kann keine Abbildung des sozialen Umfelds ableiten und erfährt von Verdachtsfällen nur, wenn die Nutzenden sich nach einer Aufforderung der App beim Gesundheitsamt beziehungsweise einem Arzt melden. Verglichen mit dem zentralen Ansatz bewahren die Nutzenden der App ein erhebliches Maß an Privatsphäre und Autonomie gegenüber staatlichen Stellen und deren Infrastruktur.

KRITIK AN ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN AKTEUREN

In der Auseinandersetzung um eine möglichst schnell verfügbare Corona-App war oft zu lesen, Datenschützer*innen sollten pragmatisch und nicht so kleinlich sein. Doch Vertrauen lässt sich nicht verordnen. Vertrauen erwirbt man durch Transparenz, zuverlässige Kommunikation und durch Institutionen, denen viele Menschen vertrauen. Hunderte Wissenschaftler*innen und diverse zivilgesellschaftliche Organisationen warnen inzwischen vor der zentralen Variante.

Wenn man von einer idealen Umsetzung ausgehen könnte und die gesellschaftlichen Folgen ausblenden würde, dann wäre die dezentrale Variante eventuell für diesen Zweck ein hinnehmbares System. Aber das Konzept wird nicht ideal umgesetzt und es wird gesellschaftliche Folgen haben. Die App könnte wie ein Dammbreach fungieren. Deshalb ist es notwendig, Kritik am CCC und anderen zivilgesellschaftliche Akteuren zu üben. Sie bringen sich zwar kritisch ein⁴, aber ihre Forderungen und

3 Allerdings kann das durch Verwendung von Proxies, VPNs oder Tor verhindert werden.

4 Zu nennen sind hier beispielsweise eine gemeinsame Erklärung zivilgesellschaftlicher Organisationen, in der es heißt: „Staaten müssen beim Einsatz digitaler Überwachungstechnologien zur Bekämpfung von Pandemien die Menschenrechte achten“. Dort fordern sie „Regierungen nachdrücklich auf, bei der Bekämpfung der Pandemie sicherzustellen, dass der Einsatz digitaler Technologien zur Verfolgung und Überwachung von Einzelpersonen und Bevölkerungsgruppen streng im Einklang mit den Menschenrechten erfolgt.“ Weiter sind die zehn-Prüfsteine für die Beurteilung von „Contact Tracing“-Apps des CCC zu nennen. Gefordert wird: „Sämtliche Konzepte [sind] strikt abzulehnen, die die Privatsphäre verletzen oder auch nur gefährden. Die auch bei konzeptionell und technisch sinnvollen Konzepten verbleibenden



Warnungen gehen nicht weit genug. Sie haben ein Klima der Akzeptanz für diese Apps geschaffen. Letztendlich ist es unerheblich, ob das PEPP-PT-Framework, die dezentrale DP3T-Implementation oder eine andere technische Umsetzung gewählt wird. Entscheidend ist die Akzeptanzbeschaffung, freiwillig eine App für das vermeintliche Gemeinwohl zu installieren. Der soziale Druck wird ausgeblendet.

Daten, von denen versprochen wird, dass sie vertraulich behandelt werden, werden immer wieder anderweitig verwendet. Es wird nicht lange dauern, bis die Diskussion beginnt, diese Daten zur Strafverfolgung zu nutzen, und die Debatte wird erst aufhören, wenn die Nutzung freigegeben wurde. Wo ein Trog ist, kommen die Schweine. Beispiele, wo es sich genauso zugetragen hat (wie etwa die Kennzeichenerfassung der elektronischen Maut), gibt es viele. Dazu kommt die behördliche Weigerung bei Löschung einst erhobener Daten.

Beim zentralen Modell müssen Personen aktiv die Daten ihrer Annäherungsgeschichte freigeben. Aber mit einem Software-Update ist es leicht zu beheben, derart dass immer alle Kontakte hochgeladen werden. So entsteht ein riesiger Heuhaufen, der für Big-Data-Zwecke nutzbar ist. Wenn immer alle Kontakt-IDs übermittelt werden (also nicht mehr nur freiwillig, wenn eine Person infiziert ist), kann der Server auch Traces bilden und Verbindungen herstellen, wer wie oft wen trifft. In Zusammenarbeit mit den Telekommunikationsanbietern zur Auflösung von IP-Adressen könnten Strafverfolgungsbehörden dann auflösen, wer sich hinter den IDs verbirgt. Selbst beim dezentralen Modell besteht die Gefahr, dass die IDs nicht mit anderen Merkmalen oder sogar dem Google- oder Apple-Konto verknüpft werden. Denn noch ist denkbar, dass wir in Zukunft Malware sehen, die genutzt wird, um diese Daten zusammenzutragen.

DIE ROLLE VON GOOGLE UND APPLE

Tracing-Apps sind womöglich keine temporäre Erscheinung, die wieder verschwindet, sobald die Pandemie unter Kontrolle gebracht ist. Tracing-Apps könnten sich als Instrument der Gesundheitspolitik oder in anderen Bereichen verstetigen. Wenn einmal ein großer Teil der Smartphone-Nutzenden eine solche App installiert hat und ihr Betrieb zum Normalfall geworden ist, ergeben sich womöglich weitere Anwendungsmöglichkeiten, die jetzt noch abwegig erscheinen. Das Verfolgen der

Restrisiken müssen fortlaufend beobachtet, offen debattiert und so weit wie möglich minimiert werden.“ Das Forum InformatikerInnen für Frieden und Gesellschaftliche Verantwortung (FiFF) veröffentlichte eine Datenschutz-Folgenabschätzung (DSFA) für die Corona-App. Dort heißt es: „Wirksamkeit und Folgen entsprechender Apps sind noch nicht absehbar und es ist davon auszugehen, dass innerhalb der EU verschiedene Varianten erprobt und evaluiert werden. Die datenschutz- und somit grundrechtsrelevanten Folgen dieses Unterfangens betreffen potenziell nicht nur Einzelpersonen, sondern die Gesellschaft als Ganze.“

jährlichen Influenza-Welle wäre nur ein erster Schritt. Wenn eine solche Funktionalität einmal zur Verfügung steht, könnten weitere Apps folgen, um daraus Nutzen zu ziehen. Google und Apple haben selbst ebenfalls Interesse an Social-Graphs. Sie arbeiten gemeinsam an Contact-Tracing-Software⁵. Beide haben angekündigt, das dezentrale Modell der Kontaktverfolgung zu unterstützen, indem sie entsprechende Funktionen in ihre Smartphone-Betriebssysteme einbauen. Auf diese Weise kann die ständige Suche nach neuen Kontakten kontinuierlich im Hintergrund der Smartphones ablaufen, ohne den Akku zu sehr zu strapazieren. Die Kooperation wird bald auf den meisten Smartphones der Welt Apps verfügbar machen, die ihre Nutzer informieren, ob sie sich in der Nähe von möglichen Corona-Infizierten aufgehalten haben. Die außergewöhnliche Zusammenarbeit der zwei konkurrierenden Technologiekonzerne schafft einen globalen Standard für Contact-Tracing. Denn anders, als vielfach öffentlich kommuniziert, sind sowohl der zentrale als auch der dezentrale Ansatz auf eine Unterstützung durch die Betriebssysteme von Google und Apple angewiesen. Die Schnittstelle im Betriebssystem der Smartphones soll dazu dienen, die notwendigen Daten lokal zu erheben und diese dann mit dem Server der Gesundheitsbehörden auszutauschen. Offen bleibt die Frage, wie die geplanten Erweiterungen der Smartphone-Betriebssysteme genau umgesetzt werden; insbesondere, ob diese nicht vielleicht doch Informationen an die Konzerne übermitteln können. Es ist daher essenziell, dass Google und Apple den Quellcode für ihre Erweiterungen offenlegen und damit unabhängigen Sicherheitsforschern die Möglichkeit einräumen zu überprüfen, dass keine zusätzlichen Funktionen eingebaut wurden.

Sowohl Apple als auch Google sind eigenständige Akteure auf dem Gesundheitssektor. Sie versuchen mit Hochdruck erweiterte Gesundheitsdienste in ihre Softwareumgebungen zu integrieren und legen eigene Gesundheitsdatenbanken an. Aus diesem Grund war die Unterstützung der dezentralen Variante eine wichtige strategische Entscheidung, die zum einen der Imagepflege als „Hüter der Privatsphäre“ dient. Zum andern macht es sie aber vor allem zur unausweichlichen Instanz: Sie sind die einzigen, die grundsätzlich Zugriff auf den gesamten (zusammengesetzten) Datensatz haben. Staatliche Akteure müssen mit ihnen verhandeln, wenn sie Zugriff auf diese Daten erlangen wollen.

Wie weit die faktische Macht der beiden dominanten Smartphone-Betriebssystem-Anbieter geht, lässt sich am Rückzieher der australischen Regierung mit ihrer zentralen Corona-App ablesen⁶: Die bereits gut fünf Millionen Mal heruntergeladene

5 Siehe dazu: Apple and Google partner on COVID-19 contact tracing technology, <https://blog.google/inside-google/company-announcements/apple-and-google-partner-covid-19-contact-tracing-technology>, und <https://netzpolitik.org/2020/apple-und-google-schaffen-globalen-standard/>

6 <https://www.heise.de/mac-and-i/meldung/Australien-Corona-App-funktioniert-ohne-Apple-API-nicht-richtig-auf-iPhones-4716013.html>

Corona-App „Covidsafe“ läuft auf iPhones nicht, da Bluetooth im Hintergrund nur eingeschränkt funktioniert. Daher musste die australische Regierung im Mai auf die Vorgabe von Apples und Googles geplanter Schnittstelle für Corona-Warn-Apps umsatteln.

SICHERHEITSLÜCKE BLUETOOTH

Heutzutage ist Bluetooth ein integraler Bestandteil von mobilen Geräten. Laptops und Smartphones lassen sich mit Smartwatches und drahtlosen Kopfhörern verbinden. Standardmäßig sind die meisten Geräte so konfiguriert, dass sie Bluetooth-Verbindungen von jedem nicht authentifiziertem Gerät in der Nähe zulassen. Bluetooth-Pakete werden durch den Bluetooth-Chip verarbeitet und dann an den Host (Android, Linux usw.) weitergeleitet. Sowohl die Firmware auf dem Chip als auch das Bluetooth-Subsystem des Hosts sind mögliches Ziel für sogenannte Remote-Code-Execution-Angriffe (RCE).

Bluetooth hat eine 20 Jahre alte Geschichte der Unsicherheit. Alle paar Jahre gibt es einen neuen Angriff auf Bluetooths Pairing-Protokoll oder die verwendete Verschlüsselung. Auch aktuell gibt es eine Sicherheitslücke (CVE-2020-0022⁷) und einen Exploit, der diese ausnutzt (Bluetooth zero-click short-distance RCE exploit against Android 8/9 [bei Android 10 keine RCE aber DoS]). Mit dieser Lücke und dem Exploit lässt sich ein Wurm schreiben, der sich ohne User-Interaktion über Bluetooth weiterverbreitet und auf den Geräten Schadcode in einem privilegierten Prozess ausführen kann⁸. Wer jemandem zu nahe kommt, kann sich nicht nur selbst infizieren, sondern mit einem CVE-2020-0022-Wurm - dank der Corona-App - auch sein Smartphone, welches den Wurm dann munter weitergibt. Dis Sicherheitslücke ist in einem *Security-Patch* des Android Open Source Project (AOSP) vom Februar 2020 geschlossen worden. Aber viele Android-Versionen werden diesen Patch niemals erhalten.

AUCH ANONYM TRAINIEREN WIR KI

Die für Deutschland geplante Corona-App soll nicht auf personenbezogene Daten des einzelnen Individuums zugreifen. Doch die Gefahren entstehen nicht nur bei der digitalen Ausleuchtung Einzelner, sondern dadurch, dass eine entstehende Datensammlung in Verknüpfung mit anderen Datenbanken algorithmische Verfahren zur Bevölkerungsverwaltung ermöglicht.

Im konkreten Fall der dezentralen Corona-App, welche die deutsche Bundesregierung nun favorisiert, gibt ein Zusatz zu

⁷ <https://cve.mitre.org/cgi-bin/cvename.cgi?name=CVE-2020-0022>

⁸ Für Angriffe auf BLE siehe beispielsweise <https://www.andreafortuna.org/2020/02/18/sweyntooth-bluetooth-vulnerabilities-expose-many-ble-devices-to-attacks/> oder <https://asset-group.github.io/disclosures/sweyntooth/>

denken: Es solle die Möglichkeit integriert werden, freiwillig in pseudonymisierter Form die Daten zur epidemiologischen Forschung und Qualitätssicherung an das RKI zu übermitteln.⁹ Ein unbedeutend klingender „Zusatz“, der die Dezentralität der Corona-App freiwillig aushebelt. Sollten Hunderttausende diese Option wählen (bzw. nicht abwählen), ließe sich aus den Zeitangaben der pseudonymen Tracing-Daten in der Verknüpfung z. B. mit einer Datenbank, wann, wo, welche Grobsevents stattgefunden haben, erahnen, wo sich vermeintlich unverantwortlich verhalten wurde. So lassen sich über zeitlich korrelierte Häufungen Regionen ausmachen, die eine etwaige Sonderbehandlung „rechtfertigen“. Spätestens, wenn sich die freiwilligen Meldungen vermeintlich Infizierter bei Gesundheitsämtern zeitlich in Verbindung bringen lassen, könnte (mit Einschränkungen) eine „Gefährder“-Karte erstellt werden.

Pseudonymisierte Massendaten dienen zum Training künstlicher Intelligenzen (KI) z. B. im Kontext vorhersagender Analysen. In dem Moment, wo Verhaltensdaten fast flächendeckend anfallen und (sei es auch anonymisiert) erhoben werden, sind die prädiktiven Modelle, die damit trainiert werden, dazu in der Lage, ganze Populationen in Risikogruppen einzuteilen und algorithmisch zu verwalten. Datenbasierte Algorithmen können die Gesellschaft dann in unsichtbare soziale Klassen einteilen, zum Beispiel in Bezug darauf, wer aufgrund seiner Bewegungsmuster vermeintlich ein besonderes Sicherheits- oder Gesundheitsrisiko darstellt, weil das Bewegungsprofil erkennen lässt, dass jemand das Virus in besonderem Maße verbreitet hat oder wer prioritären Zugang zu knappen medizinischen Ressourcen wie Beatmungsplätzen verdient. Dies ist möglich, ohne die Ortsdaten einzelner Individuen aufgezeichnet zu haben.

Algorithmische Scoring- und Entscheidungsverfahren beruhen auf einem anonymen Abgleich mit den Daten viele anderer Individuen.

Daher kann mensch durch Weitergabe der eigenen (selbst anonymisierten oder pseudonymisierten) Daten potenziell anderen Individuen und Gruppen schaden und umgekehrt durch die Datenweitergabe anderer potenziell selbst betroffen sein. Diese Gefahr wird in der verkürzten Debatte um die Corona-App und auch schon bei der Weitergabe anonymisierter Telekom-Daten oder anonymisierter Google-Positionsdaten ausgeblendet. Sie ist auch nicht Gegenstand wirksamer datenschutzrechtlicher Bemühungen. So schützt auch die Datenschutzgrundverordnung DSGVO nicht vor der Verwendung anonymisierter Daten für prädiktive algorithmische Entscheidungen, Risikoklassifizierung (Scoring) und verhaltensbasierte Ungleichbehandlung von Individuen oder Gruppen. In diesem Sinne trägt jeder, der die Corona-App nutzt, zu solch einer Ungleichbehandlung bei.

Hier ist die Unterscheidung von anonymen und personenbezogenen Daten überholt, weil irrelevant!

⁹ Vgl. TAZ v. 26.4.20: <https://taz.de/Debatte-um-die-Corona-App/!5681031>



FREIWILLIGKEIT UND IMMUNITÄTSNACHWEIS

*„Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir zu ihrer eigenen Sicherheit und zur Sicherheit unserer Mitarbeiter*innen nur nachweislich nicht-infizierte Personen befördern können.“*

So könnte die Erklärung der Deutschen Bahn an allen Automaten und Ticket-Schaltern lauten, die ihre Dienstleistung „bis zum Ende der Corona-Krise“ nur Fahrgästen mit einer ungefährlichen Kontakt-Tracing-Historie, wahlweise in Verbindung mit einem kürzlich durchgeführten Corona-Test (PCR oder Antikörper) oder einem „Immunitätsnachweis“ anbietet.

Eine freiwillige Corona-App (egal ob zentral oder dezentral), die binnen der letzten zwei Wochen keinen Alarm geschlagen hat, ist eine Möglichkeit, diesen „Nachweis“ zu erbringen. Das entspräche dem Status „grün“ der (zentralen) chinesischen App wahlweise bei der Fahrkartenkontrolle oder beim Betreten des Bahnhofs. Die zweite Möglichkeit des Nachweises ist der geplante, ebenso freiwillige „digitale Immunitätsausweis“¹⁰. Die Notwendigkeit, einen der beiden freiwilligen Nachweise erbringen zu müssen, stellt die soziale Unfreiwilligkeit der Konstruktion dar.

Die Bundesregierung plant als Imitation der Idee von Bill Gates die Möglichkeit, Menschen bescheinigen zu lassen, dass sie eine Infektion mit dem Coronavirus überstanden haben – für den Fall, dass es gesicherte Erkenntnisse darüber gibt, dass eine überstandene Infektion für eine gewisse Zeit Immunität bedeutet. Derzeit gehen einige Wissenschaftler*innen (mit einer hohen Fehlerquote) von drei Monaten aus. Deutliche Kritik an diesem Vorhaben hat Gesundheitsminister Spahn Anfang Mai zunächst zum Rückzug des geplanten Gesetzentwurfes gezwungen.

Nun soll ein solcher Ausweis in Nordrhein-Westfalen zunächst *nur erprobt* werden. An diesem Projekt arbeiten derzeit die Bundesdruckerei, die Lufthansa, die Unternehmen *Digital-Health Germany*, *m.Doc* und *GovDigital* sowie die Uniklinik und das Gesundheitsamt der Stadt Köln. Testpatienten*innen sollen mithilfe einer App ihr Corona-Testergebnis verschlüsselt in einer Datenbank abspeichern. Flughäfen, Infrastrukturunternehmen und Behörden sollen so auf das Coronavirus-Testergebnis zugreifen können! In Erweiterung der seit Mai geltenden Praxis an den Flughäfen Frankfurt und Wien, per selbst zu zahlendem Corona-Schnelltest vor Ort die zweiwöchige Einreise-Quarantäne umgehen zu können, würde dann die „fälschungssicher“ nachgewiesene Immunität ebenfalls Bewegungsfreiheit

10 https://ubirch.de/fileadmin/user_upload/2020-04-16_digital_corona_health_certificate.pdf

garantieren. Eine Regelung mit der fatalen Nebenwirkung vieler sich bereitwillig Ansteckender, die zur Wahrung ihrer Beweglichkeit das Gesundheitssystem an einem kritischen Punkt zusätzlich belasten könnten.

Die Konsequenz wäre eine gesellschaftlich spaltende Endsolidarisierung, die Corona bedingte Einschränkung der Bewegungsfreiheit nur für diejenigen zu lockern, die sich zumindest einem der beiden Programme unterwerfen. Als am 10. April der CSU-Digitalpolitiker Hansjörg Durz vorschlug, nach dem Lockdown Druck auf potenzielle App-Verweigerer auszuüben, haben die meisten diese Option als unrealistisch abgewunken. Tatsächlich schlug er vor, was Spahn zwei Wochen später mit seinem Immunitätsausweis probierte: „So könnten Grundrechte wie die Bewegungsfreiheit denen wieder gewährt werden, die die App installiert haben“, sagte der Vize-Vorsitzende des Digitalausschusses im Bundestag dem Handelsblatt. „Wer sich gegen die Nutzung der Corona-App entscheidet, müsste im Gegenzug größere Einschränkungen anderer Grundrechte in Kauf nehmen.“ Es ist keineswegs zynisch, das Vorhaben mit einer elektronischen Fußfessel zu vergleichen – Freigänger müssen sie tragen oder zurück in den geschlossenen Vollzug.

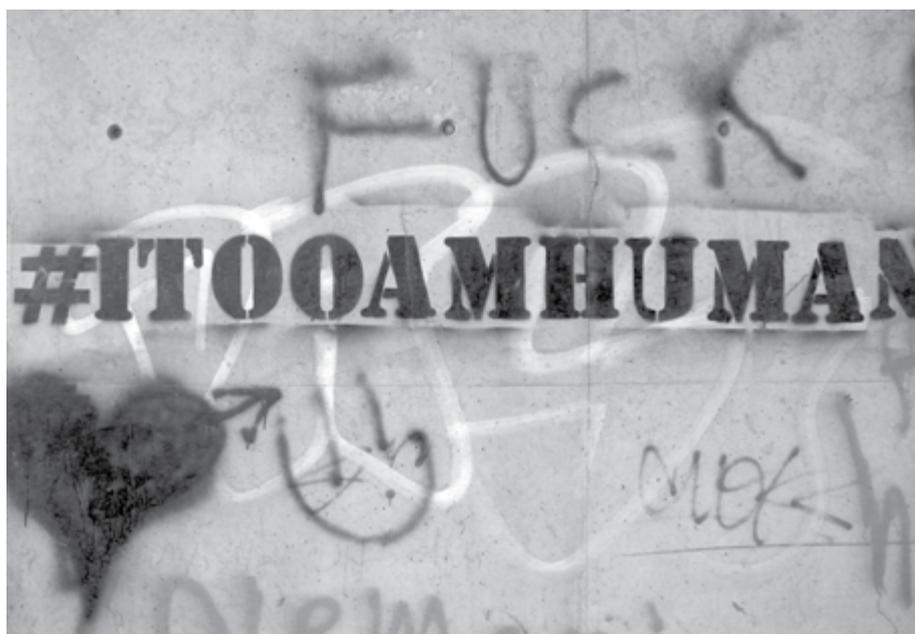
Die „freiwillige“ Corona-App und der „freiwillige“ Immunitätsnachweis sollen damit zu Unterscheidungs-Werkzeugen für individuelle soziale Teilhabe werden. Wer Bahn fahren oder fliegen will, bräuchte dann entweder die App- oder den Immunitätsnachweis. Der Staat „verordnet“ diese App nicht, er stellt sie lediglich zur Verfügung. Wirtschaftliche Akteure – in unserem Beispiel die Deutsche Bahn – würden ihre Dienstleistung nur denen anbieten, die in diese algorithmischen Filter einwilligen. Regierung und Dienstleister würden dabei ganz im Sinne einer übergeordneten Verantwortung für das Gemeinwohl handeln. Wer will da noch meckern – wo doch nun alles so „datensparsam“ dezentral gelöst ist. Der Applaus einiger verengtblickenden Datenschützer*innen ist ihnen leider gewiss.

Auf dieser Form von „Freiwilligkeit“ basieren viele der derzeit erprobten Social-Scoring-Modelle in China. Wer nicht mitmacht oder die erforderliche Eigenschaft nicht erfüllt, kann ohne Verbotsverfügung „freiwillig“ vom öffentlichen Leben ausgeschlossen werden: Die Corona-App und der Immunitätsnachweis als Einübung individueller Einschluss- / Ausschluss-Mechanismen zukünftiger Soziale-Punkte-Systeme auch in Deutschland – ganz ohne Zwang auszuüben.

Capulcu ist eine Gruppe von technologie-kritischen Aktivist*innen und Hacktivist*innen. Die ungekürzte Fassung dieses Artikel findet sich in der aktuellen Broschüre „DIVERGE!- Abweichendes vom rückschrittlichen Fortschritt“ auf capulcu.blackblogs.org

„We are Human! – I am not Animal!“

ANMERKUNGEN ZU GRENZE UND MIGRATION IM KONTEXT DES KLIMAWANDELS



von Thomas Müller¹¹

Im klimapolitischen Diskurs spielen ‚Kippunkte‘ eine zentrale Rolle. Der Begriff bezeichnet Situationen, in denen Rückkopplungseffekte oder in den bisherigen Modellen nicht berücksichtigte Faktoren eine Zuspitzung der Klimaerwärmung bewirken könnten. Ebenso meint er Situationen, nach deren Eintreten die Entwicklung als entglitten anzusehen ist und ein katastrophischer Verlauf auch bei Mobilisierung aller technologischen, politischen und ökonomischen Ressourcen nicht mehr aufzuhalten sein wird. Auch die kritische Gesellschaftstheorie kennt solche Kippunkte: Situationen

11 Folgender Text entstand im Dezember 2019 und Januar 2020. Er thematisiert daher noch nicht die Eskalationen an der türkisch-griechischen Grenze und im zentralen Mittelmeer sowie die höchstwahrscheinlich schwerwiegenden Auswirkungen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie auf die Situation der Geflüchteten und das Grenzregime der EU.

des ‚Umschlagens‘, an denen sich negative Dynamiken Bahn brechen.

Im Kontext des Klimawandels könnten Migrant_innen und Flüchtende in das Zentrum einer solchen negativen Dynamik rücken, mit gravierenden Folgen sowohl für ihr eigenes Leben als auch für die Geltung humanistischer Prinzipien während der beginnenden Kaskade klimabedingter Transformationen und Katastrophen. Der Klimawandel wird mit Blick auf Flucht und Migration erstens bedeuten, dass eine sehr viel größere Zahl von Menschen gezwungen sein wird, ihre Heimat dauerhaft zu verlassen; zweitens, dass ihre Migration häufig irreversibel ist; drittens, dass sich der Limbus, d.h. der Zustand des verstetigten Dazwischenseins im Kontext von Migration und Exil, gegenüber heute stark ausweiten wird; und viertens, dass in der Kombination dieser drei Entwicklungstendenzen die Bereitschaft zunehmen wird, die betroffenen Menschen als überschüssig zu de-

finieren, denn ‚wir können ja nicht alle aufnehmen‘.

Der vorliegende Text ist der Versuch, vor diesem Hintergrund einige, heutige Entwicklungen zu rekapitulieren. Er bezieht sich auf neuere Ansätze (gesellschafts-)kritischer Migrationsforschung und reagiert auf die manchmal nur vagen Verweise auf Flucht und Migration in der Klimadiskussion, die durchaus fragwürdig sein können, wenn etwa die Zunahme von Flüchtenden (und die Angst vor einer ‚Flüchtlingskrise‘ ungekannten Ausmaßes) als Argument genutzt wird, um klimapolitische Forderungen zu legitimieren oder ihr im politischen Mainstream Nachdruck zu verleihen.

DIE EUROPÄISCHE GRENZE UND DIE PREKÄREN ZONEN DES KLIMAWANDELS ÜBERSCHNEIDEN SICH

Die europäische Grenze wurde in den vergangenen drei Jahrzehnten zu einem weit ausgreifenden Gebilde verräumlicht, das natürliche Bewegungshindernisse wie das Mittelmeer und die Sahara einbezieht und Drittstaaten wie die Türkei oder die subsaharischen Länder dazu anhält, Migrant_innen ihrerseits an der Weiterreise nach Europa zu hindern. Die Verschließung des Zugangs für Flüchtende in die EU wird in kritischer Absicht seit den 1990er Jahren mit dem Schlagwort der ‚Festung Europa‘ bezeichnet. Die frühneuzeitliche Festungsarchitektur kennt den Begriff des Glacis, der das von Sicht- und Operationshindernissen freigehaltene Vorfeld der eigentlichen Festung bezeichnet. Auch die ‚Festung Europa‘ besitzt ein solches Glacis. Es stellt einen mehrfach



Martin Dietzsch

Dreihundert Stolpersteine in Duisburg

Eine Bestandsaufnahme

November 2019

Kostenlose Online-Broschüre, 338 Seiten, DIN-A4
<http://www.diss-duisburg.de/online-bibliothek/bucher-im-volltext/broschuere-ueber-die-duisburger-stolpersteine/>

Bis November 2019 wurden in Duisburg 300 Stolpersteine verlegt. Die Leserinnen und Leser finden hier erstmals eine ausführliche und vollständige Liste dieser Steine mit Verlegungsort, Fotos des jeweiligen Steines und dessen Umgebung, das Verlegungsdatum, sowie Kurztexte zu den Biografien, die der Literatur und Zeitungsartikeln entnommen sind und Verweise auf weitere Quellen.

gestaffelten und regional ausdifferenzierten Grenz-Raum dar, der weit größer ist als die EU selbst und sich mit den Territorien von einem Dutzend anderer Staaten überlagert, ja mehr noch, diese Staaten vollständig in das Glacis einbindet.

Insbesondere im äußeren Gürtel der ‚Türsteherstaaten‘ südlich der Sahara (also im Staatengürtel von Senegal über Mali, Burkina Faso, Niger, Tschad und Sudan bis Äthiopien) ragt Europa damit weit in ehemalige Kolonialgebiete hinein und bildet dort Formen indirekter Herrschaft aus, die allerdings nicht zwingend auch funktionieren. Mit Libyen befindet sich im Zentrum des saharischen Grenz-Raumes ein *failed state*, sodass dort nicht (oder nur nominell) staatliche Institutionen europäische Grenzschutzaufgaben wahrnehmen, sondern Milizen und kriminelle Organisationen zu politischen Geschäftspartner_innen Europas werden und/oder ihr eigenes Geschäft entwickeln. Ob in den kommenden Jahrzehnten also eher staatlich verfasste und damit zumindest rudimentär kontrollierbare oder aber nicht-staatliche Akteure diese Grenzfunktion erfüllen werden, ob wir es wie heute mit einem hybriden Gebilde zu tun haben werden, ob digitale Techniken eine sich in Teilen autonom kontrollierende Grenze ermöglichen werden oder ob es zu einem Zerfall des Grenzraumes zumindest in seiner Großräumlichkeit kommen wird, bleibt damit offen.

Notwendiger Bestandteil dieser Grenze sind Zwischen- und Auffanglager, zu denen sowohl offizielle Lager (wie die sogenannten Hotspots und Haftlager auf den griechischen Ägäis-Inseln) als auch inoffizielle, von Migrant_innen selbst errichtete Camps an schwer passierbaren Grenzabschnitte gehören. Auch die vielzitierten Lager und Gefängnisse staatlicher und nichtstaatlicher Akteure in Libyen und anderen Drittstaaten sind Teil der Lagergeographie. Schließlich setzt sie sich in den berüchtigten Haft- und Folterstätten fort, in denen Migrant_innen inhaftiert, zur Zwangsarbeit oder sexuell ausgebeutet, als Sklav_innen verkauft, zur Erpressung

von Angehörigen gefoltert, zur Abschreckung getötet werden oder an Mangelernährung und Unterversorgung sterben – Orte, an denen die Grenzen zwischen staatlichen und semistaatlichen Einrichtungen, Milizen, Schleusergewerbe, Mafia usw. verschwimmen und hybride Mischformen solcher Strukturen bestehen können. Letzteres gilt auch für die Transformation von Milizen in die sogenannte libysche Küstenwache sowie der sudanesischen Janjaweed-Miliz zur Rapid Support Force. Diese war im Kontext des Darfur-Konflikts für massive Kriegsverbrechen und Völkermord verantwortlich gewesen, übernimmt als modern ausgestattete Truppe heute Aufgaben der Grenzüberwachung und konnte ihre innenpolitische Macht nach dem Sturz des Bashir-Regimes sogar noch ausbauen.

Die externalisierte Grenze gewährleistet dabei ein Aufhalten und Entmutigen von Migrant_innen bereits vor dem Erreichen des Territoriums, auf dem überhaupt ein Zugang zu den Aufnahmeverfahren besteht. Was die Grenze also auch unterbindet, ist der Zugang zu Recht, und was sie auf diese Weise produziert, ist das Leben im Limbus. Humanitäre Maßnahmen zur Lebensrettung und Grundversorgung der Betroffenen heben diesen Mechanismus nicht auf, denn auch ein nach humanitären Standards eingerichtetes Flüchtlingslager reproduziert den Zustand des verstetigten Dazwischenseins, der weder Heimat noch Ankommen ist und sich mangels aufnahmebereiter Staaten für die betroffenen Menschen über ganze Lebensphasen bis hin zu gesamten Lebenszeiten erstrecken kann. Lager wie etwa Dadaab in Kenia konnten über mehrere Jahrzehnte zu Großstädten (mit in diesem Fall bis zu einer Viertelmillion Bewohner_innen) anwachsen, deren Nichtexistenz auf offiziellen Landkarten ihren rechtlichen Schwebезustand sehr gut widerspiegelt. Innereuropäisch geltende Normen und Normalitäten sind in der Grenze und in ihren Lagern insofern partiell oder vollständig suspendiert, sodass sich das Leben *on the move* in einem Raum des nicht oder allenfalls fragmentarisch geltenden (Menschen-)



Rechts abspielt, während umgekehrt der Handlungsspielraum der Exekutiven tendenziell erweitert und enthemmt wird. Nach europäischen Maßstäben illegalen und inhumanen Handelns wie etwa das unter Umständen tödliche Aussetzen in der Wüste durch marokkanische und algerische Polizeibehörden stellt insofern keine Fehlentwicklung innerhalb des europäischen Grenzregimes dar, sondern ist auf indirekte Weise dessen integraler Bestandteil.

Wesentlich in unserem Kontext ist, dass der äußere Kreis des europäischen Grenzraums eine der voraussichtlich am stärksten vom Klimawandel betroffenen Weltregionen ist. Die externalisierte Grenze Europas fällt also mit einer Zone klimabedingter Krisen zusammen. So gilt der Sudan inzwischen als eines der ersten Länder, in dem gewaltsam ausgetragene Konflikte durch den Klimawandel mitausgelöst und verstärkt worden sind, und zwar sowohl im Fall des Darfur-Krieges als auch des Sezessionskriegs mit dem heutigen Südsudan. Gleichzeitig wurde der Sudan im Rahmen des sogenannten Khartoum-Prozesses zu einem Schlüsselpartner Europas bei der Bekämpfung der Migration aus den ostafrikanischen Staaten Eritrea, Äthiopien und Somalia – eine Rolle, die Libyen vor dem Staatszerfall in ähnlicher Weise wahrgenommen hatte.

Entscheidend ist dabei, dass die europäische Grenze weniger eine situative Reaktion auf punktuelle Problemlagen darstellt, sondern eher eine auf Dauer angelegte und mit großem organisatorischen, personellen, technologischen, symbolpolitischen und finanziellen Aufwand eingerichtete Institution bildet. Daher spricht alles dafür, dass sie weit in das 21. Jahrhundert hinein Bestand haben wird und insbesondere dann – und zwar vermutlich in radikalierter Form – wirksam sein wird, wenn die Folgen der Klimaerwärmung existenzieller und krisenhafter sichtbar sein werden als heute.

Die Art und Weise, wie die Grenze eingerichtet, verwaltet, durchgesetzt, legitimiert und überhöht, aber auch wie sie

erlebt, durchquert, erlitten, bekämpft und unterlaufen wird, muss daher mitgedacht werden, wenn wir über Migration in der Epoche des Klimawandels, d.h. wenn wir über den Klimawandel in seiner Komplexität sprechen. Wir können es auch so sagen: Es geht um die Kritik einer politischen und moralischen Ökonomie, die sich nicht nur auf das Überleben im Prozess fortschreitender Klimaerwärmung, sondern ebenso auf die Ausschließung der davon am stärksten betroffenen Bevölkerungen vorbereitet. Die externalisierte Grenze ist hierfür unverzichtbar.

GREEN DEAL UND IDENTITÄTSPOLITIK VERBINDEN SICH ZUM KONZEPT EINER GRÜNEN FESTUNG EUROPA

Beängstigend ist in diesem Zusammenhang, dass dieser Grenze im politischen Raum eine Schlüsselfunktion für den Fortbestand sozialer, kultureller und politischer Stabilität innerhalb der EU zugesprochen wird. Die Vorstellung einer nicht auf diese Weise kontrollierten, selektierten und begrenzten Migration gerät zum Szenario einer ungehinderten Invasion, die den sozialen Frieden in Europa ebenso gefährde wie die liberale Demokratie, da die Zunahme der Migration quasi automatisch in einen Machtgewinn der extremen Rechten münde.

Ein Beispiel für diese Essentialisierung der Grenze ist die Konzeption der neuen EU-Kommission unter der Leitung von Ursula von der Leyen. Eines der drei zentralen Projekte für die Jahre 2020 bis 2024 lautete zunächst „Protecting our European Way of Life“¹², später geändert

12 Von der Leyen, Ursula: A Union that strives for more. My agenda für Europe. Political guidelines for the next European Commission 2019-2024, o.O. 2019, URL: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission_en.pdf [16.11.2019], S. 14ff. – Die Formulierung ist in offiziellen Dokumenten mit „Schützen, was Europa ausmacht“ oder „Schutz der europäischen Lebensweise“ übersetzt. Allerdings ist die ursprüngliche

in „Promoting our European Way of Life“, und ist in Form eines Vize-Kommissionspräsidenten mit identischer Amtsbezeichnung institutionalisiert. Dies gleicht einer Art europäischem Heimatministerium, dem u.a. die strategische Weiterentwicklung von Migrationspolitik, Asylwesen und Außengrenzschutz zugeordnet sind. Migration vorrangig im Kontext von Sicherheit und Grenzschutz zu verhandeln, ist in der EU-Geschichte nicht neu, wurde jedoch bisher noch nie auf so hoher politischer Ebene als Verteidigung einer europäischen Identität aufgefasst, die per definitionem exklusiv und limitiert ist. Dies bedeutet nicht, dass die Identität zwingend als ethnisch-kulturell homogen etwa im Sinne einer ‚christlich-abendländischen Leitkultur‘ begriffen würde. Sie kann durchaus vielfältig und entwicklungs offen gedacht sein. Ihre Limitierung bezieht sich vielmehr auf das Außenverhältnis: Das arabische Kulturerbe in Spanien wäre Teil der ‚europäischen Identität‘, arabische Migrant_innen hingegen nicht. Das Identitätskonzept weist der Grenze in jedem Fall eine überhistorische Mission zu: Sie wird als Grundvoraussetzung für Europa schlechthin imaginiert.

Identitätspolitische Aufladungen dieser Art aber machen die Migrations- und Grenzpolitik tendenziell unhinterfragbar; sie engen das Nachdenken über Migration massiv ein und ordnen das Beharren auf offene Grenzen und freie Mobilität einem Bereich außerhalb des scheinbar Realistischen, Vernünftigen und Verantwortbaren zu. In der Phase zwischen der Entkolonialisierung und dem Ausbau der EU-Außengrenze aber war eine zwar nicht unkontrollierte, aber vergleichsweise ungehinderte Reise zwischen ehemaligen Kolonien und ehemaligen Kolonialmächten wie Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden aber sehr wohl möglich gewesen, und zwar zu einer Zeit, als die Vorläufer der Europäischen Union bereits bestanden. Die scheinbar utopische, naive oder radikale Idee einer relativ offenen Grenze

englische Formulierung stärker am Sprachgebrauch der Neuen Rechten orientiert.



war also normal gewesen und kann es mithin auch wieder werden.

Als abschirmende und identitätstiftende Institution bildet die Grenze in der Konzeption von der Leyens die Voraussetzung und den Rahmen eines ‚grünen‘ Kapitalismus im Inneren Europas.

Dem *European Way of Life* steht als zweites großes Projekt (das dritte ist die Digitalisierung) ein *Green Deal* gegenüber:

„Ich möchte, dass der Grüne Deal Europas Markenzeichen wird. Er ist Ausdruck unseres Willens, der erste klimaneutrale Kontinent der Welt zu werden. Dahinter steht auch ein langfristiges wirtschaftliches Interesse: Wer zuerst und am schnellsten handelt, wird am ehesten von den Möglichkeiten des ökologischen Wandels profitieren.“¹³

Genau dieser Nexus macht es so wichtig, sich aus klimapolitischer Perspektive auch mit dem Limbus als dem unausgesprochenen Anderen eines solchen ‚Green Deal‘ zu befassen. Denn dieser wird hier mit der Verheißung einer Rettung, nämlich ‚klimaneutraler Kontinent‘ zu sein, gekoppelt, die zugleich die Verheißung einer Suprematie (‚erster‘ Kontinent) und eines Profits ist. Die Bekämpfung der ‚illegalen Migration‘ erscheint hierbei als notwendige Bedingung für die Stabilisierung eines gesellschaftlichen Konsensus, da den Einzelnen und den sozialen Milieus durch Klimawandel und Digitalisierung massive Anpassungsleistungen abverlangt würden. Eine solche Verknüpfung zwischen Identitäts- und Klimapolitik, zwischen der Grenze und einer klimaneutralen Modernisierung des Kapitalismus, könnte zum zentralen politischen Projekt einer grün-schwarzen Koalition in Deutschland und anderen liberalen eu-

ropäischen Staaten werden: eine Grüne Festung Europa. An diesem Projekt zu partizipieren, wäre ein Angebot sowohl an rechte (kulturalistische, identitäre) wie auch an linke (sozialstaatliche, ökologische) Parteien, Milieus und Bewegungen, das manche ihrer jeweiligen

Als abschirmende und identitätstiftende Institution bildet die Grenze in der Konzeption von der Leyens die Voraussetzung und den Rahmen eines ‚grünen‘ Kapitalismus im Inneren Europas.

Protagonist_innen kaum werden ablehnen können. Die Grenze könnte dann zur Bruchlinie innerhalb der zivilgesellschaftlichen Klimabewegung werden.

DER LIMBUS WEITET SICH AUS

Auch die Migration selbst verändert sich. Einem im politischen und medialen Diskurs gängigen Denkmuster zufolge, das die Realität freilich schon jetzt nur unvollständig beschreibt, ist Flucht die Reaktion auf eine *singuläre* Situation, welche eine räumlich-zeitlich eingrenzbarere Migrationsbewegung auslöst, die zu einem künftigen Zeitpunkt vergangen sein und dann eine Rückführung zumindest eines Teils der Geflüchteten in eine gleichsam wiederhergestellte Normalität zulassen werde.

Der vielzitierte Satz „Wir schaffen das“ der deutschen Kanzlerin Angela Merkel speiste sich aus der Gewissheit, über ein solches Instrumentarium zu verfügen und mit seiner Hilfe die damals akute Flucht vor dem Syrien-Krieg und anderen Konflikten innenpolitisch ‚bewältigen‘ zu können. Die Flucht auslösende Situation ist in dieser Vorstellung prinzipiell *reversibel*. Dies ist mit Blick auf den Klimawandel von fundamentaler Bedeutung, denn die durch ihn bewirkte Migration ist eine Migration

aufgrund und im Rahmen eines sukzessive fortschreitenden und über lange Zeiträume wirksamen, also kontinuierlichen Prozesses, dessen *Irreversibilität* in vielen Fällen keine Rückkehr in den *status quo ante*, in den Zustand vor der Migration, mehr zulassen wird.

Die europäische Migrations- und Asylpolitik basiert auf Vorstellungen und Verfahren, die zwischen legitimen/legalen und illegitimen/illegalen Gründen und Formen der Flucht/Migration unterscheiden und auf dieser Basis regulieren, welche Personen ein Bleiberecht erhalten, welchen ein Bleiberecht verweigert wird und wie mit denjenigen verfahren werden soll, deren Aufenthalt zwar unerwünscht oder unerlaubt ist, ohne dass sie jedoch abgeschoben werden können, die also trotzdem *da sind*. Dieses lediglich ‚geduldet‘ oder gänzlich ‚illegale‘ Dasein findet nicht selten über Jahre oder ganze Lebensphasen hinweg in einem hochgradig prekären und ungewissen Zustand des Dazwischenseins, also im Limbus, statt. Dieser kennzeichnet daher nicht allein die Lebenssituation im Grenzraum, sondern setzt sich in das Innere Europas fort, durchzieht die europäische Gesellschaft und ist hier omnipräsent, jedoch nicht unbedingt auch sichtbar.

Durch einen fortschreitend katastrophischen Verlauf der Klimaerwärmung wird Migration daher nicht nur quantitativ zunehmen (was nicht zwangsläufig bedeutet, dass ‚sie‘ ‚alle‘ ‚zu uns‘ kommen werden oder wollen), sondern sich viel stärker als heute von eingrenzbareren Ereignissen und lösbarer Problemlagen entkoppeln. Als irreversibler Prozess wird sie zugleich selbst zu einem Erscheinungsbild des Klimawandels. Klimawandel und Migration werden in einem komplexen, ambivalenten und unauflösbaren Zusammenhang miteinander verbunden sein. Wie viele Menschen heute und in Zukunft als Klimaflüchtlinge unterwegs sind oder sein werden, ist dabei schwer prognostizierbar. Schätzungen und Szenarien gehen weit auseinander und schwanken

13 In: Kommission von der Leyen: Eine Union, die mehr erreichen will, Presseerklärung der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Fassung v. 18.11.2019, URL: https://ec.europa.eu/germany/news/20190910-team-struktur-von-der-leyen-kommission_de [18.11.2019].



zwischen mehreren zehn und mehreren hundert Millionen Menschen. Ebenso schwer scheint eine Prognose zu sein, ob und zu welchem Anteil sie als Binnenflüchtlinge in ihrem Staat bleiben, in die Nachbarstaaten ausweichen oder eine interkontinentale Reise antreten werden. Hinzu kommt, dass sich Klimaflucht nur vage von anderen Auslösern und Motiven einer Migration abgrenzen lässt, etwa wenn der unmittelbare Auslöser eine durch klimatische Veränderungen verstärkte Gewaltsituation ist, in der jedoch stets auch andere Motive (ideologische, ökonomische, machtpolitische, rassistische usw.) virulent sind.

So einfach es auf der einen Seite ist, die verheerenden Folgen eines Zyklons in Mozambique als Effekt des Klimawandels auszumachen, so schwer ist es auf der anderen Seite, beispielsweise den Anteil klimatischer Effekte am Genozid in Darfur, der Destabilisierung der Sahel-Staaten, dem Syrienkrieg oder dem Aufstieg des Islamischen Staates zu bestimmen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich der Klimawandel in einer Ausweitung genau solcher komplexer und ambivalenter Gemengelagen äußern wird, sodass die Grenzen zwischen den Gründen und Anlässen für Migration unscharf bleiben werden.

„Klimaflüchtling“ ist bislang keine im internationalen Recht fixierte Kategorie. Dies bedeutet, dass nicht nur eine große, wenn auch schwer zu beziffernde Zahl von Menschen betroffen sein wird, sondern auch, dass gerade diese Menschen nicht explizit unter dem Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention und des europäischen Flüchtlingsrechts stehen. Momentan sind Bemühungen vor allem auf der Ebene der Vereinten Nationen zu beobachten, die auf die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für Umwelt- und Klimaflüchtlinge zielen, doch ist offen, ob dies gelingt und wieweit es tatsächlich trägt. Ohne einen rechtlichen Schutz werden Klimaflüchtlinge über lange Zeiträume, vielleicht ihr ganzes Leben lang, vielleicht über Generationen hinweg, in einem rechtlichen Limbus verbleiben und durch

ihn geformt werden, denn das Fehlen eines rechtlichen Status schlägt hier unmittelbar und brutal auf die physische und psychische Ebene jeder/s Einzelnen durch. Doch kann, wie oben am Beispiel Dadaab angedeutet, auch innerhalb eines humanitären und rechtlichen Rahmens eine sehr ähnliche Situation für eine sehr große Anzahl von Menschen entstehen und verfestigt werden.

Diese limbische Existenz einer großen Zahl von Menschen außerhalb des Geltungsraumes ‚normaler‘ (Menschen-) Rechte steht im Mittelpunkt einiger der großen Werke kritischer Gesellschaftstheorie des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts, etwa wenn Hannah Arendt mit Blick auf die Zwischenkriegszeit von der Verweigerung des Menschseins oder Zygmunt Bauman mit Blick auf die neoliberale Globalisierung von der Produktion der ‚Überflüssigen‘ sprechen, denen dann kein anderer Ort mehr verbleibt als der Limbus. Während Arendt die rechtliche und politische Fiktion der Nichtexistenz dieser gerade dadurch in ihrer Existenz bedrohten Menschen als eines der Elemente totaler Herrschaft begriff (mit gravierenden Folgerungen für mögliche künftige Verläufe!), ging Bauman den Prozessen nach, wie mit ihnen nach genau den Logiken verfahren wird, die der Lagerung und Entsorgung von Müll entsprechen (Bauman 2005). Auch jüngere Theoretiker_innen wie Vassilis Tsianos und Dimitris Papadopoulos beschreiben Dehumanisierung, ja selbst Vertierung, als eines der wesentlichen Kennzeichen des Lebens und der Selbstbehauptung im Limbus.¹⁴ Nicht zuletzt entspricht dies der vielfach formulierten Parole von Migrant_innen – *We are Human! – I am not Animal!* – und spiegelt

14 Vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 12. Aufl., München 2008; Bauman, Zygmunt: Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne, Hamburg 2005; Papadopoulos, Dimitris/Tsianos, Vassilis: Die Autonomie der Migration. Die Tiere der undokumentierten Mobilität, URL: <http://translate.eipcp.net/strands/02/papadopolostsianos-strands01ene1da.html?>

sich in der Namensgebung des Solidaritätsnetzwerks Kein Mensch ist illegal! Die Existenz im Limbus ist jedoch weder passiv noch isoliert, sondern in hohem Maße aktiv und vernetzt, allerdings unter den oben umrissenen Bedingungen und immer in Reaktion auf sie. Sichtbare Zeichen hiervon sind etwa die Transformation improvisierter Flüchtlingscamps zu informellen Städten mit einem zuweilen hoch komplexen sozialen Gefüge und eigenen ökonomischen wie kulturellen Mustern, oder auch Akte der politischen Selbstermächtigung informeller Migrant_innen.

Migration stellt insofern auch einen Produktionsprozess von Techniken, Ökonomien und Wissensressourcen des Lebens und Überlebens in genau den Kontexten dar, die sich infolge des Klimawandels absehbar ausweiten werden. Der französische Anthropologe und Migrationsforscher Michel Agier verwendet in diesem Kontext den Begriff eines „banalen“ im Sinne von rauen „Kosmopolitismus“ und interpretiert diesen als eine weit fortgeschrittene Form der Globalisierung, einer Globalisierung der Außenseiter_innen und Ausgeschlossenen allerdings.¹⁵ Es greift daher zu kurz und weist in eine falsche Richtung, über die Menschen im Limbus in Kategorien der Objektivität zu sprechen, etwa indem man sie als abzuwehrende Massen oder als zu kanalisierende Ströme abstrahiert, sie zu passiven Opfern übermächtiger (Natur-)Kräfte erklärt oder auf Gegenstände humanitärer Hilfe reduziert. Realistisch wäre hingegen zu begreifen, dass ‚sie‘ und ‚wir‘ einerseits in einem Verhältnis radikaler und existenzieller Ungleichheit zueinander stehen, sich jedoch längst autonome Lebenswelten herausgebildet haben, die ‚uns‘ nur bedingt überhaupt sichtbar, zugänglich und verständlich sind. Diese von Tsianos, Papadopoulos und anderen Theoretiker_innen beschriebene *Autonomie der Migration* entzieht sich letztlich der migrationspolitischen Steuerung – sie ist das, was trotzdem stattfindet, und

15 Vgl. Agier, Michel: Borderlands. Towards an Anthropology of the Cosmopolitan Condition, Cambridge 2016, S. 6ff.



es ist die Summe der Techniken, Taktiken und Solidaritäten, mit denen es geschieht. Sie ist, wenn man so will, die positive Dimension des Limbus.

Die vielleicht zentrale politische Forderung, die ‚uns‘ aus dem Limbus entgegengebracht wird, ist die Forderung nach Menschsein: *I am human – I am not Animal!* So selbstverständlich es ‚uns‘ erscheint, nicht entmenschlicht zu existieren, sowenig gilt dies im Limbus.

Dies bedeutet aber, dass zwei Dinge die notwendige Voraussetzung für die Herausbildung eines zivilgesellschaftlichen und solidarischen Handlungsfeldes in Bezug auf die Klimamigration sind: erstens die Erkenntnis des verwehrten Menschseins (auch in Europa und in seiner Grenze), zweitens das unhintergehbare Bewusstsein, dass es auch und gerade in einer künftigen Epoche fortgeschrittener Klimaerwärmung um das Menschsein aller geht.

Insofern ist die Forderung der Exilierten nach ihrem eigenen Menschsein präzise und exzeptionell. Es ist die vielleicht wichtigste politische Forderung dieses Jahrhunderts.

Thomas Müller, Dr. phil., ist Politikwissenschaftler, Historiker und Archivmitarbeiter in Aachen. Arbeitet zur Geschichte und Ideologie von Grenzen, Grenzregimen und Migration, bes. zum Grenzraum Calais.

Im Zweifel restriktiv

DER MIGRATIONS- UND FLUCHTDISKURS DER FAZ IM JUNI UND JULI 2019



von Fabian Marx

Dass das Sagbarkeitsfeld in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) immer wieder auch Überschneidungen zu rechtspopulistischen Positionen bereitstellt, ist wohl keine steile These. Denn nicht zuletzt im Migrations- und Fluchtdiskurs zeigte sich diese Vermutung in der Vergangenheit oftmals bestätigt. In ihrem Beitrag zur Analyse des Migrations- und Fluchtdiskurses im Sommer und Herbst 2015 des DISS¹⁶ weist Christina Tacke auf, dass

16 Die ganze Studie „Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung. Der

innerhalb der FAZ zahlreiche Anknüpfungspunkte für rechtspopulistische Positionen bestehen: etwa durch das Motiv der „Flüchtlingskrise“, den Aufbau einer „Wir-Die-Dichotomie“ oder durch die Befürwortung einer immer restriktiveren Asylpolitik (vgl. Tacke 2017, 82). Das ist als Grund genug, sich auch in

Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016“ (herausgegeben von Margarete Jäger und Regina Wamper) ist in der Online-Bibliothek des DISS nachzulesen, unter: <http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2017/02/DISS-2017-Von-der-Willkommenskultur-zur-Notstandsstimmung.pdf> (zuletzt abgerufen am 14.05.2020).

einem aktuelleren Untersuchungszeitraum auf die Suche nach diesen markanten Motiven zu machen und, falls sie nicht auftauchen, etwaige Diskontinuitäten und Auffälligkeiten aufzudecken und zu benennen.

Deshalb arbeitet ein Team aus Praktikant*innen und Mitarbeiter*innen des DISS derzeit an einer kleineren Anschlussstudie. Diese dient zugleich als Vorarbeit für die Konzeption von Workshops zum Fluchtdiskurs in deutschen Medien, was die *Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.* dankenswerterweise



unterstützt. Als Untersuchungszeitraum bot sich der Juni und Juli 2019 an, stießen doch die Ereignisse rund um die Seenotrettung im Allgemeinen und den Fall Carola Rackete im Speziellen auf eine erhebliche mediale Resonanz. Dabei wird der Migrations- und Flüchtdiskurs nicht nur in der FAZ, sondern auch in der taz (Anna-Maria Mayer) und der SZ (Christian Sydow) strukturanalytisch verfolgt. Ergänzend werden durch Feinanalysen von Judith Friede, Milan Slat und Benno Nothardt verschiedene Motive, Aspekte und Teilausschnitte des Diskurses genauer in den Blick genommen.

Ich werde mich in diesem Artikel auf die Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Strukturanalyse der Aussagen in den Kommentaren der FAZ vom 29.06.2019 bis zum 31.07.2019 beschränken. Bemerkenswert ist an dieser Stelle schon die Eingrenzung des Untersuchungszeitraumes, die vorgenommen werden musste. Denn vor dem 29.06.2019 fand das Thema „Seenotrettung“ in den Kommentaren der FAZ keine Erwähnung. Genau zu diesem Zeitpunkt fährt Carola Rackete trotz Verbots mit ihrem Seenotrettungsschiff „Sea-Watch 3“ in den Hafen von Lampedusa ein und wird wegen des Vorwurfs der Beihilfe zur illegalen Einreise unter Hausarrest gestellt. Das Thema wird also erst dann für die FAZ kommentarbedürftig, als italienisches Recht verletzt wird. Vorher schien es vielleicht noch nicht ausreichend Streitbar. Die FAZ hatte das Thema außerhalb der Kommentare jedenfalls schon vorher aufgenommen, unter anderem in der zehnteiligen Reportage „Logbuch der Alan Kurdi“ (24.6. – 9.7.2019).

Die prägnanteste Aussage in den untersuchten Kommentaren ist sicherlich die Aussage *Migration als Last/Leid der Aufnahmebevölkerung*. Migration wird vor allem im Hinblick auf die damit verbundenen „Probleme“ für die Aufnahmebevölkerung betrachtet. In diesem Verständnis ist Migration in ihrem Wesenskern zunächst ein unreguliertes Phänomen, das zwangsläufig zu administrativen Problemen führt oder sogar

die Gefahr birgt, die Aufnahmestaaten zu überwältigen. Die Aussage wird dabei auch kollektivsymbolisch aufgeladen – etwa durch das weitverbreitete Bild einer „unkontrollierten Flüchtlingswelle“ (z.B. in: Göbel, 29.06.2019). Das alles mag zunächst wenig überraschen. Doch auf den zweiten Blick zeigen sich dann auch einige Besonderheiten bei dieser Aussage. Als Beispiel kann hier eine Textpassage aus einem Kommentar von Philip Eppelsheim dienen. Er schreibt zur Seenotrettung:

„Es gibt in dieser Frage keine Lösung ohne Opfer. Entweder nimmt man in Kauf, dass Menschen ertrinken oder dass sie in Lager gesperrt werden, und hofft auf den abschreckenden Effekt. Oder Europa öffnet sich komplett – mit all den Folgen, die das hätte; die Flüchtlingskrise hat diese Folgen nur angedeutet. Das ist die Wahl, die wir haben. Keiner der beiden Wege fällt leicht. Aber mit einem müssen wir leben.“ (Eppelsheim, 05.07.2019)

Das Leid der Geflüchteten wird hier mit der angeblichen Last der Aufnahmestaaten wie auf einer Waage ins Verhältnis gesetzt. Dabei muss es nicht – wie in diesem Zitat – bei einer Gleichsetzung bleiben. Rainer Hermann etwa geht noch einen Schritt weiter, wenn er im Kontext des Bürgerkrieges in Libyen davon spricht, dass es letztlich Europa sei, „das die Folgen des Kriegs zu tragen hat“ (Hermann, 04.07.2019).

Was hier augenscheinlich betrieben wird, ist eine starke Denormalisierung durch Migration. Die Normalität der Gesellschaft wird in diesem Verständnis durch Migration gefährdet. Umso interessanter erscheint der Kontrast solcher Aussagen zu jenen Aussagen, die eher unter dem Gesichtspunkt einer fortschreitenden Renormalisierung durch Kontrolle von Migration auszudeuten sind. Migration wird hier zu einem politischen Problem unter anderen. Sie wird dabei kollektivsymbolisch zu einer „Last“, mit der man administrativ umgehen kann. Eine solche Renormalisierung lässt sich exemplarisch an der Verwendung der Aussage „gemeinsame europäische Lösung“ (in der Flüchtfra-

ge) deutlich machen. So wird auf diese Aussage etwa derart zurückgegriffen, dass eine „solidarische Lastenverteilung“ oder allgemeiner „europäische Solidarität“ in der europäischen Migrationspolitik gefordert wird. Solche Äußerungen implizieren, dass in der Migrationspolitik ein europäischer Interessenausgleich stattfinden könnte, dass Migration also prinzipiell administrativ handhabbar sei. Interessanterweise evoziert die Forderung nach „europäischer Solidarität“ gleichzeitig aber wieder eine de-normalisierende Innen-Außen-Logik. Denn sie kann ja implizit sogleich die Frage aufwerfen, wogegen sich die Solidarität richten soll. Migrant*innen und Geflüchtete erscheinen dann als das störende, äußere „Andere“, gegen das eine imaginierte europäische Einheit solidarisch gerichtet sein soll.

Folgerichtig kommt im Untersuchungszeitraum dann auch der Aussage *Migration spaltet / polarisiert* eine besondere Relevanz zu. Mit Migration – so das damit aufgegriffene Wissen – gehen zwangsläufig Konflikte einher, so als läge das in der Natur der Sache. Nur selten werden die Konsequenzen der angeblichen Polarisierung durch Migration konkret benannt, wie beispielsweise der Abbau des traditionellen Parteilages oder gar Hasskriminalität gegen Migrant*innen und Politiker*innen, die sie verteidigen. Bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass folgende Fragen bei der Verwendung dieser Aussage oft unbeantwortet bleiben: Was ist überhaupt das Objekt der Spaltung? Und warum soll gerade Migration so ein Alleinstellungsmerkmal als Spaltungsfaktor haben? Die Polarisierungsaussage imaginiert daher – wenn sie die Objekte der Polarisierung im Unklaren lässt – latent eine angeblich ursprüngliche Einheit, von der aus dann die Migration als Störfaktor und als anormal ausgewiesen werden kann.

Auffällig ist auch die Verwendung der Aussage *Seenotrettung als moralisches / menschenrechtliches / christliches Gebot* innerhalb des Untersuchungszeitraumes. So wird die Seenotrettung einerseits regelmäßig als menschen-



rechtliches oder moralisches Gebot ausgewiesen. Dem wird oft jedoch andererseits eine (andere) Wirklichkeit des Rechts gegenübergestellt, zum Beispiel ordnungsrechtliche Vorschriften, die es eben auch zu beachten gelte. Dabei bleibt unbenannt, dass diese andere Wirklichkeit des Rechts zurückzutreten hat, wenn sie menschenrechtswidrige Konsequenzen zur Folge hat. Es wird somit eine Gleichrangigkeit dieser Rechtswirklichkeiten suggeriert. Auch in diesem Punkt zeigt sich damit eine gewisse Uneindeutigkeit des Diskurses in der FAZ oder eine Art „Sowohl-als-Auch“-Logik.

Diese uneindeutige „Sowohl-als-Auch“-Logik ist dann auch wohl eines der bestimmenden Merkmale im Diskurs der FAZ. Sie könnte für einen Trend der fortschreitenden Normalisierung von Migration und Flucht stehen. Doch ist bei einer solchen Schlussfolgerung diskursanalytisch Vorsicht geboten: Wie sich eben auch gezeigt hat, wird in der FAZ mit dem Thema Migration und Flucht weiterhin eine starke Denormalisierung betrieben. Die neue Normalität ist fragil. Normalisierung und Renormalisierung müssen dabei auch keinen humanen Fortschritt bedeuten, sondern können ebenso ein diskursives „New Normal“ restriktiver Migrationspolitik anzeigen.

Vergleicht man schließlich das Analytierte mit dem Migrations- und Fluchtdiskurs in der FAZ in den Monaten August bis November 2015, als die Einwanderung vergleichsweise vieler Flüchtlinge über die Balkanroute eine erhebliche mediale Resonanz erfuhr und sich das Sagbarkeitsfeld der FAZ derart verengte, dass „Vorstellungen einer Einschränkung oder gar Abschaffung des Asylrechts [...] zur Geltung gebracht“ (Tacke 2017, 82) werden konnten, zeigt das Sagbarkeitsfeld nun eine größere Breite. Diese Breite ist, wie oben bereits herausgestellt, vor allem dann erkennbar, wenn eine administrative Handhabbarkeit des „Migrationsproblems“ behauptet und nicht eine „Notstandsstimmung“ imaginiert wird. Und dennoch überwiegen die Ähnlichkeiten. So wird auch hier, einmal offensichtlich, ein andermal eher subtil, eine „Wir-Die-Dichotomie“ aufgebaut, die zwangsläufig mit einer „Thematisierung der Fluchtbewegung zumeist aus Perspektive der Mehrheitsgesellschaft“ (ebd.) einhergeht. Das nun breitere Sagbarkeitsfeld konzentriert sich im Ergebnis damit nach wie vor bei der Befürwortung einer restriktiven Migrationspolitik.

Fabian Marx studiert „Politik und Recht“ an der WWU Münster, war Praktikant im DISS und hat in seiner Bachelorarbeit die Machtbegriffe von Hannah Arendt und Michel Foucault verglichen.



Andrea Becker, Simon Eberhardt, Helmut Kellershohn (Hg.)
Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹, Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten
ISBN 978-3-89771-772-5, Erscheinungsdatum: August 2019
Seiten: 272, Reihe: Edition DISS Band: 43, Ausstattung: softcover

Das Buch ist eine Bestandsaufnahme der sozial- und wirtschaftspolitischen Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten und unterzieht diese einer kritischen Analyse. Die Beiträge berücksichtigen dabei drei Dimensionen: erstens die Ebene der Akteure, also der Kräfte, die die Debatte bestimmen; zweitens geht es um konkrete Themenfelder, in die mit Konzepten, -Thesepapieren etc. interveniert wird; und drittens geht es um die jeweiligen ideologiepolitischen Perspektiven und deren Verortung im Spannungsfeld zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹, sowohl unter dem Blickwinkel der innerparteilichen Auseinandersetzungen als auch unter dem der Relevanz für die von der AfD angesprochene Wählerkoalition. Darüber hinaus spannt das Buch einen ideengeschichtlichen Bogen zurück zur sogenannten ›Konservativen Revolution‹, die der Neuen Rechten als eine Art Steinbruch von Ideen und Argumenten dient, die je nach Lage und Intention aktualisiert und angepasst werden.

»Einige Beiträge sind eher für wissenschaftlich Arbeitende von Interesse, die thematische Breite macht das Buch aber für alle Antifaschist_innen lesenswert und rechtfertigt den Preis voll und ganz.« – Bernd Brenner, Lotta

»Alles in allem bietet der Sammelband einen sehr gelungenen und lesenswerten Überblick über die Materie.« – Sascha Schmidt, der rechte rand

»... unverzichtbar für jeden, der sich theoretisch oder praktisch mit der AfD auseinandersetzt.« – Michael Bittner, junge Welt



Mediale (Ent-)Politisierung?

ERGEBNISSE EINER KRITISCHEN DISKURSANALYSE ZUR DARSTELLUNG DER MOTIVATION ZWEIER GEWALTSTATEN ANFANG 2019 IN PRINTMEDIEN.

von Laura Schäfers

In der Silvesternacht 2018/19 fährt ein Mann mit seinem Auto in Bottrop, Essen und Oberhausen in Gruppen von Menschen, die er für „Ausländer“ hält, und verletzt dabei 14 von ihnen. Wenige Tage später, am Abend des 07.01.2019, wird der AfD-Abgeordnete Frank Magnitz¹⁷ in Bremen auf der Straße von Unbekannten¹⁸ angegriffen und verletzt. Die Berichterstattung über die beiden Fälle könnte kaum unterschiedlicher sein.¹⁹

1. ANGRIFFE AUF ALS AUSLÄNDISCH WAHRGENOMMENE MENSCHEN IN DER SILVESTERNACHT 2018/19

FAZ/FAS UND SPIEGEL: PATHOLOGISIERUNG UND ENTPOLITISIERUNG

In jedem analysierten Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) zum Fall Silvester wird die (vom Täter Andreas N. selbst geäußerte) „fremdenfeindliche“ Motivation der Tat benannt und nicht infrage gestellt. Sie steht jedoch *durchweg* in Verbindung mit der Erwähnung einer psychischen Auffälligkeit und vielfach dem Verweis auf „fehlende“ Kontakte in rechtsext-

17 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und des Bundestags, damals außerdem Vorsitzender der AfD Bremen und im Bremer Wahlkampf befindlich.

18 Im August 2019 stellte die Staatsanwaltschaft Bremen das Verfahren ein, da keine möglichen Täter ermittelt werden konnten.

19 Die Strukturanalyse zu der Frage, wie mit der (Möglichkeit einer politischen) Motivation des Täters bzw. der Täter von Bremen in den Medien umgegangen wird, entstand im Rahmen eines Praktikums am DISS. Dabei wurde jeweils der Zeitraum ab dem Folgetag des Ereignisses bis einschließlich 01.02.2019 betrachtet. Analysiert wurden je drei Zeitungen pro Ereignis: (1) die Frankfurter Allgemeine (Sonntags-)Zeitung (FAZ/FAS) als bedeutende überregionale Tageszeitung in Deutschland, (2) Der Spiegel als wichtigstes Wochenmagazin Deutschlands und (3) die Online-Ausgaben der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) bzw. des Weser-Kuriers (WK) als jeweils größte Regionalzeitung für die Tatorte. Es wurden alle Artikel berücksichtigt, die hauptsächlich den jeweiligen Angriff bzw. die Reaktionen darauf thematisieren und Aussagen über die mögliche Motivation der Tat enthalten. Zu diesen Kriterien wurden 34 Artikel zum Fall Silvester und 33 Artikel zum Fall Magnitz in die Strukturanalyse einbezogen.

reme Kreise des Täters N. Diese implizite Pathologisierung N.s relativiert und entpolitisiert die rassistische Tatmotivation.

Kritik vonseiten der SPD und der Grünen an der Verharmlosung rechtsextrem und rassistisch motivierter Taten, die auch darauf hinweisen, in der Vergangenheit, insbesondere im Fall des NSU, seien Straftaten falsch bewertet worden, wird als Teil der politischen Debatte aufgegriffen (Burger, FAZ v. 04.01.2019a; Burger, FAZ v. 04.01.2019b). Gekontert wird dies mit der Klarstellung NRW-Innenminister Reuls – einer der Adressaten der Kritik –, er habe klar geäußert, dass es sich um ein fremdenfeindliches Motiv handle und er jede Form der Gewalt verurteile. Die Darstellung N.s als psychisch kranker Einzelgänger setzt sich jedoch fort und dominiert das Material.

In der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) erscheint nur ein Kommentar (Thomann, FAS v. 06.01.2019), der sich gar nicht mit der Tat selbst auseinandersetzt, sondern mit der – so kann der Kommentar gelesen werden – absurden und sinnlosen Diskussion um die Einordnung derselben. Wichtig und richtig wäre es stattdessen, die Tat „mit aller Konsequenz [zu] ahnden“:

„Man kennt das aus Trumps Vereinigten Staaten, wo nicht nur die Waffenlobby noch jeden Amokschützen zum *spinner*-ten Außenseiter erklärt, zur Tat getrieben, weil er *arbeitslos*, vereinsamt, ungeliebt – und natürlich: krank war. [...] ‚Fremdenfeindlich‘ war die Tat nicht, mahnt man in den Social-Media-Welten, denn die Opfer [...] seien keine Fremden gewesen. ‚Ausländerfeindlich‘ gehe auch nicht, Ausländer mit heller Haut [...] wurden nicht attackiert; man könne einzig von Rassismus sprechen. Andere warnen gerade davor, schließlich sei die Kategorie ‚Rasse‘ wissenschaftlich verpönt.“ (Thomann, FAS v. 06.01.2019, Hervorhebungen LS).

Auch im einzigen Spiegel-Artikel (Diehl / Eberle, Der Spiegel v. 05.01.2019) wird die rassistische Motivation benannt und die Diskussion um die Einstufung der Tat aufgegriffen. Doch auch hier läuft die Argumentation auf die entpolitisierende These vom psychisch labilen Einzelgänger hinaus: „Tatsächlich war N. vor seiner Tat auch dem Verfassungsschutz unbekannt.“ Das scheint ein Beleg dafür zu sein, dass „er seinen Hass allein entwickelt und gehegt“ habe. Untermuert wird die These hier durch die ausführliche Zitation eines Freundes und meh-



rerer Nachbarn N.s. Er habe sich „nie abfällig über Ausländer geäußert“ und sei unauffällig gewesen. Die sozioökonomische Charakterisierung N.s als „arbeitsloser Fensterputzer“ eröffnet außerdem die Möglichkeit einer Interpretation der Tat als die eines gesellschaftlich Abgehängten, Außenseiters oder Frustrierten.

Besonders entpolitisiert wirkt der Vergleich der Gewalttat der Silvesternacht mit anderen Taten. Hier werden zugleich die Täter von Altena 2017, Münster 2018, Hbf. Köln 2018 sowie N. pathologisiert: Die Tatmotive seien zwar unterschiedlich, doch es gebe „Parallelen. Sie alle waren psychisch labile Männer mittleren Alters.“

WAZ: PATHOLOGISIERUNG VS. RECHTEN TERROR BENENNEN

Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) greift verschiedene Themen und Ansichten sowie vereinzelt die Diskussionen (auch zwischen den Parteien) über mögliche Verharmlosung von rechtsextremen Motiven zum Fall Silvester auf und bietet die größte Bandbreite an Interpretationen. Die Betitelung der Tat als „Amok“ dominiert quantitativ jedoch ganz klar. Zumindest für Teile der Redaktion scheint die Art und Weise, wie die Tat begangen wurde, bereits Beweis genug, dass es sich dabei um eine Amokfahrt und die Tat eines psychisch Kranken handelt:



„Als erste belegbare Mordattacke mit einem Auto gilt die Amokfahrt in Prag im Sommer 1973. [...] Seitdem gelten Attacken durch Rammen und Überfahren über Jahrzehnte als Merkmal von Affekttaten psychisch kranker Täter.“ (Böhme, WAZ v. 02.01.2019).²⁰

Im Fall Silvester kann das Labeling als „Amok“ demnach als Pathologisierung und damit Entpolitisierung von N.s Tat gelesen werden. Durch die schiere Häufigkeit des Labels in Verbindung mit der expliziten und häufig vorkommenden Thematisierung von N.s Krankengeschichte wird das Sagbarkeitsfeld verengt und die Möglichkeit einer geplanten, politisch motivierten Tat aus selbigem fast ausgeschlossen.

Spannend sind hier zwei Kommentare, die inhaltlich recht unterschiedlich sind:

Der Kommentar „Rechter Terror muss als solcher benannt werden“ (Ries, WAZ v. 02.01.2019) enthält Gegenargumente zum sonstigen Dossier. Ries greift kritisch die Praxis auf, politisch

20 Auch andere Taten, wie beispielsweise der offiziell als Terrorakt eingestufte Angriff von Anis Amri auf den Berliner Weihnachtsmarkt 2016, wären dieser Definition zufolge Amoktaten.

motivierter Straftaten von rechts im Gegensatz zu linken oder islamistischen zu entpolitisiert, obwohl rechte Gewalttaten in der BRD mehr Opfer gefordert hätten „als das Wirken der RAF und der IS-Jünger“.²¹ Er ordnet die Krankengeschichte N.s außerdem ein und erweitert damit das Sagbarkeitsfeld, indem er anmerkt, eine psychische Auffälligkeit und Fremdenfeindlichkeit müssten sich nicht ausschließen. Diese Sichtweise findet sich sonst nirgends im Dossier.

Eine zu Silvester sonst ebenfalls kaum zu findende Aussage ist die Kritik an fremdenfeindlicher Stimmungsmache, die Gewalttaten begünstige. Sein Appell an alle Politiker*innen und jede*n Einzelne*n lautet daher: Gegen Fremdenhass eintreten, denn „Wegsehen und Weghören können tödliche Folgen haben.“

Während Ries das Ende der Verharmlosung rechten Terrors fordert, kommentiert Jessen ganz anders (Jessen, WAZ v. 01.01.2019): Im einzigen Artikel aus der WAZ-Redaktion, in dem an keiner Stelle von „Amok“ die Rede ist, wird jegliche politische Motivation von Gewalttaten grundsätzlich relativiert und die Diskussion darum kritisiert – hierin zeigt sich eine Ähnlichkeit zur FAS:

„Wer diese Worte [Terror und Terrorverdacht] nutzt, schürt eine Angst, die tief geht, man sollte sie also mit Bedacht nutzen. Generell sollte man Menschen, die Fahrzeuge bewusst zur Waffe machen, zunächst nur als das bezeichnen, was sie sind: Verbrecher.“ (Thomann, FAS v. 06.01.2019)

Auch darin, wer wie (ausführlich) zitiert wird, zeigt sich eine Verengung des Sagbarkeitsfeldes durch Relativierung des rassistischen Motivs N.s. In einem Artikel (Onkelbach, WAZ v. 02.01.2019) werden drei ‚Experten‘ zitiert, zwei von ihnen relativieren oder legitimieren gar die rassistische Motivation N.s:

Der Kriminologe Hans-Dieter Schwind führt die Tat N.s unmittelbar auf die „Willkommenskultur“ und die verfehlte Flüchtlingspolitik zurück. „Die bisherige ‚emotionale Politik‘ müsse einer klaren Begrenzung der Zuwanderung Platz machen, findet er.“ Damit legitimiert er die „fremdenfeindliche“ Tat indirekt als Folge flüchtlingsfreundlicher Politik.

Der Psychologe Roland Neumann wird daraufhin mit der Attestierung einer Angst vor Fremden in Teilen der Bevölkerung zitiert, die „sich von der Realität ein Stück weit abgelöst“ habe. Er spricht von einem individuell erlebten Ungerechtigkeitsgefühl, das auf prinzipiell austauschbare Sündenböcke projiziert werde. Diese Aussage entpolitisiert und relativiert die fremdenfeindliche Motivation N.s, indem seine Opfer als zufällig und austauschbar eingestuft werden.

21 Später im Jahr 2019 im Kontext des Mordes an Walter Lübcke mehrten sich diese Stimmen. Ein Vergleich und die Untersuchung, ob der Mord an Lübcke ein diskursives Ereignis darstellt, wären spannend.



Lediglich Konflikt- und Gewaltforscher Andreas Zick weist ausdrücklich auf die Notwendigkeit einer „Prävention gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit“ hin. Im Falle N.s vermutet er eine Radikalisierung im Internet. Schließlich gebe es in der Gesellschaft immer mehr Menschen, die sich von einer angeblichen Überfremdung bedroht fühlten. Die Tendenz zur „Selbstermächtigung“ besorge ihn sehr.

2. ANGRIFF AUF AFD-POLITIKER FRANK MAGNITZ

AM 7. JANUAR 2019

FAZ: LINKE ATTACKE VON HINTEN VS. WER IM GLASHAUS SITZT...



Die verschiedenen (politischen) Reaktionen auf den Angriff und die Auseinandersetzung mit der AfD stehen in der Berichterstattung im Vordergrund. Bezüglich der Tatmotivation greift man die Annahme der Ermittlungsbehörden auf, „[a]ufgrund der Funktion des Geschädigten sei von einer politischen Motivation der Tat auszugehen“.

Der längste Artikel, „Mit Kantholz und Kapuze“ (Bingener, FAZ v. 09.01.2019) verstärkt trotz Hinweis auf offene Ermittlungen den Eindruck, es habe sich um einen politisch motivierten Angriff von Linken gehandelt und politisiert die Tat damit. Im Artikel finden sich Sätze wie: „das ‚Viertel‘ [in dem Magnitz angegriffen wurde] gilt aber auch bis heute als wichtiger Treffpunkt der linken und linksextremen Szene.“

Der Kommentar „Wer Hass sät“ (Kohler, FAZ v. 09.01.2019) hingegen kritisiert voreilige und scheinheilig anmutende Schuldzuweisungen der AfD:

„die Bundessprecher der Partei [...] [wissen] sogar schon, wer daran schuld ist. Die Tat sei ‚das Ergebnis der andauernden Hetze von Politikern und Medien [...]‘: [...] Das ist [...] eine bemerkenswerte Unterstellung aus den Reihen einer Partei, die sich selbst nicht ‚eindeutig und öffentlich‘ gegen jeden gewalttätigen Übergriff in Deutschland aussprach.“

SPIEGEL: ANGRIFF AUF MAGNITZ IST ANGRIFF AUF DIE AFD

In dem Artikel „Der Angriff“ (Amann et al., Der Spiegel: v. 12.01.2019) heißt es: „Vieles deutet auf eine politisch motivierte Tat hin.“ Das wird aber nicht weiter präzisiert und im Folgenden liegt der Fokus eher auf den Reaktionen und Ereignissen nach dem Angriff. Später wird explizit darauf hingewiesen, dass die Täterschaft nicht geklärt sei. Ein größerer Teil des Artikels beschäftigt sich jedoch damit, dass es in den letzten

Jahren einige Angriffe auf Politiker*innen oder Eigentum der AfD gegeben habe, auch ohne offizielle Zahlen sei ein Trend erkennbar. Dadurch wird der Angriff auf Frank Magnitz indirekt als ein Angriff auf ihn als AfD-Politiker dargestellt, der dementsprechend politisch motiviert gewesen sein muss.

WK: POLITISCH MOTIVIERT VS. NICHT SPEKULIEREN VS. INSZENIERUNG DER AFD

Zunächst wird im Weser Kurier (WK) aufgrund der Funktion Magnitz' von einer politischen Motivation ausgegangen. Hier werden Vergleiche mit anderen zum Teil lebensbedrohlichen Angriffen auf Politiker*innen²² gezogen. Dies impliziert, dass Magnitz in seiner Funktion als Politiker angegriffen wurde und das Motiv somit politisch sei.

Nachdem die Polizei am 09.01. mitteilt, Magnitz' Aussagen zum Tathergang widersprächen den Videoaufnahmen der Tat, rückt der WK davon jedoch weitgehend ab. Es wird häufig betont, zur Motivation sei nichts bekannt und sich stattdessen an den Reaktionen der Parteien abgearbeitet. Gegenüber der AfD und ihrer Selbstdarstellung in bzw. Instrumentalisierung der Opferrolle wird kritisch berichtet.

Verschiedene ‚Experten‘ kommen zu Wort, einer hält eine solche Tat von Linksextremen für möglich (dpa, WK v. 08.01.2019), ein anderer diese Art der Gewalt für untypisch (Theiner, WK v. 08.01.2019) und der Chef des Bremer Verfassungsschutzes, Dierk Schittkowski, beobachte „eine Tendenz zur Radikalisierung bei politisch Extremen von rechts wie links“ (Willborn, WK v. 10.01.2019). Und ähnlich wie in FAS und WAZ zum Fall Silvester (Thomann, FAS v. 06.01.2019; Jessen, WAZ v. 01.01.2019), gibt es eine Stimme, die auf die schlichte Kriminalität der Tat verweist, unabhängig von der Motivation: „Die Täter sind [...] vor allem – das zeigt ihre Brutalität – [...] hemmungslose Schläger.“ (Döbler, WK v. 08.01.2019). Auf jeden Fall hätten sie eher dem linken Spektrum geschadet und vielleicht sogar der AfD in ihrer Opferrolle in die Hände gespielt (Echtermann, WK v. 09.01.2019; Döbler, WK v. 08.01.2019). Als ein angebliches Bekennerschreiben online auftaucht, wird stellenweise angedeutet, es sei im Interesse der AfD gefälscht worden, um sich gegen links als Opfer zu inszenieren:

„Das alles ist wenigstens merkwürdig‘ [...] ‚Gerade als die erste von der AfD veröffentlichte Version zum Ablauf der Tat ins Wanken gerät, taucht ein Bekennerschreiben auf““ (Politikwissenschaftler Andreas Klee in Willborn / Bullwinkel, WK v. 10.01.2019).

„Ein angebliches Bekennerschreiben gibt neue Rätsel auf. Die Gruppierung mit dem wohlklingenden Namen ‚Antifaschistischer Frühling Bremen‘, die darin als Urheber genannt wird, ist bisher öffentlich nicht aufgetreten.“ (Döbler, WK v. 10.01.2019).

²² Henriette Reker in Köln 2015, Andreas Hollstein in Altena 2017, Wolfgang Schäuble in Oppenau 1990, Joschka Fischer in Bielefeld 1999.



3. FAZIT

Im Material zum Fall Silvester überwiegt die Darstellung, das Tatmotiv sei ‚Fremdenfeindlichkeit‘, der Täter aber nicht als rechtsextrem zu charakterisieren – er sei psychisch krank, habe seinen Hass alleine entwickelt und alleine gehandelt. Dabei wird das Ereignis vor allem im Kriminalitätsdiskurs verhandelt. So wird die Tat pathologisiert und eine Lesart als politische Tat weitgehend aus dem Sagbarkeitsfeld ausgeschlossen.

Im Fall Magnitz dagegen stehen die Reaktionen nach der Tat stark im Vordergrund. Dazu gehören auch die unterschiedlichen Darstellungen der Ereignisse seitens Magnitz und der AfD sowie der Ermittlungsbehörden. Stellenweise wird die AfD dafür kritisiert, den Angriff politisch zu instrumentalisieren. Dadurch ist die Berichterstattung hauptsächlich im Politikdiskurs zu verorten. Das konkrete Tatmotiv spielt eine vergleichsweise untergeordnete Rolle, Linke werden jedoch häufig als Täter vermutet. So wird die Tat politisiert und andere mögliche Motive der unbekanntenen Täter bleiben weitgehend unsagbar. Lediglich im WK wird im Laufe der Berichterstattung häufig auf das ungeklärte Tatmotiv verwiesen und verschiedene Interpretationen der Tat prägen das vergleichsweise weite Sagbarkeitsfeld.

Das vollständige Dossier aller Artikel der Studie kann im DISS angefragt werden.

Laura Schäfers studiert Soziologie an der Universität Duisburg-Essen.

QUELLEN UND ZITIERTE ARTIKEL

- Amann, Melanie / Becke, Lisa / Gude, Hubert: Der Angriff, Der Spiegel v. 12.01.2019.
- Bingener, Reinhard: Mit Kantholz und Kapuze, FAZ v. 09.01.2019.
- Böhme, Andreas: Amokfahrt von Bottrop: Wenn das Auto zur Waffe wird, WAZ v. 02.01.2019.
- Burger, Reiner: Debatte nach Anschlag, FAZ v. 04.01.2019a.
- Burger, Reiner: SPD: Reul verharmlost Amokfahrt an Silvester, FAZ v. 04.01.2019b.
- Diehl, Jörg / Eberle, Lukas: 32 Minuten Hass, Der Spiegel v. 05.01.2019.
- Döbler, Moritz: Kommentar: Angriff auf die Demokratie, WK v. 08.01.2019.
- Döbler, Moritz: Der Fall Magnitz, WK v. 10.01.2019.
- dpa: Hinterhalt im Theaterhof: Anschlag auf AfD-Politiker, WK v. 08.01.2019.
- Echtermann, Alice: Kommentar: Bye bye, Anstand, WK v. 09.01.2019.
- Jessen, Jan: Fahrzeuge als Waffen, WAZ v. 01.01.2019.
- Kohler, Berthold: Wer Hass sät, FAZ v. 09.01.2019.
- Onkelbach, Christopher: Amokfahrt: Experte sieht Zuwanderungsdebatte als Auslöser, WAZ v. 02.01.2019.
- Ries, Harald: Rechter Terror muss als solcher benannt werden, WAZ v. 02.01.2019.
- Theiner, Jürgen: „Es geht um Feindbilder“, WK v. 08.01.2019.
- Thomann, Jörg: Das Elend des Aufrechnens, FAS v. 06.01.2019.
- Willborn, Nina: Bremer Verfassungsschutz-Chef: Die Hemmschwelle für Gewalt sinkt, WK v. 10.01.2019.
- Willborn, Nina / Bullwinkel, Ina: Fall Magnitz: Staatsanwaltschaft will Video veröffentlichen, WK v. 10.01.2019.

Die Wirkmächtigkeit von Diskursen

WIE DER AUSHANDLUNGSPROZESS UM DIE (IL)LEGITIMITÄT EINES KUNSTWERKS EINEN STADTTEIL VERÄNDERT



von Junus el-Naggar,
Arathy Logeswaran
und Deniz Greschner

Im Auftrag der Dortmunder Einrichtung „Das Soziale Zentrum“ sprayte ein Team aus sieben Künstler*innen im November 2019 im Dortmunder Norden an der Häuserfassade eines alten Kinos ein Graffiti, das einen Gorilla und den Schriftzug „Welcome to the Jungle“ zeigt. Das Graffiti sollte den Stadtteil attraktiver gestalten und seinen „laut[en], schrill[en], bunt[en]“ (Soziales Zentrum Dortmund 2019) Charakter zum Vorschein bringen. Das aggressive Gorilla-Motiv wurde in der Stadtgesellschaft kontrovers diskutiert, viele Bewohner*innen empfanden das Bild des schreienden Affen als rassistisch. Die Kritik traf die Künstler*innen gemäß einer weiteren Stellungnahme überraschend (vgl. ebd.).

Dieser Beitrag widmet sich dem Zusammenhang zwischen der Diskussion um vermeintlichen Rassismus und diskursiven Kontinuitäten sowie der Wirkmächtigkeit diskursiver Aushandlungsprozesse.

KONTINUITÄTEN VON (RASSISTI-SCHEM) WISSEN

Wir sind alle Rassist*innen. Denn rassistisch ist nicht nur die offensichtliche Beschimpfung einer Person, sondern beispielsweise auch die reflexartige und meist unbewusste Vermutung, der*die Gesprächspartner*in of Colour spreche gebrochenes Deutsch oder gehe einer nicht-akademischen Tätigkeit nach²³. Menschen verfügen über einen rassistischen Wissensbestand, der zum Großteil generationsübergreifend weitergegeben wurde und wird. Zunächst wollen wir eine zeitgemäße Begriffsbestimmung von Rassismus anführen, um aufbauend darauf auf das tradierte Wissen eingehen zu können: „Rassismus ist ein System kollektiver Bilder, Erzählungen und gesellschaftlicher Institutionen, die historisch entwickelte und aktuelle Machtverhältnisse legitimieren und reproduzieren.“ (Rommelspacher 2002, 132). Der hier genannte historische Aspekt verweist auf die traditionelle Weitergabe dieses Wissens. In diesem Zusammenhang wird oft von einem

23 Fereidooni vertritt in einem Interview mit dem Bildungsträger Ufuq e.V. die These, dass Sprache in diesem Kontext weniger relevant ist als Herkunft. Siehe hierzu: <https://www.ufuq.de/was-ist-gutes-deutsch/>

„kollektiven Erbe“ gesprochen (Arndt 2017, 44). Schon Foucault hatte gefordert, „die historischen Bedingungen kennen[zulernen], die eine bestimmte Art der Begriffsbildung motivieren. Wir brauchen ein geschichtliches Bewusstsein der Situation, in der wir leben.“ (Foucault 2019a, 241) Mark Terkessidis bezieht sich auf Michel Foucaults Vorüberlegungen der „unterdrückten Wissensarten“. Gemäß Terkessidis spricht Foucault davon, dass Kategorien erst durch eine bestimmte Praxis etabliert werden müssen, worüber dann Wissen produziert wird. Diesen Komplex von Wissen und Macht bezeichnet der Begründer der Diskursanalyse als „Dispositiv“.²⁴ Diesen gedanklichen Ansatz greift Terkessidis in Zusammenhang von Rassismus auf und bezeichnet den „verbreiteten gesellschaftlichen Wissensbestand (...) als ‚rassistisches Wissen‘.“ (Terkessidis 2004, 10). Das rassistische Wissen hat immer einen Gegenstand, der hier auch als ein Objekt bezeichnet werden kann. Als sogenannte Objekte sind beispielsweise „die Türk*innen“, „die Araber*innen“ oder „die Afrikaner*innen“ anzuführen, die durch Diskurse erst geschaffen werden (ebd.). Es sind sozial konstruierte Kategorien, die mit „rassistischem Wissen“ gefüllt werden. Rassismus hat eine vielschichtige Verflechtung aus Strukturen und Wissen hervorgebracht, in der Menschen sozialisiert werden (Arndt 2017, 43). Das produzierte (rassistische) Wissen ist nicht temporär und zerfällt nicht ohne Weiteres, sondern wird tradiert. Assmann bezeichnet die Tradition und die wiederholte Weitergabe eines kollektiven Wissens als „kulturelles Gedächtnis“ (Assmann 1988, 15f.).

Foucault hatte neben dem Regelmäßigen, den Analogien und Kontinuitäten des Gesagten gerade auch nach Brüchen

24 Zur näheren Ausführung des Begriffs siehe Foucault 1978.



in und Veränderungen von Diskursen gesucht. Diskurse haben zwar häufig eine Tradition und sind persistent, doch sie unterliegen auch einer steten Modifikation. Assmanns überhistorisches und statisches Kontinuitätsverständnis ist mit Foucaults Ideen daher nur eingeschränkt zu verbinden. Denn auf der Suche nach Kontinuitäten des Wissens im Assmannschen Sinne besteht die Gefahr, ebenjene erst im Suchprozess in den Untersuchungsgegenstand hinein-zuprojizieren und dabei Inkohärenzen und Ambivalenzen zu übersehen.²⁵ Ein an der Universität Gießen eigens eingerichteter Sonderforschungsbereich befasste sich daher mit „Erinnerungskulturen“ (im Plural) und berücksichtigt im Gegensatz zu Assmann auch die Wandelbarkeit gesellschaftlicher Herausforderungen, die in Siegfried Jägers Terminologie mit dem sich wandelnden diskursiven Kontext vergleichbar ist, in dessen Rahmen Diskurse fließen. Außerdem werden statt dem eher homogenen und monolithischen Assmann-Gedächtnis auch die Konkurrenz beziehungsweise Deutungskämpfe verschiedener Akteur*innen um Erinnerungshoheit und Vergangenheitsdeutung berücksichtigt. Dieses Kontinuitätsverständnis liegt näher an Foucaults Gedankenwelt als Assmanns Ideen.

Somit darf nicht übersehen werden, dass rassistisches Wissen, gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Argumentationsmuster sich über Jahrzehnte gewandelt haben. Nicht-Weiße wurden jedoch schon in Kolonien mit Wilden und Tieren gleichgesetzt, um Rassismus zu legitimieren und Hegemonie zu begründen.

„WIR NEHMEN GEMEINSAM AN DIESEM KAMPF TEIL“

In dieser Tradition exotisiert und animalisiert das Dortmunder Dschungel-Graffito den nicht-weißen Bevölkerungsanteil der Nordstadt. Das Graffito lässt sich im Kontext einer rassistischen historischen Tradition verorten und

knüpft an gesellschaftlich verbreitetes Wissen über Nicht-Weiße an. Zu der in der Folge lauter gewordenen Kritik am Graffito wäre es nicht gekommen, wenn es im Dortmunder Süden gesprayed worden wäre. Auf die Idee des Bildes eines Gorillas, versehen mit einer Begrüßung im Dschungel, wären die Künstler*innen im Dortmunder Süden nicht gekommen. Dort wären die Künstler*innen aber vermutlich auch gar nicht auf die Idee gekommen, einen Gorilla zu sprühen, der in der Tradition von Sklaverei und Kolonialismus zu verorten ist, weil ein entsprechendes Wissen im Zusammenhang mit einem vornehmlich weißen Stadtteil nicht abgerufen wird. Die Kritik hängt zusammen mit dem vergleichsweise hohen nicht-weißen Bevölkerungsanteil und dem tradierten Wissen über diese Bevölkerungsgruppe. Mit ihr in Verbindung gebrachte Assoziationen äußern sich in Schriftzügen wie „wild“, „schrill“ und „laut“²⁶. Sie sind historisch begründet und haben sich in Denk- und Handlungsmustern der Allgemeinheit manifestiert. Das Graffito kann sich nicht als ahistorisch verstehen, sondern steht in einer diskursiven Tradition.

DISKURSIVES WIRKUNGSPOTENZIAL

Die in Foucaults Werk so zentralen Machtverhältnisse spielen in diskursive Aushandlungen stets hinein. Wer gehört und gelesen wird, hat auch Macht. Somit unterliegen Diskurse auch einer asymmetrischen Machtverteilung. „[W]ir nehmen gemeinsam an diesem Kampf teil. Der eine von uns gewinnt die Oberhand über den anderen, und die Ausweitung dieser Situation kann bestimmen, wie man sich zu verhalten hat, und kann das Verhalten oder Nicht-Verhalten des anderen beeinflussen.“ (Foucault 2019b, 307)

Wenn jedoch bestimmte Akteur*innen mit hoher Reichweite ihre Macht nutzen, um anderen Akteur*innen

²⁶ In einer Stellungnahme beschrieben die Macher*innen des Graffitos selbst den Stadtteil als „laut, schrill, bunt“ (Soziales Zentrum Dortmund 25.11.2019).

Gehör zu verschaffen – wie in diesem Fall beispielsweise der Bochumer Professor Karim Fereidooni im Rahmen einer Stellungnahme (vgl. Fereidooni 04.12.2019), haben nicht nur privilegierte Gruppen Zugang zu Deutungskämpfen in Diskursen. Fereidooni machte in seiner Stellungnahme auf die rassistischen Kontinuitäten aufmerksam, die das Graffito fortführt und regte weitere Akteur*innen an, sich zu dem Fall zu äußern (vgl. Greschner 16.12.2019), wodurch wiederum eine diskursive Dynamik entstand, die dazu führte, dass weitere Akteur*innen der Stadtgesellschaft wie Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen und Kommunalpolitiker*innen auf den Diskurs aufmerksam wurden.

RASSISMUS BEKÄMPFEN HEISST HANDLUNGSFÄHIG BLEIBEN

Am Beispiel der Rassismus-Diskussion und der letztlichen Entscheidung, das Gorilla-Graffiti zu entfernen, ist zu erkennen, dass Diskurse praktische Folgen haben und das Verlassen bestehender Muster bewirken können. Im Aushandlungsprozess um Diskurshoheit können gesellschaftliche Mobilisierungs- und Solidaritätsmomente entstehen, wie die Kolumne in den Ruhr-Nachrichten zeigt, die zum Sprachrohr der Nordstädter*innen wurde. Das Erkennen von Bildern, Sprache und Machtstrukturen, das bewusste Wahrnehmen ihrer (rassistischen) Bedeutung und die Reflexion der eigenen Diskursposition können zu einer Eindämmung der Reproduktion von Rassismus führen.

So können Gruppen mittels Ansätzen wie *Empowerment* und *Powersharing* Diskursdeutungen für sich nutzen und gegen Rassismus vorgehen. Die genannten Ansätze eignen sich als „machtkritische politische Konzepte, um solidarische Handlungsmöglichkeiten auf einer subjektiven und kollektiven Ebene im Kontext unterdrückerischer Strukturen zu entwickeln“ (Nassir-Shahnian 2020, 29). *Empowerment* ist ein politischer Handlungsansatz, der als Form des Widerstands gegen Rassismus gilt

²⁵ Vgl. dazu ausführlich: Hanke 2013, 100.



und der Selbstermächtigung rassistisch diskriminierter Personengruppen dient (vgl. Jagusch et al 2020, 10). Der Ansatz wurde geprägt von der Bürger*innenrechtsbewegung in den USA und betont eine selbstermächtigte Identitätswahrnehmung, die sich von dominierenden gesellschaftlichen Projektionen auf die „Anderen“ lösen will. *Powersharing* bezieht sich auf die Notwendigkeit, sich „die eigenen individuellen und strukturellen Positionen und Privilegien, die unsichtbaren und gleichzeitig beständig wirkmächtigen Platzanweisungen zu vergegenwärtigen und die sich daraus ergebenden Verantwortungen zu reflektieren“ (Jagusch et al 2020, 12). Durch *Powersharing* werden also Fragen wie „Wer spricht? Wer wird gehört und gelesen?“ neu verhandelt und somit Macht- und Ressourcenzugänge neu verteilt.

Sowohl Empowerment als auch Powersharing können in Aushandlungsprozessen als Interventionsformen dienen. Im Falle des Graffitos in der Nordstadt dienten die Konzepte des *Empowerments* und des *Powersharings* zur Bewältigung und Adressierung von Rassismus. Über eine alternative Gestaltung der Mauer werden die Bewohner*innen der Nordstadt im Rahmen eines Workshops entscheiden, der eigens zwecks des Graffitos in einer Gesamtschule der Nordstadt stattfinden wird. Ein solcher Workshop empowert die betroffenen Teilnehmer*innen.

Wenn privilegierte Personengruppen sich ihrer Macht bewusst werden und diese so einsetzen, dass Benachteiligte eine Bühne haben, ihre Bedarfe und Probleme zu adressieren, können sie einen Beitrag zum Funktionieren der Konzepte *Empowerment* und *Powersharing* leisten. Jedoch werden Macht und Ressourcen nicht ohne Weiteres neu verteilt. Die Verteilung findet immer wieder durch eine neue Aushandlung statt, idealerweise ohne einem „Paternalismus zu verfallen“ (Jagusch et. al,

2020: 9). Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung Selbstermächtigung der von Rassismus Betroffenen. Der Diskurs wurde durch die Mehrheitsgesellschaft angestoßen. Wenn jedoch beispielsweise ein Jugendlicher of Colour, der dieses Graffito als rassistisch einordnet, sieht, dass es Stimmen in der Gesellschaft gibt, die ihm zustimmen und sich zum Rassismus äußern, dazu schreiben und darüber reden, dann beteiligt er sich idealerweise an Versammlungen oder an dem Workshop und ist somit Teil der Veränderung und vielleicht sogar eines Bruches des Diskurses.

LITERATUR

- Arndt, Susan (2017): Rassismus. Eine viel zu lange Geschichte. In: Fereidooni, Karim / El, Meral (Hrsg.): Rassismuskritik und Widerstandsformen. Wiesbaden, S. 29–45.
- Assmann, Jan (1988): Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In: Assmann, Jan (Hrsg.): Kultur und Gedächtnis. Frankfurt am Main, S. 9–19.
- Erll, Astrid (2017): Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung. 3. Auflage. Stuttgart.
- Fereidooni, Karim (04.12.2019): Stellungnahme zum „Kunstwerk“ in der Münsterstraße in Dortmund. Bochum.
- Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin.
- Foucault, Michel (2019a): „Subjekt und Macht“, In: Analytik der Macht. Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (2019b): „Ein Interview. Sex, Macht und die Politik der Identität“, In: Analytik der Macht. Frankfurt am Main.
- Girnth, Heiko (2002): Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Tübingen.
- Hanke, Christine (2013): Diskursanalyse zwischen Regelmäßigkeiten und Ereignishaftem – am

Beispiel der Rassenanthropologie um 1900. In: Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Opladen, S. 97–118.

- Jagusch, Birgit / Chehata, Yasmine (2020): Empowerment und Powersharing: Ankerpunkte – Positionierungen – Arenen. Weinheim.
- Nassir-Shahnian, Natascha Anahita (2020): Powersharing: Es gibt nichts Gutes, außer wir tun es! Vom bewussten Umgang mit Privilegien und der Verantwortlichkeit für soziale (Un)Gerechtigkeit. In: Jagusch et al (2020): Empowerment und Powersharing. Ankerpunkte – Positionierungen – Arenen. Weinheim, S. 29–43.
- Rommelspacher, Birgit (2002): Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft. Frankfurt am Main.
- Soziales Zentrum Dortmund (25.11.2019): Welcome to the Jungle. Erklärung zum Kunstprojekt Graffiti Münsterstr./ Ecke Leopoldstr.: <https://soziales-zentrum.org/welcome-to-the-dungle/>
- Terkessidis, Mark (2004): Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld.

Junus el-Naggar, M.Ed. promoviert im Fachbereich Erziehungs- und Kulturwissenschaften der Universität Osnabrück, forscht u.a. zu westlichen Islamdiskursen und medialen Islambildern und ist seit 2019 Promotionsstipendiat des Avicenna-Studienwerks.

Araththy Logeswaran, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am IIT Osnabrück und promoviert im Fachbereich Erziehungs- und Kulturwissenschaften zum Thema Diskriminierungserfahrungen von Musliminnen.

Deniz Greschner, M.A. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am IIT Osnabrück und Lehrbeauftragte an der Fachhochschule Dortmund im Fachbereich Angewandte Sozialwissenschaften. Greschner promoviert in Osnabrück im Fachbereich Erziehungs- und Kulturwissenschaften über muslimische Jugendorganisationen in Deutschland.



Weniger Arzt im künstlich intelligenten Gesundheitssystem

DIGITALISIERUNG MIT NEBENWIRKUNGEN

Von Guido Arnold

Online-Sprechstunden beim Arzt per Telemedizin und Gesundheits-Apps auf Rezept – die Digitalisierung des Gesundheitssystems verspricht „zeitgemäßen Service“ für den Patienten. Doch es geht um mehr: Gesundheitsindustrie und Krankenkassen wollen das persönliche Gesundheitsbemühen jedes „Kunden“ erfassen und durch die Einführung von dynamischen Tarifen individuell bepreisen. Der ehemalige Solidargedanke hat ausgedient. Die freie Arztwahl ebenfalls: Künstlich intelligente Gesundheits-Apps sollen zukünftig vorfiltern, wer mit welchem Anliegen (nicht-virtuellen) Zugang zum Arzt bekommt. Insbesondere der Schock der Corona-Krise wirkt wie ein Brandbeschleuniger für die Etablierung weitreichender telemedizinischer und künstlich intelligenter Anwendungen. Es geht um wesentlich mehr als um „Datensicherheit“ oder die Wahrung unserer „Privatsphäre“. Auf diese zu verteidigende, aber vordergründige Ebene wird der öffentliche Diskurs aktuell reduziert. Um die Tiefe des Problems adäquat zu beschreiben, müssen wir von DER fundamentalen Transformation des Gesundheitswesens des 21. Jahrhunderts sprechen. Es geht um einen gigantischen Markt neuer Gesundheitsdienstleistungen in einem biopolitisch neu gerahmten Gesundheits- und Menschen-Bild und es geht um ein dem entsprechendes massives Entsolidarisierungs-Programm. Dieses Programm wäre völlig unzureichend mit einer „Neoliberalisierung“ des Gesundheitswesens beschrieben.

DIE CORONAKRISE ALS BOOST FÜR DIE TELEMEDIZIN

Das Versprechen der Telemedizin ist bestechend. Und tatsächlich kann das Anbinden von kleinen regionalen Krankenhäusern an Spezialkliniken per Telemedizin als sinnvoll erachtet werden. So stehen z. B. die Universitätsklinken in Aachen und Münster per Videokonferenzen mit kleineren Krankenhäusern und Arztpraxen in Kontakt, um Fälle in der Intensivmedizin und Infektionspatienten zu besprechen. In Anwesenheit eines Arztes (vor Ort!) wird bei der Untersuchung ein weiterer aus der Spezialklinik dazugeschaltet. Der Start für das Projekt „virtuelles Krankenhaus“ wurde wegen des Bedarfs in der Corona-Krise auf den 29.3.20 vorverlegt und auf 200 angeschlossene Kliniken in NRW erweitert. So kann eine Expertise in verantwortungsvoller Weise hinzugezogen werden, die aus verständlichen Gründen nicht in allen Regionalkrankenhäusern zur Verfügung steht. Ich würde dieses Einsatzgebiet der Telemedizin als unstrittig bezeichnen. Zentral ist die Betreuung des Patienten durch einen lokalen Arzt.

Anders sieht das bei Online-Arztbesuchen aus. Medizinische Videosprechstunden sind technisch nicht aufwändiger als ein Videochat mit *jitsi* oder *zoom*. Egal, ob der Arzt gerade in der Praxis, zu Hause oder auf Reisen ist, je ein Laptop mit Kamera und Mikrofon auf Seiten des Arztes und beim Patienten genügen. Der Patient braucht nur seine Krankenkassenkarte in die Kamera zu halten und schon kann es losgehen. Der Tele-Arzt wird durch eine entsprechende Software automatisch dazu angehalten, den Befund während der Sitzung in die elektronische Patienten-

akte einzutippen. Um die Sicherheit der sensiblen Patientendaten steht es dabei leider schlecht, wie verschiedene Untersuchungen der Telematik-Infrastruktur ergeben haben. Aber das scheint kein Hindernis für deren Nutzung zu sein.

Normalerweise kostet die Nutzung der Software den Arzt monatlich 30–150 Euro. Einige der derzeit 23 von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung zugelassenen Software-Anbieter verlangen als Lockangebot während der Coronakrise kein Geld für diesen Softwaredienst. Das, was im letzten Jahr nur wenig Zuspruch erfahren hat, entpuppt sich in der Epidemie als attraktives Angebot. Die Anmeldezahlen schnellen nach oben. Niemand setzt sich in Coronazeiten gern in ein Wartezimmer. Ärzte werden mit einer Technikpauschale geködert. Sie können überdies für die ersten 50 Videosprechstunden im Quartal je zehn Euro mehr abrechnen als für ein persönliches Gespräch in der Praxis. Die bisher festgelegte Begrenzung der Onlinekonsultationen auf maximal 20 Prozent aller Patientenkontakte wurde wegen der Corona-Krise bis mindestens zum 30. Juni ausgesetzt.

Das Bewertungs- und Datensammel-Portal *Jameda* vermittelt nicht nur Videosprechstunden zum eigenen Haus- oder Facharzt, sondern zu beliebigen Ärzten irgendwo in Deutschland. Weil

die Wartezimmer vieler Arztpraxen in Coronazeiten weitgehend leer bleiben, bieten einige Ärzte schon für den gleichen oder den Folgetag Videosprechstunden-Termine auch überregional an. Auch Rezepte können nach einer Videosprechstunde ausgestellt werden. Für Privatpatienten geht das manchmal online, allen anderen muss das Rezept bis Ende 2020 noch per Post zugeschickt werden. Mit einer Ausnahmeregelung für die Zeit der Corona-Krise ist es möglich, dass ein Arzt den Patienten, den er noch nie persönlich getroffen hat, bis zu zwei Wochen krankschreibt.

Der Ersatz von realen Arztbesuchen durch telemedizinische Sprechstunden stellt eine gefährliche Tendenz hin zu einem zukünftigen „Vielklassensystem“ dar, dessen Klassen bzw. Tarife eng verknüpft sind mit der Bereitschaft des Patienten, a) intime Gesundheitsdaten zur Verfügung zu stellen und darüber b) das eigene Gesundheitsbemühen bewerten zu lassen. Wir werden sehen, dass die Online-Sprechstunde kein Nebeneffekt einer virologischen Ausnahmesituation, sondern kalkuliertes Ziel eines auf (weiter gesteigerte) Kosteneffizienz reduzierten Gesundheitssystems ist. Auch der Video-Chat mit dem Therapeuten, dessen Offline-Sitzungen während der Kontaktbeschränkung in der Coronakrise nicht stattfinden konnten, muss als Türöffner für eine bedenklich eingeschränkte (Basis-)Gesundheitsleistung auch jenseits der Epidemie verstanden werden.

Gerade für die ärztliche Versorgung in ländlichen Gebieten wird der Verweis auf den Tele-Doktor zu einer noch schlechteren Abdeckung durch ortsansässige Ärzte führen. Es ist zynisch, den für viele Ärzte unattraktiven ländlichen Raum als Argument für die telemedizinische Sprechstunde heranzuziehen. Eine (dort) höhere Vergütung, statt einer Abwertung der Versorgung, sollte das Mittel der Wahl sein. Die bisher geltende freie, nicht-virtuelle Arztwahl ist angezählt.

„SELBSTERMÄCHTIGUNG“ DURCH DEN QUANTIFIED-SELF-TREND

Begonnen hat alles ganz harmlos mit den Bonus-Tarifen einiger Krankenversicherungen, die ihren Versicherten einen Jahresbonus gewährten, wenn diese ausreichend tägliche Bewegung über einen Schrittzähler (Fitnessarmband, Smartwatch, ...) nachweisen. Dahinter steckt die gleiche Idee wie bei der „Blackbox“ der Autoversicherer, die das individuelle Fahrverhalten aufzeichnet und dem Fahrer bei ausreichend defensiver Fahrweise (wenige abrupte Brems- oder Beschleunigungsmanöver) gegebenenfalls einen Bonus auf den zu zahlenden Fahrzeugversicherungstarif anrechnet. Das, was als Bonus begann, soll in individualisierte Tarife, also programmatische Ungleichbehandlung münden. Aus der Ausnahme des Bonustarifs für explizite Sparfüchse wird über wenige Jahre der Regelfall: In neuen Automodellen sind Blackboxes ab Mai 2022 europaweit verpflichtend. Ab 2024 müssen alle Neuwagen damit ausgestattet werden.

Das Anliegen der Versicherer ist simpel: das Filetieren eines immer genauer abschätzbaren Versicherungsrisikos durch immer genauere Verhaltensdaten. Der entsolidarisierende Effekt dieser ausdifferenzierten Tariflandschaft geht aber weit über die Banalität der Versicherungsmathematik hinaus. Der inaktive Couch-Potato wird, wie der unbeliebte Auto-Raser, durch eine teurere Versicherung abgestraft. „Gesellschaftlich unerwünschtes“ Verhalten wird detektierbar, mit einem Malus belegt und damit steuerbar. Wichtig anzumerken ist hierbei, dass die Definition, welches Verhalten im Sinne des Allgemeinwohls als zu belohnen oder zu bestrafen gilt, nicht gesamt-gesellschaftlich ausgehandelt, sondern von Versicherungsunternehmen in einer intransparenten (künstlich intelligenten) Bewertungssoftware (variabel) festgelegt wird. Damit lässt sich sehr effektiv Bevölkerungsmanagement betreiben. Und es eröffnet sich ein neuer Markt an „medizinischer“ Hard- und

Software zur Selbstvermessung und Selbstoptimierung.

„Wir befähigen das Individuum, seine Gesundheit selbst in die Hand zu nehmen.“

So der Apple-Chef Tim Cook, 2019 bei der Vorstellung des bislang größten „kardiologischen“ Feldversuchs in den USA unter Mitwirkung der Stanford Universität. 400.000 Applewatch-Nutzer geben nonstop ihre Kreislaufdaten über den in der Uhr verbauten EKG-Sensor weiter. Dieser Puls-Sensor kann angeblich sogar das Infarkt-relevante Vorhofflimmern diagnostizieren. Stiftung Warentest attestiert den Fitness-Smart-Watches ein schwaches Abschneiden, sowohl in Bezug auf deren medizinische Genauigkeit, als auch auf den Datenschutz. Ärzte berichten immer wieder von vermeintlich akut herzkranken Smart-Watch-Träger*innen in der Notaufnahme, deren „Leiden“ sich über medizinisch zugelassene Diagnose-Verfahren nicht bestätigen lässt (Der Spiegel v. 21.11.19).

Unbeirrt von der mangelnden medizinischen Aussagekraft der so ermittelten Daten, findet eine wachsende Gewöhnung an die (Selbst-)Quantifizierung des Alltags und an die individuelle Verantwortung um die eigene Gesundheit als zentrale Größe im künstlich-intelligenten Krankenversicherungswesen statt. Diese Form der fremdbestimmten Verhaltenslenkung als „Selbstermächtigung“ zu verkaufen, kann durchaus als „Nudging“²⁷ verstanden werden. Überhaupt setzt die eingeleitete Transformation des Gesundheitswesens viel weniger auf repressives Verordnen, als auf (ökonomisch) verführendes „Anstupfen“ im Sinne eines neuen Lifestyles, der sich durch ein gefördertes Bemühen um die eigene Gesundheit auszeichnet.

LIFESTYLE-MEDIZIN ALS TÜRÖFFNER

Nachdem viele kleine Start-ups mit individuellen Online-Ernährungsberatungen und auf den spezifischen Stoff-

27 (engl.: anstupfen): Die Beeinflussen des Verhaltens von Personen über individuelle Anreize



wechsel-Typ ausgerichteten Nahrungsergänzungsmitteln auf dem erweiterten Gesundheitsmarkt vorgeprescht sind, zieht nun auch der Lebensmittelriese Nestlé nach. Mit dem *Wellness Ambassador* Programm, kann mensch sich für gut 600 Dollar im Jahr nach einem integrierten DNA-Test und der ständigen Übermittlung von Lebens- und Ernährungsgewohnheiten von einer KI individuell optimierte Lebensmittel zusammenstellen lassen. Das Angebot richtet sich insbesondere an eine Klientel mit Diabetes und hohen Cholesterinwerten. Konkret bekommt der Kunde eine individuelle Mischung von Smoothies, Tees und Vitamin-Snacks empfohlen. Das Programm startete nicht zufällig in Japan und erfreut sich insbesondere in Deutschland einer großen Nachfrage. Beide Gesellschaften haben einen hohen Altersdurchschnitt.

Auch andere Anbieter wie *mymuesli* versprechen über diverse „personalised nutrition“-Programme, mögliche Nährstoffdefizite zu identifizieren – ebenfalls auf Grundlage von DNA- und Ernährungstests. Bei vielen Anbietern gibt es halb-wissenschaftliche Testergebnisse, deren Bedeutung sich für den Kunden nicht unmittelbar erschließt. Wer sich damit überfordert fühlt, kann sich bei der Interpretation mit einem zusätzlich zu bezahlenden Online-Coaching helfen lassen.

Über eine Zweitverwertung der so gesammelten Ernährungsgewohnheiten ist bisher nichts bekannt. Es werden lediglich die Persönlichkeitsrechte im Rahmen der Datenschutzgrundverordnung garantiert.

ADA – DIE GESUNDHEITSAPP

Am Beispiel des medizin-informatischen Startups Ada lassen sich Umfang und Perspektive der aktuellen gesundheitspolitischen Transformation nachzeichnen. Ada ist zunächst eine App, eine Art Chatbot, der eine Online-Symptom-Analyse auf der Basis einer selbstlernenden KI anbietet. Die App soll „*allen Menschen Zugang zur personalisierten Medizin der Zukunft ver-*

schaffen“, so Martin Hirsch, Chef des gleichnamigen Kreuzberger Unternehmens Ada. „*Ada stellt dir einfache Fragen und vergleicht deine Antworten mit Tausenden von ähnlichen Fällen, um die wahrscheinlichsten Ursachen für deine Symptome zu ermitteln.*“ Mehr als acht Millionen Menschen haben die App bereits heruntergeladen.

Bekannt geworden ist Ada durch einen Datenskandal: „*Alle Daten sind verschlüsselt bei Ada gespeichert und werden niemals ohne Einverständnis mit Dritten geteilt*“, versprach die Ada Health GmbH auf der Webseite zur App. Dem ist nicht so. Ein Mitarbeiter der Heise-Redaktion gibt im Dezember 2019 zu Testzwecken „Inkontinenz“ in die Maske der Diagnose-App ein. Die Information wird jedoch nicht nur an Ada übermittelt, sondern auch an den Analysedienst *Amplitude* mit Hauptsitz in San Francisco. Der übertragene Datensatz umfasst insgesamt über 2.000 Zeichen, darin enthalten sind neben der Inkontinenz auch eine User-ID, der Zeitpunkt, das verwendete Betriebssystem, die Android Werbe-ID und vieles mehr. Auch die anschließend abgefragten Symptome werden übermittelt. Parallel dazu läuft eine Verbindung zu Facebook und zur Analysefirma *Adjust*. Auch hier werden persönliche Daten übermittelt.²⁸

„*Es ist generell schwierig, die Privatsphäre im digitalen Bereich aufrecht zu erhalten*“, so Stefan Vilsmeier von der Firma Brainlab, die digitalisierte Chirurgie-Lösungen anbietet und eine Art App-Store für medizinische KI-Anwendungen entwickeln will. Der bayrische Ministerpräsident Söder geht noch einen Schritt weiter: „*Gesundheitsdaten müssen aus den Fängen des Datenschutzes befreit werden.*“ Ein Blick in die USA zeigt, wie selbstbewusst Google diese „Befreiung“ vorantreibt.

GOOGLES PROJEKT NIGHTINGALE

Google arbeitet in den USA seit 2018 mit der Gesundheitsorganisation *Ascension* zusammen, die 150 Krankenhäuser und Tausende Arztpraxen betreibt. Gesundheitsdaten von mehr als 50 Millionen Menschen sollen bereits auf Googles Servern gelandet sein. Das umfasst Laborergebnisse, ärztliche Diagnosen, Behandlungsverläufe und Krankenhausaufenthalte – nicht etwa anonymisiert, sondern verknüpft mit Namen und Adressen der Patienten. Google-Mitarbeiter haben vollen Zugriff auf diese Daten.

Google entwickelt eine Software, die mit Hilfe von künstlicher Intelligenz (KI) und maschinellem Lernen vorschlägt, wie sich die Versorgung einzelner Patienten verbessern lässt. Es soll eine gewaltige Patientendatenbank entstehen, die optisch an Googles Suchmaschine erinnert. Die Software vervollständigt automatisch Eingaben zu den Patientennamen, die mit sämtlichen gespeicherten Gesundheitsdaten verknüpft sind. Ärzte sollen nicht nur individuelle Informationen einsehen, sondern grafische Zeitverläufe erstellen und Datensätze miteinander vergleichen können. Google hofft, diese Infrastruktur künftig an andere Gesundheitsdienstleister verkaufen zu können. All das geschieht, ohne dass die betroffenen Patienten zugestimmt haben.

Im November 2019 hatte sich ein Google-Mitarbeiter dazu entschieden, als Whistleblower geheime Dokumente über das Projekt Nightingale zu veröffentlichen. Aus diesen geht hervor, dass Google sogar die aus der Kooperation abgeschöpften Gesundheitsdaten selbst „zukünftig teilen oder verkaufen und für das Bewerben entwickelter Gesundheitsprodukte nutzen“ will.

Die öffentliche Debatte verbleibt jedoch an der Oberfläche, wenn sie mit Ada und Nightingale (und vielen weiteren „Einzelfällen“) den exzeptionellen „Datenunfall“ skandalisiert und das dahinter liegende (gewöhnliche) Geschäftsmodell als unproblematisch anerkennt. Das Problem residiert im Regelfall,

²⁸ Detaillierte Analyse: <https://www.heise.de/select/ct/2019/23/1573230323059682>

nicht im Störfall! Der Markt für KI-basierte Gesundheitsanwendungen und -produkte expandiert massiv und benötigt für das Trainieren der KI detaillierte Datensätze. Deren Wert steigt.

WACHSENDER GESUNDHEITSMARKT

Nachdem Apple, Google, Amazon, Facebook und Microsoft erkannt haben, dass „Gesundheit fast überall auf der Welt der größte oder zweitgrößte Sektor der Wirtschaft [ist]“ (Apple Chef Tim Cook in einem Interview mit dem Magazin „Fortune“ im Herbst 2017²⁹), investieren sie Milliarden in die Biotech-Forschung und versuchen mit Hochdruck erweiterte Gesundheitsdienste in ihre Softwareumgebungen zu integrieren. Das Smartphone soll dabei zur neuen persönlichen Gesundheitszentrale avancieren, in seiner Funktionalität erweitert durch Zusatzgeräte wie Fitness-Armbänder oder *Smart-Watches*. Amazon nähert sich dem vielversprechenden Gesundheitsmarkt gleich auf drei Weisen. Der Konzern wird nicht nur Krankenversicherung, sondern plant, auch gleich Apotheke und Pharma-Unternehmen zu werden. Warum? Krankenversicherungen preisen das Risiko ein, krank zu werden. Je vielfältiger und je genauer die Kenntnis der Versicherung über die Gewohnheiten des Versicherten ist, desto exakter lässt sich dieses Risiko berechnen. Ein Wettbewerbsvorteil gegenüber der Konkurrenz. Daher liegt es nahe, dass Google und Amazon sich in diesem Geschäft behaupten könnten – die fehlende Expertise im Versicherungswesen lässt sich einkaufen.

Der Wert personalisierter Patientendaten variiert stark, aber er steigt. Im Schnitt sind medizinische Daten zehnmal mehr wert als Kreditkartendaten.³⁰ Gesundheitsdaten sind unwiderruflich, unabänderbar und damit viel länger nutzbar. Spätestens als die amerikanische Roche-Tochter *Genentech* für 3000 Datensätze 60 Mio. US-Dollar ans Star-

29 <http://fortune.com/2017/09/11/apple-tim-cook-education-health-care/>

30 <https://www.althammer-kill.de/news-detail/gesundheitsdaten-sind-wertvoller-als-finanzdaten/>

tup-Unternehmen *23andMe* bezahlte, wurde offensichtlich, wie wertvoll Patientendaten sind. Die Angaben stammen von 600.000 Personen, die für 99 US-Dollar einen Gentest kauften, ihre Einwilligung gaben, dass die Daten für Forschungszwecke verwendbar sind, und bei denen ein häufig bei Parkinson-Erkrankungen auftretendes Genom entdeckt wurde.

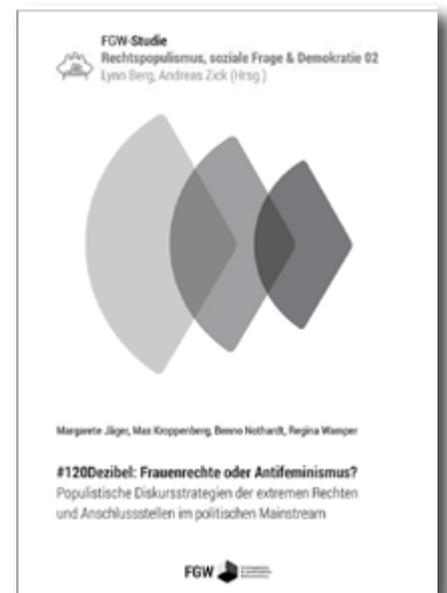
Nach dem im November 2019 in Deutschland verabschiedeten „Digitale-Versorgung-Gesetz“³¹, sollen nun seit dem 1.1.2020 sensible Daten der elektronischen Patientenakte zentral zusammengefasst werden, um sie dann „pseudonymisiert“ Behörden, Forschungseinrichtungen und Universitätskliniken zur Verfügung zu stellen. Die Zusammenführung der Daten trotz der nachgewiesenen Sicherheitsmängel in der veralteten Telematik-Infrastruktur sowie das Fehlen einer Opt-Out Möglichkeit für die 73 Mio. gesetzlich Krankenversicherten sind heftig und breit kritisiert worden. Dennoch lautet der gesetzliche Beschluss: Es besteht kein Recht sich einer Verwertung der sensibelsten aller Daten zu verweigern. Somit besteht die ernst zu nehmende Gefahr, dass Krankenkassen oder Dritte Gesundheitsprofile anlegen.

ZENTRALER PLAYER: BERTELSMANN

Die hundertprozentige Bertelsmann-Tochter *Arvato* ist für viele deutsche Behörden zentraler IT-Dienstleister. Das Gesundheitsministerium hat Arvato damit beauftragt, die für die elektronische Gesundheitsakte notwendige Telematik-Infrastruktur³² bereitzustellen und zu verwalten. Zudem

31 (DVG, 19/13438)

32 Im Dezember 2019 gelang dem *Chaos Computer Club* ein spektakulär einfacher Hack des Systems, welches bereits jetzt sensible Patientendaten übermittelt. Sicherheitsforschern ist es gelungen, sich gültige Heilberufsausweise, Praxisausweise, Konnektorkarten und Gesundheitskarten auf die Identitäten Dritter zu verschaffen. Mit diesen Identitäten konnten sie anschließend auf Anwendungen der Telematik-Infrastruktur und Gesundheitsdaten von Versicherten zugreifen. (siehe <https://www.ccc.de/de/>



Margarete Jäger, Max Kroppenberg, Benno Nothardt und Regina Wamper

#120Dezibel: Frauenrechte oder Antifeminismus? Populistische Diskursstrategien der extremen Rechten und Anschlussstellen im politischen Mainstream.

Forschungsgesellschaft für gesellschaftliche Weiterentwicklung, 2019. 86 Seiten, online verfügbar, ISSN 2699-1446. Lynn Berg, Andreas Zick (Hg.): FGW-Studie Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie 02.

[<http://www.disskursiv.de/2020/01/12/3005/>]

Das Verhältnis der extremen Rechten in Deutschland zum Feminismus ist durch einen ausgeprägten völkischen Antifeminismus bestimmt. Das zeigt sich deutlich in deren Rezeption der #Me-Too-Kampagne.

Durch die Kampagne #120Dezibel der Identitären Bewegung wird keine spezifische Form des rechten Antisexismus hervorgebracht, auch wenn man vordergründig auf Frauenrechte rekurriert. Der völkische Antifeminismus in der extremen Rechten ist weiter vorherrschend. Bei der Kampagne und ihrer Rezeption in der extremen Rechten handelt es sich um eine populistische Diskursstrategie.

In der Debatte um ein Tötungsdelikt in Kandel im Jahr 2017 wurden in deutschen Leitmedien Ethnisierungen von Sexismus und von Femiziden vorgenommen. Dies bot Anschlussstellen für rechtspopulistische Interventionen in den Diskurs, wie sie die Kampagne #120Dezibel darstellt.

Gleichzeitig grenzen sich deutsche Leitmedien aber von Ethnisierungen ab, wenn diese von der extremen Rechten hervorgebracht werden.



ist Arvato nach der Übernahme von *welldoo*³³ unter dem neuen Namen *Vilua* selbst Gesundheitsdienstleister geworden. Darüber hinaus betreibt Arvato den Finanzdienst *Infoscore*, der seit 2005 (neben der Schufa) von vielen Banken zur Ermittlung der Kreditwürdigkeit herangezogen wird. *Infoscore* schlägt Finanzakteuren nicht nur vor, ob ein Kunde einen Kredit erhalten soll – *Infoscore* berechnet aus den vielen persönlichen Daten des Kunden einen dem Kreditrisiko angemessenen Zinssatz. Diese unternehmerische Verflechtung von Gesundheits- und Finanzdienstleistungen ist ein abenteuerliches Risiko hinsichtlich der zweckgebundenen Trennung beider Datenbanken. Arvato beteuert, dass beide Unternehmensbereiche durch eine „chinesische Mauer“ voneinander getrennt seien. Wenig glaubwürdig, denn Arvato hatte zuvor ebenfalls garantiert, dass ihre für die DB Fahrpreisnacherhebung gepflegte Datei von „Schwarzfahrern“ nicht in die *infoscore*-Datenbank einfließen würde. Fehlanzeige – das Unternehmen gab kleinlaut zu, die Erkenntnisse für die Ermittlung der Kreditwürdigkeit mitgenutzt zu haben. Solche (unglaubwürdigen) Separierungs-Versprechen kennen wir ebenfalls von der WhatsApp-Übernahme durch Facebook: Trotz gegenteiliger Zusicherung führte Facebook seine Datenbank nach nur zwei Jahren mit der von WhatsApp zusammen.

Bertelsmann nimmt darüber hinaus über seine gleichnamige Stiftung Einfluss auf die Entwicklung der Gesundheitsversorgung in Deutschland. Im Sommer 2019 veröffentlichte Brigitte Mohn als Vorsitzende der Bertelsmann Stiftung eine Studie³⁴ zur Reduzierung der Krankenhäuser in Deutschland. 1960 gab es allein in Westdeutschland

3600 Krankenhäuser. Die Zahl hat sich auf derzeit 1400 bundesweit reduziert. Die Autoren fordern, die Zahl der Krankenhäuser noch einmal drastisch zu senken, auf bundesweit 600. Wie fragwürdig ein weiteres Reduzieren von Krankenhauskapazitäten zugunsten einer profitablen Gesundheitsversorgung erscheint, bedarf in Zeiten des Coronavirus keiner weiteren Ausführung. Dass Brigitte Mohn zusätzlich im Aufsichtsrat der Rhön-Klinik Kette sitzt, sei nur am Rande erwähnt.

SMARTES VORFILTERN

Die Uniklinik in Essen bezeichnet sich selbst als „Smart Hospital“. Sie nutzt Ada für die „Triagierung“ von Patienten in der Notaufnahme. Das bedeutet, der Chatbot von Ada soll die dringenden Fälle von denen, die länger warten können, trennen. Ein ähnlicher Test läuft an der Uni Gießen-Marburg. Genau das ist die Perspektive vieler Krankenkassen, die schon jetzt offenbaren: „Der Goldstandard der freien Arztwahl ist nicht mehr zu halten“. Die Kostensteigerung sei zu groß. Ebenso wie die vermeintlichen Einsparpotenziale des digitalisierten Gesundheitswesens. So soll ein künstlich intelligentes System basierend auf den individuellen Patientendaten zukünftig fallspezifisch entscheiden:

- *Wer kann mit einem Rezept oder einer Kaufempfehlung für frei erhältliche Medizinprodukte per KI-Ferndiagnose à la Ada abgefertigt werden?*
- *Wer soll einen Termin für eine Online-Sprechstunde bei einem Telemediziner erhalten?*
- *Wer erhält (als letzte Option) den nicht-virtuellen Arzt-Besuch?*

Der althergebrachte, „zu teure“ analoge Arztbesuch soll auf ein Minimum reduziert werden. Der damit einhergehende Qualitätsverlust in der Gesundheitsversorgung wird billigend in Kauf genommen und hinter der Werbung für ein „zeitgemäß digitales“ Gesundheitsmanagement versteckt. Die durch das „Digitale-Versorgung-Gesetz“ geförderte Verschreibung von „Gesundheits-Apps“

leistet einer solchen Virtualisierung von Gesundheits(dienst)leistungen Vorschub. Die Verabreichung von Apps als medizinische Produkte auf Rezept ist eine nicht zu unterschätzende Finanzierungshilfe für medizinische Start-Ups und soll eine bedenkliche Appifizierung der Diagnose- und Behandlungs-Methoden forcieren. Es ist bezeichnend, dass die Qualitätskontrolle des bereits mehrere Hunderttausend Apps umfassenden Zoos an „medizinischen“ Beratungsapps erst im nächsten Jahr „nachgereicht“ werden soll.

In den USA sind offenbar Millionen Afroamerikaner bei der medizinischen Versorgung benachteiligt worden. Laut einem Bericht des Wissenschaftsmagazins *Science*³⁵ hat eine weit verbreitete Software weißen Patienten eher eine teure medizinische Behandlung zugesprochen als schwarzen. In dem Bericht heißt es, dass der Algorithmus jedes Jahr für rund 200 Millionen (versicherte) Patienten in den USA ausrechnet, ob eine Sonderbehandlung für sie infrage kommt. Die Software wird unter anderem von Krankenhäusern und Versicherungen eingesetzt, um automatisiert Patienten zu identifizieren, die am ehesten von aufwändigen und damit auch teuren Behandlungen profitieren würden. Das Problem liege an den Daten, mit denen der Algorithmus arbeitet. Als Grundlage für die Berechnung eines Risikofaktors habe der nämlich die Behandlungskosten eines Patienten genommen: Wer im Laufe des Jahres mehr Geld für medizinische Betreuung ausgibt, hat eine höhere Risikobewertung. Das System geht davon aus, dass höhere Behandlungskosten dafür sprechen, dass eine Person mehr medizinische Hilfe benötigt.

Laut der Studie nehmen Afroamerikaner in den USA weniger medizinische Behandlungen in Anspruch. Im Schnitt liegen die Behandlungskosten um 1801 Dollar im Jahr niedriger als für einen vergleichbar kranken Weißen. Ursachen für die geringeren Behandlungskosten von Afroamerikanern sind laut dem Be-

updates/2019/neue-schwachstellen-gesundheitsnetzwerk)

33 Welldoo ist ein Gesundheitsapp-Entwickler vor dessen Daten(un)sicherheit der damalige Gesundheitsminister Hermann Gröhe 2015 explizit gewarnt hatte.

34 https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/VV_Bericht_KH-Landschaft_fina.pdf

35 <https://science.sciencemag.org/content/366/6464/447>



richt unter anderem Armut und Rassismus. Die Folge: Afroamerikaner müssen kranker sein, damit die Software einen höheren Risikofaktor erkennt, der zusätzliche Unterstützung rechtfertigt. Demnach habe der Algorithmus nur 17,7 Prozent der dunkelhäutigen Patienten eine zusätzliche Behandlung zugestanden. Laut Forschern würde der Anteil bei 46,5 Prozent liegen, wenn die Software ohne Benachteiligung rechnen würde.

VOLLSTÄNDIG PERSONALISIERTE MEDIZIN & PERMANENTE VORSORGE

Bei Bluthochdruck Mittel A, bei Herzschwäche Mittel B: Dass Patienten mit gleicher Krankheit meist die gleiche Medikation erhalten, soll bald der Vergangenheit angehören. Dazu braucht die Pharmabranche massenhaft Patientendaten. Sie sollen aus Studien, Apps und Arztpraxen kommen. Ärzte sollen nun mehr und mehr auf die elektronische Patientenakte umstellen, damit diese Daten en passant anfallen. „Wir können in den nächsten Jahren mit einer Explosion an Daten rechnen“, sagt Anne-Marie Martin, Leiterin der Präzisionsmedizin bei Novartis. Die Analyse massenhafter Daten soll Zusammenhänge aufzeigen, die bis dahin unbekannt waren. Bestimmte Gen- oder Zelleigenschaften, Alter, Gewicht, eine Vorerkrankung, andere Medikamente, Wohnort, Ethnie oder die Uhrzeit der Einnahme könnten Einfluss haben, ob ein Mittel wirkt oder nicht. Big Data soll die Unkenntnis der Wirkungsweise durch die schiere Masse an Daten erschlagen – so die Hoffnung der Technokraten, die eine vollständig personalisierte Medizin herbeisehnen.³⁶

³⁶ Auch hier „hilft“ das Digitale-Versorgung-Gesetz, nach dem ein Arzt nur noch geringere Kosten abrechnen kann, wenn er sich der digitalen Datenerfassung entzieht, also weiter „analog“ mit den Krankenkassen kommuniziert und sich nicht über die (nachweislich unsichere) Telematik-Infrastruktur vernetzt. Gesundheitsminister Spahn: „Ich werde die Telematik und die elektronische Patientenakte vorantreiben, Hacker hin oder her.“

Eines Tages werde jeder Bürger sein Genom entschlüsseln lassen, so Ada-Chef Martin Hirsch. „Dann wird Ada in der Lage sein, aufgrund des Gentests und der jeweils neuesten medizinischen Erkenntnisse genaue Ratschläge zu erteilen, was man tun oder unterlassen kann, um gesund zu bleiben.“

Diese Vorstellung deckt sich mit der Zukunftsvision von Google: Im Mai 2018 sickerte ein internes Firmenvideo³⁷ der Forschungsabteilung *Google X* in die Öffentlichkeit. Unter dem Namen „The selfish ledger“, was sich ungenau mit dem „Buch des Lebens“ übersetzen lässt, beschreibt Google seine Zukunftsvision einer bevormundenden Gesundheitsvorsorge. Ein persönliches Journal „sämtlicher Handlungen, Entscheidungen, Vorlieben, Aufenthaltsorte und Beziehungen“ ist die Grundlage für ein System digitaler Assistenz, das KI-basiert auf jeden Einzelnen zugeschnittene „Handlungsempfehlungen“ ausspricht. Google verspricht perspektivisch Armut und Krankheiten überwinden zu können unter der freimütig vorgetragenen Bedingung: die Aufgabe der freien Entscheidung. Nur dann ließen sich effektiv „potentielle Fehler im Verhalten der Nutzer detektieren und korrigieren“.

Microsoft Chef Bill Gates treibt seit Jahren maßgeblich die Initiative ID2020 voran. Hierbei geht es um eine digitale ID auf Basis der Blockchain-Technologie³⁸ – eine Art Personalausweis, in dem sämtliche bekannten Daten über das Leben eines Menschen (vergleichbar mit Googles ledger) gespeichert werden. Die Corona-Pandemie kann nach Vorstellung der Gates-Foundation der Einführung eines solchen globalen Registers Auftrieb verleihen: Sobald ein Impfstoff vorhanden ist, ließe sich ein Impfgebot umsetzen. Die Funktion

³⁷ Geleaktes Firmenvideo von Google: <https://vimeo.com/270713969>

³⁸ Die Blockchain soll hier eine selbstkonsistente, verteilte Speicherung der persönlichen Daten ohne zentrale Behörde ermöglichen. Es handelt sich (grob gesagt) um das dezentrale Speichern der Daten an vielen Orten, um ein hohes Maß an Fälschungssicherheit zu garantieren.

eines Impfreisters, wäre dann der einführende Basisbaustein für die ID2020. Eine Anwendung dieses Registers: individualisierte Zugangsbeschränkungen in Abhängigkeit eines Immunitätsnachweises. Die Nutzung der ID als global lesbare Patientenakte – ein nächster angedachter Schritt über den geregelt werden kann, wer Anspruch auf welche Gesundheitsleistungen hat.

Der Anwendungsbereich der ID geht jedoch weit über den Gesundheitssektor hinaus. Im Sinne eines „human capital investment“ soll die ID Aufschluss über „persönliche Potenziale und Schwächen“ geben. Zum Beispiel könne die Förderungswürdigkeit eines Menschen hinsichtlich seiner (Aus-)Bildung – gemäß der Initiatoren dieser „allumfassenden“ Akte – über die erkennbare Leistungsbereitschaft ermittelt werden. Dazu werde dann nicht mehr nur die detailliert festgehaltene Ausbildungshistorie herangezogen; eine KI solle vielmehr aus sämtlichen Handlungen, Überzeugungen und Wünschen statistische Muster für ein ungleich „genauer Abbild“ des persönlichen Bemühens erkennen lassen.

Selbstbewusst stellt Google in Aussicht: „Noch passen sich die Systeme ihren Nutzern an. Dieses Verhältnis wird sich bald umkehren.“ Die diesen Ansichten zugrundeliegende, erschreckend totalitär anmutende Sicht auf eine vermeintlich bessere Welt in Bevormundung durch künstlich intelligente Expertensysteme, knüpft nahtlos an die Vorstellungen von Skinners Behaviorismus an. Dieser geht angesichts der komplexen Lebensverhältnisse von einer notwendigen Verhaltenssteuerung andernfalls nicht-rational handelnder Individuen aus – ein längst überwunden geglaubtes, zutiefst paternalistisches und im Einklang mit Chinas Social-Scoring-Systemen erschreckend „aktuelles“ Menschenbild.

Guido Arnold ist promovierter Physiker und arbeitet im DISS zum Thema Entsolidarisierung durch digitale Transformation des Gesundheitssystems.



Der »Kampf gegen das Auto«

zur »Deindustrialisierung Deutschlands« im Auftrag der »Wall Street«

von Tim Ackermann

KLIMAPOLITIKEN DER EXTREMEN RECHTEN IM BETRIEB

Mit den Wahlerfolgen der AfD bei Arbeiter*innen und Gewerkschaftsmitgliedern in den letzten Jahren hat betriebliche Agitation bei diversen Organisationen der völkisch-autoritären Populist*innen an Bedeutung gewonnen. Der Verein *Zentrum Automobil* aus dem Daimler-Werk in Untertürkheim bietet sich dabei aufgrund seiner betriebspolitischen Erfahrung als Partner bei den angestrebten Landnahmen der extremen Rechten in den Betrieben an³⁹. Unterstützt von einem breiten Netzwerk extrem rechter Organisationen konnte er bei der letzten Betriebsratswahl 2018 in sieben Betrieben insgesamt 19 Betriebsratsmandate erringen. Dabei spielt neben völkischer Sozialdemagogie und Hetze gegen die Gewerkschaften des DGB die Agitation gegen die herrschende Klimapolitik sowie die angestrebte Mobilitätswende eine zentrale Rolle in ihrer Propaganda.

Andockend an in der extremen Rechten vorhandene Positionen der Leugnung des menschengemachten Klimawandels bis hin zur Leugnung des Klimawandels an sich wird mit Schlagworten wie der „Diesel-Lüge“, dem „Krieg gegen das

Auto“ oder der „Deindustrialisierung Deutschlands“ Stimmung gegen einen klimagerechten Umbau der Industrie gemacht und die Angst vor dem Abbau von Arbeitsplätzen geschürt.

ZENTRUM AUTOMOBIL UND DIE BETRIEBSRATSWAHLEN 2018⁴⁰

Der Verein *Zentrum Automobil*⁴¹ aus dem Daimler-Werk in Untertürkheim existiert seit dem Jahr 2009 und stellt seitdem bei jeder Betriebsratswahl eine eigene Liste auf. Dabei scheint die soziale Demagogie und die betriebliche „Kümmerer-Strategie“ (vgl. Express 2018) von *Zentrum Automobil* durchaus in der Lage zu sein, eine gewisse soziale Basis zu schaffen. So konnte die Zahl der Betriebsratsmitglieder von Betriebsratswahl zu Betriebsratswahl leicht gesteigert werden: Errang *Zentrum Automobil* 2010 nur zwei Sitze in dem Gremium aus 47 Mitgliedern, so waren es 2014 bereits vier Sitze und 2018 konnten mit rund 13% der Stimmen sechs Sitze erzielt werden.

Aushängeschild dieses Vereins ist Oliver Hilburger⁴², der Gründungsmitglied von *Zentrum Automobil* ist und fast zwanzig Jahre Gitarrist der 2010 aufgelösten neonazistischen Band *Noie Werte* war. Seinen Beitrittsantrag hatte die AfD 2015 abgelehnt, da er der Partei zu weit rechts stand. Das bisherige Be-

40 Für weitergehende Ausführungen zum Versuch betrieblicher Landnahmen durch die extreme Rechte vgl.: Ackermann/Haarfeldt 2019.

41 *Zentrum Automobil* bezeichnet sich selbst gerne als *Alternative Gewerkschaft*. Allerdings fehlt dem Verein jegliche Voraussetzung für eine gewerkschaftliche Organisation und von der grundlegenden Anforderung der Tariffähigkeit ist sie mangels Größe weit entfernt.

42 Zu Oliver Hilburger vgl. Allmendinger/Haarfeldt 2020.

etriebsratsgremium des Daimler-Werkes in Untertürkheim hielt in einer Stellungnahme vor der Wahl 2018 fest, dass „fast der komplette *Zentrum*-Vorstand“ aus Personen besteht, die „sich in der Vergangenheit rechtsextremistisch oder neonazistisch betätigt haben sollen“ (Betriebsrat Daimler-Werk Untertürkheim 2018).

Unterstützt von einem breiten Bündnis extrem rechter Akteure – von Jürgen Elsässer und seinem *Compact*-Magazin über *Pegida*, die *Identitäre Bewegung* sowie Götz Kubitschek und seinem *Institut für Staatspolitik* bis hin zu Vertretern des völkischen *Flügels* der AfD – und finanziert von dem extrem rechten Verein *Ein Prozent für unser Land* wurde im Dezember 2017 die Kampagne *Werde Betriebsrat – Patrioten schützen Arbeitsplätze* ins Leben gerufen. Im Rahmen dieser mit relativ hohem organisatorischem wie finanziellem Aufwand betriebenen und von umfangreichem, professionell aufgemachtem Kampagnenmaterial begleiteten Kampagne wurde die Aufstellung eigener Kandidat*innen sowie „alternativer“ Betriebsratslisten propagiert.

Insgesamt waren die Erfolge des extrem rechten Bündnisses bescheiden: Es konnten 19 Betriebsratsmandate in sieben Betrieben gewonnen werden. Bei knapp 80.000 Betriebsratsmandaten allein im Organisationsbereich der IG Metall ist dieses Ergebnis quantitativ äußerst überschaubar. Allerdings konnte die Zahl der extrem rechten Betriebsräte durchaus erhöht und „Brückenköpfe“ in den Betrieben gebildet werden. Damit besteht die qualitativ neue und nicht zu unterschätzende Gefahr der Etablierung einer extrem rechten Gewerkschaft als explizitem Gegner der Gewerkschaften des DGB in den Betrieben.

39 Offiziell gibt es keine Zusammenarbeit der AfD mit *Zentrum Automobil*. Allerdings hat Guido Reil von der AfD-Arbeitnehmerinteressengemeinschaft AVA e.V. die Kampagne von *Zentrum Automobil* zur Betriebsratswahl 2018 durch ein Interview in der Kampagnenzeitung *Alternative Gewerkschaft* faktisch unterstützt. Auch Vertreter*innen des offen völkischen, mittlerweile offiziell aufgelösten Flügels haben immer wieder mit *Zentrum Automobil* kooperiert.

DER »KAMPF GEGEN DAS AUTO« UND DIE ERRICHTUNG DER »KLI- MA-DIKTATUR« IM AUFTRAG DER »WALL STREET«

Die *Konferenz gegen den Klimawahn* des extrem rechten Monatsmagazins *Compact* im November 2019 in Magdeburg widmete sich „dem Thema, das neben der Asylinvasion die zweite Riesengefahr für unser Deutschland bildet: der drohenden Klima-Diktatur“ (Compact 2019). Dabei sind die verschiedenen Referenten der Frage nachgegangen, wie „die Klimalüge“ (ebd.) zu „immer schlimmer werdenden Einschränkungen unserer individuellen Freiheitsrechte und dem Kahlschlag unserer Industrie“ (ebd.) führt und „wie wir unsere Autos, unsere Energieversorgung und unsere Freiheit verlieren“ (ebd.). Als Referent mit dabei war auch Oliver Hilburger, der unter dem Titel „Wie der Krieg gegen das Auto unsere Arbeitsplätze gefährdet“ seine klima- und industriepolitischen Positionen ausbreiten konnte⁴³.

Die grundsätzliche klimapolitische Ausrichtung der Konferenz lässt sich an der Teilnahme von Michael Limburg, AfD-Mitglied und Vize-Präsident des *EIKE-Instituts* (Europäisches Institut für Klima & Energie), zeigen, dessen Beitrag das Thema „Klimawandel – wissenschaftliche Fakten gegen Panikmache“ behandelt hat. Dieser Verein ist der zentrale Akteur der deutschen Klimawandel-Skeptiker*innen und hat mittlerweile auch einen starken Einfluss auf die klimapolitischen Positionen der AfD (vgl. Teidelbaum 2017). Im Wesentlichen versucht *EIKE* über Gutachten, Symposien und Kongresse darzulegen, dass die „Behauptung eines »menschengemachten Klimawandels« als natur-

43 Oliver Hilburger trat bereits im November 2017 bei der Compact-Konferenz unter dem Motto »Opposition heißt Widerstand« als Redner auf. Bei dieser Konferenz rief Jürgen Elsässer zu einer „neue[n] Front zur nationalen und sozialen Befreiung des Volkes“ auf und sie kann als Startpunkt der extrem rechten Kampagne *Werde Betriebsrat – Patrioten schützen Arbeitsplätze* zur Betriebsratswahl 2018 angesehen werden.

wissenschaftlich nicht begründbar und daher als Schwindel gegenüber der Bevölkerung anzusehen“ (*EIKE* o.J.) sei.

An diese Agenda knüpft auch Jürgen Elsässer, der Herausgeber des *Compact*-Magazins unter dem Titel „Alle Räder stehen still“ (Elsässer 2020: 50ff) an. Verschwörungstheoretisch raunt er dort, dass die „Klimapolitik (...) der Hebel“ (ebd.) sei, mit der das „Merkel-Regime“ (ebd.) die Automobilindustrie lahmlegen und damit das „wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands“ (ebd.) brechen wolle. Die herrschende Klimapolitik wird von Elsässer mit dem „Morgenthau-Plan“ (ebd. 51) verglichen und ihre Ziele als „Denazifizierung, Demilitarisierung und Deindustrialisierung“ (ebd.) begriffen, da die „international einmalige Leistung unserer Arbeiter und Ingenieure, unserer Handwerker und unseres Mittelstands“ der „Wall-Street“ (ebd.) und der „City of London“ (ebd.) ein „Dorn im Auge“ (ebd.) sei. Bei Elsässer ist die antisemitische und antiamerikanische Erzählung von der »internationalen jüdischen Weltverschwörung« mit Sitz an der »Ostküste der USA« (vgl. Ackermann 2019) eben immer nur eine kleine Codierung entfernt. Die Oliver Hilburger und dem *Zentrum Automobil* zugeordnete Rolle ist die der Mobilisierung der „Automobilarbeiter“ (Elsässer 2020: 52) als die „stärksten Bataillone“ (ebd.) im Kampf gegen „den Klimawahn“ (ebd.) unter dem Slogan „Proletarier und Patrioten aller Länder, vereinigt Euch!“ (ebd.).

Und Oliver Hilburger ist gerne bereit, diese Rolle im Ensemble der extrem rechten Organisationen zu übernehmen. Auch er begreift die herrschenden Klimapolitiken als bewusste Strategie der Deindustrialisierung: Die Bundesregierung nutze „die Klimapolitik (...), um den letzten Industriezweig in Deutschland zu zerstören“ (Hilburger 2020: 48), allerdings ohne genauer auszuführen, warum und in wessen Interesse dies angeblich geschehen solle. Auch Elektromobilität wird von ihm in erster Linie als Mittel der Konzerne begriffen, um „teure Arbeitsplätze in Deutschland



NICHTS GELERNT?!
Konstruktion und Kontinuität
des Antiziganismus
Katharina Peters / Stefan Vennmann (Hg.)
Situationspresse (Duisburg) 2019
ISBN 978-3-935673-46-4
211 Seiten, 18 Euro

Der Sammelband mit Aufsätzen zum Thema Antiziganismus vereint Beiträge aus der Wissenschaft und der Praxis zur in Deutschland leider immer noch am meisten verbreiteten Form des Rassismus. Er wurde vom Arbeitskreis Antiziganismus im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) erstellt – in Kooperation mit dem Verband für interkulturelle Arbeit (VIA).

Antiziganismus hat Tradition. Er ist trauriges Zeugnis einer Kontinuität von ausgrenzenden und menschenverachtenden Verhältnissen. Die spezifische Form von Rassismus wirkt seit Jahrhunderten in Deutschland und Europa in zahlreichen Variationen der immergleichen Stereotype sowie den damit verbundenen Gedankenmustern und Diskriminierungspraktiken. Dabei zeichnet sich Antiziganismus durch eine enorme Anpassungsfähigkeit und eine hohe Widerständigkeit gegen seine Bekämpfung aus. Welche Wirkmechanismen und Strukturen lassen sich identifizieren? Welche Strategien und Lösungsansätze können diesem Ressentiment entgegengesetzt werden?

Erhältlich über den Verband für interkulturelle Arbeit (VIA) und über den Buchhandel (Verlag Situationspresse, Duisburg)



ab- und im kostengünstigen Ausland wieder aufzubauen“ (ebd. 49). Neben der Infragestellung der ökonomischen und ökologischen Sinnhaftigkeit der Elektromobilität sowie der Belastungen durch Feinstaub klingt bei Hilburger die alte Agenda der extremen Rechten durch: Den Nationalstaat gegen die Globalisierung in Stellung zu bringen. Seinen Hauptgegner stellen allerdings die Gewerkschaften des DGB und insbesondere die IG Metall dar, die für ihn „nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems“ (ebd.) sind. Ihnen wirft er vor, Proteste und Kämpfe der Industriearbeiterschaft sowohl bei industriellen Transformationen in der Vergangenheit als eben auch bei der derzeitigen zu verhindern und bei ihrer Aufgabe als Vertreter der Arbeitnehmer*innen zu versagen. Dementsprechend möchte er mit seinem Verein Zentrum Automobil gerne diese Rolle übernehmen und fabuliert „von etwas ähnliche[m] wie eine[m] Generalstreik“ (ebd.).

KLIMAWANDEL-SKEPSIS IN DER BETRIEBSPOLITIK VON ZENTRUM AUTOMOBIL

Die Ausführungen Oliver Hilburgers sowie das zugrundeliegende verschwörungstheoretische Weltbild von Klimawandel und Energiewende sind auch Teil der betriebspolitischen Agitation von *Zentrum Automobil*. Dies erfolgt in einer Situation, in der insbesondere die Automobilbranche von weitreichenden Umbrüchen betroffen ist: Zum einen hat die anstehende digitale Transformation in absehbarer Zeit das Potential, erhebliche strukturelle Veränderungen in Produktion und Verwaltung mit sich zu bringen und die Produktivität zu steigern. Zum anderen bedeutet die angestrebte Mobilitätswende – die von den deutschen Automobilkonzernen lange ignoriert wurde – und die damit einhergehenden Umbrüche in Wertschöpfungsketten und Produktionsausrichtung ebenfalls einen massiven Wandel für die Branche. Dementsprechend ist die Verunsicherung vieler Kolleginnen

und Kollegen in Bezug auf Arbeitsplatzsicherheit und Staterhalt hoch.

Und eben diese versucht *Zentrum Automobil* mit Schlagworten wie „Elektro-Wahn“ (ZA 2019a) und „großangelegte Deindustrialisierung unseres Landes“ (ebd.) sowie „Diesel-Lüge“ (ZA 2019c) und „faktenfreie Grenzwertdebatte“ (ZA 2019b) aufzugreifen und für ihre Agenda auszubeuten. Dabei werden Horrorszenerarien über den zu erwartenden Abbau von Arbeitsplätzen sowie die wirtschaftlichen und ökologischen Folgen der Elektromobilität verbreitet.

Auch bei den Protesten gegen Fahrverbote in Stuttgart Anfang 2019 versuchte *Zentrum Automobil* – ebenso wie die örtliche AfD – für ihre Propaganda Publikum zu finden. Allerdings musste es sich zusammen mit der örtlichen AfD nach dem Widerstand der Veranstaltenden gegen diese Vereinnahmung von den Kundgebungen zurückziehen. Die daraufhin ins Leben gerufene Kampagne *Alternativer Dieselprotest* verlief sich bereits nach wenigen Aktionen.

MASCHINENSTÜRMEREI ZUR VERTEIDIGUNG DER EIGENEN LEBENSWEISE

Zentrum Automobil begreift die herrschende Klimapolitik sowie die angestrebte Mobilitätswende als eine gezielte Verschwörung zur Deindustrialisierung Deutschlands ohne jegliche wissenschaftliche Grundlage. Diese verschwörungstheoretische Sichtweise ermöglicht es, die industriellen Umbrüche des anstehenden Wechsels zu klimaschonenderen Antriebsarten als ideologische Irrwege zu markieren und »maschinenstürmerisch« anzugreifen. Auf dieser Basis wird die Abwehr der bevorstehenden industriellen Transformationen mit dem Ziel des Schutzes der „eigenen“ Lebensweise propagiert. Dabei fehlt bei *Zentrum Automobil* jenseits dieses rückwärtsgewandten Beharrens auf dem Bestehenden jegliche zukunftsorientierte Positionierung, wie die Interessen der Beschäftigten in

der Automobilindustrie mit den Herausforderungen der Bewältigung des menschengemachten Klimawandels zu vermitteln sein könnten.

Nötig dagegen wäre den klimapolitischen und ökologischen Umbau der Industrie derart zu gestalten, dass die Beschäftigten dieser Branche nicht auf der Strecke bleiben. Dementsprechend sucht die IG Metall in Zusammenarbeit mit Umwelt- und Sozialverbänden unter dem Motto *#FairWandel* nach Wegen, die ökologischen Erfordernisse sozial und solidarisch umzusetzen sowie nach Möglichkeiten, wie aus „technischem Fortschritt (...) sozialer und ökologischer Fortschritt für alle“ (IG Metall 2019) werden kann. Dabei erfordern diese Herausforderungen auch eine Stärkung der gewerkschaftlichen Handlungs- und Organisationsmacht. Die Verknüpfung der Gestaltung des digitalen wie ökologischen Wandels mit dem Ausbau der Mitbestimmung im Sinne einer Stärkung wirtschaftsdemokratischer Elemente bietet die Perspektive, gesellschaftliche Erfordernisse mit den Interessen der Belegschaften zu vermitteln und gesamtgesellschaftlich sinnvolle Bewältigungswege zu finden. Dafür ist auch eine gewerkschaftliche Gegenerzählung, eine eigene ‚große Erzählung‘, notwendig, die in einer Situation des Wandels die Sorgen und Nöte der abhängig Beschäftigten aufgreift sowie ihren Hoffnungen und Wünschen eine glaubhafte politische Perspektive bietet. Die aufscheinende digitalere wie ökologischere Arbeitswelt von morgen und ihre Erfordernisse in Bezug auf Qualifizierung, qualitative wie quantitative Arbeitszeitgestaltung, Sicherung wie Ausbau des Sozialstaats u.v.m. erfordern eine eigene demokratische und soziale Transformationsperspektive, eine Geschichte von Veränderungen, sozialen Auseinandersetzungen und einem besseren Leben, die niemanden zurücklässt und soziale Sicherheit schafft. Und die im Zweifelsfall auch mit Arbeitskämpfen durchgesetzt wird und dabei praktisch zeigt, dass solidarische Organisation Lebens- und Arbeitsverhältnisse verbessert.

LITERATUR

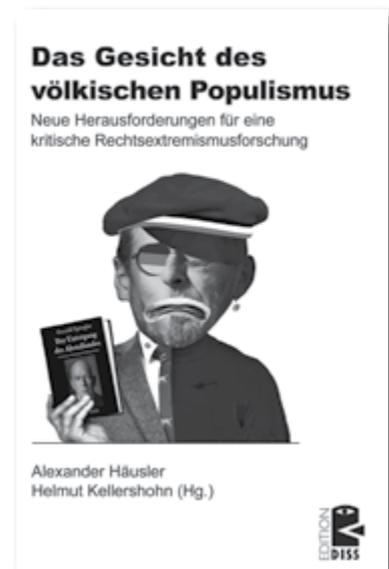
- Ackermann, Tim (2019): Begriff „USA“, in: Bente Gießelmann/Benjamin Kerst/Robin Richterich/Lenard Suermann/Fabian Virchow (Hrsg.): Handwörterbuch rechtsextemer Kampfbegriffe (2. überarbeitete und erweiterte Auflage). Wochenschau Verlag. S. 372-390.
- Ackermann, Tim/ Mark Haarfeldt (2019): Angriff auf die Gewerkschaften: Eine »alternative« Gewerkschaft für Deutschland? In: Andrea Becker/Simon Eberhardt/Helmut Kellershohn (Hrsg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem »Antikapitalismus«. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten. Edition DISS Band 43. Unrast Verlag. S. 233-250.
- Allmendinger, Björn/ Mark Haarfeldt (2020): Oliver Hilburger – rechter Netzwerker und Betriebsrat. In: Allmendinger, Björn/ Sascha Howind (Hrsg.): Rechtspopulismus in der Arbeitswelt. Hintergründe - Erscheinungsformen – Handlungsoptionen. Offizin Verlag. S. 88-97.
- Betriebsrat Daimler-Werk Untertürkheim (2018): Erklärung des Betriebsrates Werk Untertürkheim und Entwicklung Pkw.
- Express 2018: „Wenn mein blauer Arm es will...“. Gespräch mit André Kaufmann über „Zentrum Automobil“ und rechte „Alternativen“ in Betrieben, in: express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit Nr. 01-02. S. 1-10.
- IG Metall (2019): Alles zur #FairWandel-Kundgebung. Online unter: <https://www.igmetall.de/fairwandel> (abgerufen am 08.05.2020).
- Teidelbaum, Lucius (2017): Im Kampf gegen den »Klimaschwindel«. In: Der Rechte Rand, Ausgabe

164. Online unter: <https://www.der-rechte-rand.de/archive/3515/klimaskeptiker/> (abgerufen am 08.05.2020).

QUELLEN

- Compact-Magazin (2019): Konferenz gegen den Klimawahn im November 2019. Online unter: <https://www.compact-online.de/oeko-diktatur-konferenz-2019/> (abgerufen am 08.05.2020).
- EIKE - Europäisches Institut für Klima & Energie (o.J.): Über uns. Online unter: <https://www.eike-klima-energie.eu/ueber-uns/> (abgerufen am 08.05.2020).
- Elsässer, Jürgen (2020): Alle Räder stehen still. In: Compact-Magazin 01/2020, S. 50-52.
- Hilburger Oliver (2020): »Man muss 1 und 1 zusammenzählen«. In: Compact-Magazin 01/2020, S. 48-49.
- ZA – Zentrum Automobil (2019a): Deutschland im April 2019: De-Industrialisierung. Facebook-Post vom 05.04.2019. Online unter: <https://de-de.facebook.com/zentrumauto> (abgerufen am 08.05.2020).
- ZA – Zentrum Automobil (2019b): Alternativer Dieseprotest. Online unter: <https://www.zentrum-automobil.de/2019/02/21/alternativer-dieseprotest/> (abgerufen am 08.05.2020).
- ZA – Zentrum Automobil (2019c): Dieseprotest: Alle auf die Straße! Online unter: <https://www.zentrum-automobil.de/2019/02/22/dieseprotest-alle-auf-die-strasse-mit-video/> (abgerufen am 08.05.2020).

Tim Ackermann, M.A., ist Bildungsreferent beim DGB Bildungswerk NRW e.V. und Mitglied im Arbeitskreis Rechts des DISS



Helmut Kellershohn, Alexander Häusler (Hg.)

Das Gesicht des völkischen Populismus
 Neue Herausforderungen für eine kritische
 Rechtsextremismusforschung
 ISBN 978-3-89771-770-1 Dezember 2018
 Seiten: 216, Reihe: Edition DISS Band: 41
 Ausstattung: softcover

Angesichts des Einzugs der AfD in den Bundestag ist es angebracht, einmal grundsätzlich über Konzepte der Rechtsextremismusforschung nachzudenken. Dabei wird die grundsätzliche Kritik am dominanten Typus der Rechtsextremismusforschung und an dessen normativer Gebundenheit an staatspolitische Vorgaben geteilt. Alternative Forschungsansätze müssen sich in einem doppelten Sinne als kritisch verstehen: einerseits als Kritik der Rechtsextremismusforschung im herkömmlichen Sinne, andererseits als gesellschaftskritische Aufarbeitung der Phänomene, um die es in dieser Forschung geht.

Die Aufgabe kritischer Rechtsextremismusforschung ist es, die aktuellen Entwicklungen der populistischen und extremen Rechten in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen und Umbrüche im gesellschaftlichen und politischen System des neoliberalen Kapitalismus zu untersuchen. Die komplexen synchronen und diachronen Verschränkungen machen es erforderlich, unterschiedliche kritische Ansätze und Perspektiven und deren jeweiligen Vorzüge zu berücksichtigen und miteinander zu vermitteln. Die Intention, mit der dies erfolgen sollte, ist keine rein wissenschafts- und theorieimmanente, sondern zielt auf eine vernünftige und solidarische Gestaltung der Gesellschaft.



„Atomwaffendivision“

RECHTSEXTREME TERRORORGANISATION WILL EINEN „RASSENKRIEG“ INITIIEREN UND DIE „NATÜRLICHE ORDNUNG“ HERSTELLEN



Von Raimond Lüpken

Die Atomwaffendivision (AWD) entstand 2015 in den USA. Da es seit 2018 auch in Deutschland Aktivitäten gibt, soll dieser Text dazu dienen, die Organisation und ihre gewalttätigen Methoden und ihre Ziele darzustellen. Zuerst sollen die Organisation und ihre ideologische Grundlage vorgestellt werden, danach die Strategie, also das Ziel der AWD sowie die Mittel, die zum Erreichen des Ziels angewendet werden sollen. Ein knapper Überblick über Aktivitäten der AWD in den USA und Deutschland runden das Bild ab.

Die Ideologie der AWD basiert auf dem 1992 veröffentlichten Buch „The Siege“ (Die Belagerung) von James Nolan Mason. Der 1952 geborene Mason trat schon im Alter von 14 Jahren in die American Nazi Party ein, später engagierte er sich in der National Socialist Liberation Front. Mehrfach wurde er festgenommen und saß im Gefängnis, unter anderem wegen des Angriffs auf dunkelhäutige Menschen und Kindesmissbrauchs. Das Buch ist eine Zusammenstellung von Artikeln aus der Zeitschrift „The Siege“, die von 1980 bis 1986 erschien. „The Siege“ stellt für die Atomwaffendivision das ideologische Hauptwerk dar und gilt neben anderen Schriften als Pflichtlektüre. Es bildet die ideologische Grundlage für weitere rechtsradikale Gruppierungen. Vom Counter Extremism Project (CEP) wird diese Subkultur als *Siege Culture* bezeichnet, laut CEP zählen weltweit 21 Gruppierungen dazu.

In „The Siege“ wird der führerlose Widerstand propagiert, ein Konzept, das

der US-Geheimdienstoffizier Col. Ulis Louis Amoss in den 1950er Jahren entwickelte und bei einer befürchteten Übernahme der Macht durch kommunistische Kräfte Anwendung finden sollte, um diese zu zerschlagen. Das Konzept des führerlosen Widerstands findet auch in der deutschen rechtsextremen Szene Anwendung in Form der sogenannten „Freien Kameradschaften“. Auch der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) sah sich als „führerlose Zelle“.

Interessenten für die Mitgliedschaft bei der AWD müssen zwischen 16 und 35 Jahre alt und „weißen europäischen Ursprungs“ sein. Neulinge werden laut der Aussage eines Aussteigers unter anderem „Waterboarding“ unterzogen und in so genannten „Hate-Camps“ für den geplanten Rassenkrieg gedrillt. Neben körperlicher Fitness und dem „Willen zur Tat“ wird Kenntnis über einschlägige Literatur verlangt. An erster Stelle steht hierbei „The Siege“, von Bedeutung sind zudem „The Turner Diaries“ von William L. Pierce sowie Bücher von Savitri Devi, Julius Evola und auch „Mein Kampf“ von Adolf Hitler. Die Literatur ist in Telegram-Chatgruppen in Form von englischsprachigen PDFs verfügbar. Die AWD versucht nicht, wie die meisten anderen rechtsextremen Organisationen, sich vom historischen Nationalsozialismus zu distanzieren. Ganz im Gegenteil wird er in den Mittelpunkt gestellt. In jedem Video der AWD ist NS-Symbolik zu sehen, entweder in Form des Hakenkreuzes, des Hitlergrußes oder der Worte „Sieg Heil“.

Ziel der AWD bzw. der gesamten *Siege Culture* ist der gewaltsame Sturz des de-

mokratischen, kapitalistischen Systems, das als korrupt und verfault bezeichnet wird und dem Untergang geweiht sei, da es von Juden kontrolliert werde und gegen die „natürliche Ordnung“ verstoße. (Die „natürliche Ordnung“ ist eine homogene Gesellschaft „weißer Menschen“, in der ausschließlich heterosexuelle Partnerschaften und die „klassische“ Rollenverteilung in Familien toleriert werden.) Die AWD will den ihrer Meinung nach unausweichlichen Untergang beschleunigen. Dieses Konzept des Akzelerationismus (*Accelerationism*) ist in der rechtsradikalen Szene nicht neu: „Schon die Turner Diaries von 1978, eine Terrorismus-Anleitung des amerikanischen Neonazis William L. Pierce, drehen sich um genau diesen Aspekt. Sie sollen Timothy McVeigh und seine Helfer zum Terroranschlag in Oklahoma City 1995 inspiriert haben, bei dem 168 Menschen ermordet wurden. Die neuen Neonazi-Akzelerationisten machen sich eine vereinfachte Form der ursprünglichen Philosophie zunutze.“

„The west cannot be saved, but we can build on the ruins. We can build something stronger and without the burdens of the past!“ (AWD im Darknet)

Die Affinität von James Mason und der AWD zum Terrorismus zeigt sich in der Verherrlichung des Sektenführers und Okkultisten Charles Manson, der auch an den Publikationen in „The Siege“ beteiligt war, sowie in der Verherrlichung des „Una-Bombers“ Theodore Kaczynski. Man sympathisiert mit Jihadisten und diskutiert (wie auch andere White Supremacist-Organisationen) über die

Verwendung des Coronavirus als biologischen Kampfstoff.

Aus Sicht der AWD werden vor allem Juden als Feindbild gesehen sowie schwarze Menschen, Homosexuelle etc., hingegen gibt es Sympathien gegenüber dem radikalen Islamismus, dem IS. Einige AWD-Mitglieder konvertierten sogar zum Islam. Man sieht im Jihadismus eine Inspiration für ein Regime, das brutal gegen seine Feinde vorgeht und in dem keine Juden, Homosexuelle etc. geduldet werden. Außerdem ist die AWD dezidiert frauenfeindlich, Gewalt gegen Frauen sowie Vergewaltigung wird als legitim betrachtet wie unzählige Chatprotokolle im Darknet zeigen.

Die AWD strebt den „total drop-out“, also den totalen Ausstieg bzw. die totale Vernichtung der gesellschaftlichen Ordnung an. Jegliche Art einer politischen Lösung für gesellschaftliche Probleme wird kategorisch abgelehnt. Rechtsextremen Parteien steht man ablehnend gegenüber, da diese sich am „falschen Spiel der Politik“ beteiligen. Dadurch bremsen diese nach Ansicht der AWD die Akzeleration des Zusammenbruchs.

Die Anhänger der AWD tauschen in Internetforen neben ideologischen Schriften zahlreiche Bücher über den Bau von Waffen und Sprengsätzen, wie z.B. das „Mujahideens Explosives Handbook“. In Camps wird der Umgang mit Schnellfeuerwaffen trainiert wie auch Kampfsport und Survival-Techniken erlernt. Letztendlich ist geplant, in einer koordinierten Aktion die Infrastruktur, insbesondere die Energieversorgung und Kommunikationstechnik sowie wichtige Verkehrswege zu zerstören, um im dann entstehenden Chaos einen Rassenkrieg und ethnische Säuberungen durchzuführen. „Diener“ der Juden wie Politiker, Industrielle, Journalisten, Polizisten sollen getötet werden, ebenso wie Oppositionelle, also Linke und Antifaschisten. Sogenannte „Rassenschänder“ sollen getötet werden, also Personen, die nach Definition der AWD zwar „Weiße europäischen Ursprungs“ sind, aber eine sexuelle Beziehung zu Schwarzen oder Juden haben. Sexuelle

Orientierungen, die der als normative Ordnung angesehenen Partnerschaft von Mann und Frau nicht entsprechen, werden als pervers betrachtet und sollen ausgerottet werden.

AKTIVITÄTEN DER AWD IN DEN USA UND DEUTSCHLAND

In den USA sind fünf Morde durch die Atomwaffendivision bekannt geworden. Am 19. Mai 2017 tötete das AWD-Mitglied Devon Arthurs (18) seine beiden ebenfalls der AWD angehörenden Mitbewohner, nachdem sie ihn beleidigt hatten, weil er zum Islam konvertiert war. Bei der Durchsuchung der Garage des Täters fand die Polizei Schusswaffen, Sprengstoff und radioaktives Material. Wie Ermittlungen ergaben, hatte er in internen Chats angekündigt, einen Anschlag auf ein Kraftwerk verüben zu wollen. Am 22. Dezember 2017 erschoss das AWD-Mitglied, der 17-jährige Nicholas Giampa, in Reston/Virginia, die Eltern seiner Freundin. Diese hatten aufgrund seiner rechtsextremen Gesinnung ihrer Tochter den Umgang mit ihm verboten. Im Januar 2018 ermordete AWD-Mitglied Samuel Woodward den homosexuellen, jüdischen Studenten Blaze Bernstein in Orange County, Kalifornien.

In Deutschland tauchte im Juni 2018 im Internet ein Video der AWD auf, in dem mit einer verzerrten deutschen Stimme verkündet wurde, die Division sei nun auch in Deutschland aktiv. In einer Sequenz des Videos ist im Hintergrund die Wewelsburg zu sehen, die während des Dritten Reiches als SS-Ordensburg genutzt wurde. Dort ist in einem Bodenornament die Schwarze Sonne zu sehen, eines der wichtigsten Symbole der AWD. Die Wewelsburg ist eine der Pilgerstätten des internationalen Rechtsextremismus. Im November 2018 wurden in der Bibliothek der Humboldt-Universität in Berlin, versteckt in Büchern, Flugblätter der AWD gefunden. So auch in der Bibliothek der Goethe-Universität in Frankfurt am Main im Mai 2019.



Paul Bey, Benno Nothardt (Hg.)

Kämpfe um Meinungsfreiheit und Medien
 Im Spannungsfeld von Hate Speech, Fake News und Algorithmen
 ISBN 978-3-89771-773-2
 Erscheinungsdatum: August 2019
 Seiten: 160, Reihe: Edition DISS Band: 44
 Ausstattung: softcover

Die politische Kultur ist aktuell in einen Kampf um Meinungsfreiheit und mediale Wahrheit verwickelt. Während die einen den Medien weiterhin Unabhängigkeit und Objektivität bescheinigen, wird ihnen von der anderen Seite »Lügenpresse«, »Political Correctness« und »Fake News« entgegengeschleudert. Die Autor*innen dieses Bandes untersuchen aus unterschiedlichen Blickwinkeln den umkämpften Begriff im Spannungsfeld von extremer Rechten, Leitmedien und Digitalisierung. Sie zeigen auf, mit welchen Strategien extreme Rechte Diskurse und digitale Algorithmen in sozialen Medien manipulieren, während sie gleichzeitig Meinungsfreiheit als Kampfbegriff nutzen, um Kritik an diskriminierenden Aussagen als vermeintliche Zensur abzuwehren. Gezeigt wird auch, wie sich der umkämpfte Begriff der Politischen Korrektheit verändert hat und Provokationen ein Teil des Erfolgsrezeptes für den Aufstieg der AfD sind.

»In der Tradition des DISS immer sehr präzise und akademisch genau belegt, in der Konsequenz nicht immer gerade einfach zugänglich, aber unbedingt lesenswert.« – Jörn Malik, Lotta

» ... höchst interessant und hilfreich, um sich für die Diskussion um das umstrittene Thema Meinungsfreiheit zu wappnen.« – Nina Rink, der rechte rand



In Köln wurden im Juni 2019 anti-muslimische Flugblätter der AWD in zahlreichen Briefkästen gefunden. Das Gebiet um die Keupstraße ist hauptsächlich von Muslimen bewohnt, die Keupstraße war das Ziel eines Bombenanschlags des *Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)* am 9. Juni 2004. Die AWD Deutschland wählte diesen Ort bewusst, um eine möglichst große mediale Aufmerksamkeit zu erzielen. Der Inhalt des Flugblattes: „Moslems in Deutschland! Eure Invasion in unser Land wird scheitern. Das deutsche Volk wacht auf, und wir erkennen immer klarer, dass ihr Feinde seid und uns hasst. Ihr seid das willfährige Werkzeug der Juden, um Deutschland und Europa zu zerstören. Deshalb ist jeder einzelne von euch ein legitimes Ziel. Moslems! Verlasst Deutschland! Gezielte Angriffe auf euch werden bald starten.“ Auf der Rückseite des Flugblattes war die Abbildung einer Person zu sehen, die gerade mittels einer mit einem Hakenkreuz versehenen Axt ausholt, um auf eine vor einer Moschee in Gebetshaltung kniende Person einzuschlagen, wobei diese Abbildung mit den Worten „Moslem verrecke“ unternitelt ist. In diesem Flugblatt zeigen sich klassische rechtsextreme Verschwörungsideologien, wie die angeblich von Juden gesteuerte Migration von Menschen muslimischen Glaubens nach Europa und die Bezeichnung dieser Migration als „Invasion“, also als militärischen Akt.

Im August 2019 wurden Flugblätter der AWD an einer Bushaltestelle in Preetz/Schleswig-Holstein gefunden. Zur ersten gezielten Bedrohung von Einzelper-

sonen kam es am 27. Oktober 2019, als Drohbriebe der AWD an die Bundestagsabgeordneten der Partei Die Grünen, Claudia Roth und Cem Özdemir, geschickt wurden. Am Flughafen Berlin Tegel wurde dem US-AWD Aktivisten Kyle M. am 7. November 2019 die Einreise nach Deutschland verwehrt, nachdem die US-Sicherheitsbehörden darauf aufmerksam gemacht hatten, dass er einen Flug von Dublin nach Berlin gebucht hatte.

FAZIT

Aufgrund des Drucks der Strafverfolgungsbehörden und einer drohenden Einordnung der AWD als Foreign Terrorist Organization durch das US-Außenministerium verkündete James Mason am 14. März 2020 die Auflösung der Organisation. Die Anti Defamation League kam zu dem Schluss, dass „der Schritt den Mitgliedern Raum zum Atmen geben soll, anstatt ihre militanten Aktivitäten tatsächlich zu beenden“. Auch andere Organisationen, die der AWD ideologisch nahestehen wie die *Feuerkriegdivision* und die *Waldkriegdivision*, verkündeten ihre Auflösung und beendeten ihre Aktivitäten auf Telegram. Allerdings nur für kurze Zeit, die *Waldkriegdivision* ist wieder auf Telegram aktiv. Insgesamt ist davon auszugehen dass keine dieser Organisationen sich wirklich aufgelöst hat, denn gerade in der Coronakrise ergibt sich für sie eine gute Anschlussmöglichkeit an antisemitische Thesen wie sie von den Kritikern der Corona-Beschränkungen ins Feld geführt werden. Antisemitische Vorur-

teile und Verschwörungsthesen sind in den letzten Wochen durch die zu einem großen Teil von rechten Kreisen initiierten Proteste in einem bisher undenkbareren Umfang in die Öffentlichkeit getragen worden. Diese Entwicklung werden die hier behandelten rechtsextremen Terrororganisationen sich zunutze machen wollen.

Die **Feuerkriegdivision** (FKD) wurde 2018 in Europa gegründet. Sie soll etwa 70 Mitglieder gehabt haben und war in den baltischen Staaten aktiv sowie in den USA, Kanada, Niederlande, Finnland, Deutschland, Österreich, Kroatien. Der Kopf der FKD in Kroatien wurde im Januar 2020 festgenommen. Im selben Monat wurde ein lettisches FKD-Mitglied in Finnland zu einer Haftstrafe von zwei Jahren verurteilt, weil er geplant hatte, einen Bombenanschlag zu verüben. Am 8. Februar 2020 verkündete die FKD auf Telegram ihre Auflösung. – Auch die **Waldkriegdivision** (WKD) gehört zur *Siege Culture*, der „Commander“ der WKD lebt in Rumänien und ist eng mit Rechtsextremisten in Deutschland vernetzt. Die WKD unterhält auch Kontakte zum rechtsextremen ukrainischen Nationalgarde-Bataillon *Asow* sowie zu den ökofaschistischen Gruppierungen *Green Brigade* und *Greenline Front*.

Raimond Lüpken ist freier Journalist und war Praktikant im DISS

Ruhrkampf 1920



Von Mark Haarfeldt

„Arbeiter, Arbeiter! Wie mag es dir ergehn? Wenn die Brigade Erhardt wird einst in Waffen stehn.“, heißt es im „Kampflied“ der Marinebrigade Ehrhardt als sie am 13. März 1920 in Berlin mit anderen Freikorps einmarschierten, um die junge Republik zu stürzen. Das Lied schmetterten bereits die Angehörigen 1919 bei der Niederschlagung der Münchner Räterepublik. Es markiert in diesen vier Zeilen die chaotische Situation für die junge Republik, der mittlerweile mit dem Begriff „Bürgerkrieg“ eng verbunden ist und seinen Höhepunkt zwischen März und Mai 1920 hatte. Nach den Worten folgten Taten im Ruhrgebiet.

Der Zustand für die Deutsche Republik war nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Abschluss des Versailler Vertrages äußerst instabil. Obwohl sich eine bürgerlich-sozialdemokratische Regierung mit einer Mehrheit nach den ersten Wahlen im Januar 1919 konstituierte, waren die ökonomischen, sozialen und außenpolitischen Folgen des Krieges für die gesamte Gesellschaft spürbar. Ständig aufflackernde Krisenherde, die von der neuen Reichsregierung kaum kurzfristig zu lösen waren, prägten den politischen Alltag. Katalysiert durch die permanente Krise entstand eine starke nationalistisch-autoritäre Opposition, die seit dem Ende 1918 gegen Bestrebungen der linken Arbeiterbewegung vorging und auf die die Reichsregierung immer wieder zurückgriff. Diese paramilitärischen Verbände der Freikorps waren eine relevante militärische Größe, um Unruhen zu unterdrücken.

Auch andere soziale Gruppen sahen in der Republik kein politisches System, das ein noch stark vorhandenes hegemoniales Bewusstsein des deutschen Nationalismus verkörperte. Eine Anerkennung der Republik fand in großen Teilen der Reichswehr, des Adels, des Unternehmertums und des agrarischen Adels nicht statt, gefordert wurde eine Revision des Versailler Vertrages. Außenpolitischer Druck, so die Drohung Frankreichs, eine Revision des Kaiserreichs mit allen Mitteln zu unterbinden, sowie der Aufschwung linker und proletarischer Strömungen, die für eine Räterepublik plädierten, drängten dieses nationalistisch-autoritäre Klientel aus ihrer gesellschaftspolitischen Machtposition in die Defensive. Die Ausrufung der Republik war eine schwere Niederlage des autoritären-nationalistischen Milieus, was jedoch nicht bedeutete, dass revisionistische Pläne nicht weiter verfolgt wurden.

Ebenso quälten die Republik massive soziale Probleme, die vor allem in den Ballungsräumen sichtbar waren und zu einem erhöhten Streikaufkommen führten. Ordnete sich die Arbeiterschaft im Krieg noch der nationalistischen Doktrin, den Krieg unter allen Umständen zu gewinnen, unter, war dieser nationalistische Gehorsam mit dem Ausbruch der Aufstände in Hamburg und Kiel und später im gesamten Reich keineswegs mehr vorhanden. Die Forderungen umfassten besonders den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, Arbeitserleichterungen und einen qualitativen Anstieg des alltäglichen Bedarfs wie Wohnungen oder Versorgung der Bevölkerung. Die Kämpfe in Berlin sowie München 1918/19, die teilweise zu neuen politischen Verhältnissen im Lokalen führten, forderten eben nicht nur mehr politische Partizipation, sondern gleichermaßen eine



Verbesserung der Lebensumstände für die Arbeiterschaft. Die katastrophale wirtschaftliche Situation stellte das Wirtschaftssystem Kapitalismus grundsätzlich in Frage und generierte Alternativen, die zwischen anarchistischen Ansätzen und der kommunistischen Theorie pendelten. In diesem Spannungsverhältnis und aufgrund der militärischen Sanktionen durch den Versailler Vertrag setzte die Reichsregierung von Beginn an paramilitärische Freikorps ein, die brutal die Aufstände in München und Berlin niederschlugen. Auf der anderen Seite gelang es der Reichsregierung nicht ansatzweise, die soziale und wirtschaftliche Notsituation zu lindern. Das soziale Konfliktpotential blieb somit eine ständige Begleiterscheinung der Republik.

DER KAPP-LÜTTWITZ-PUTSCH

Dass bereits mit der Ausrufung der Republik im November 1918 sich nationalistisch-autoritäre Kräfte paramilitärisch formierten, war ein Indiz dafür, dass die Republik mit einer militanten Opposition zu rechnen hatte. Die Freikorps kämpften an verschiedenen Orten im gesamten Reich, prangerten die Unterzeichnung des Versailler Vertrages als Verrat am Vaterland an und schwärmten weiterhin von einer europäischen Vormachtstellung des Deutschen Reiches. Die verschiedenen Freikorps und politischen Organisationen waren streng hierarchisch organisiert, nationalistisch eingestellt und hatten eine autoritäre Weltsicht, wie ein Staat organisiert werden sollte. Waren besonders in adligen Kreisen der Ruf nach der Rückkehr des Kaisers aus seinem holländischen Exil in Doorn ausgeprägt, wiesen bürgerliche Vertreter eine Restauration des Kaiserreiches von sich und forderten ein „Drittes Reich“, wie das 1923 erschienene Buch von Arthur Moeller van den Bruck hieß, in dem eine völkische Ordnung mit einer elitären Staatsorganisation aufgebaut werden sollte. Heldenepen aus dem Weltkrieg – besonders erfolgreich war die Publikation von Ernst Jünger „In Stahlgewittern“ – verklärten die Ereignisse im Ersten Weltkrieg und mystifizierten den Kampf des Deutschen Reiches gegen eine Übermacht an Feinden, in dem das deutsche Heer heldenhaft für ein „deutsches Ideal“ kämpfte. Die mannigfaltige Literatur zum Kriegsende und zur Kriegsschuld war durchdrungen von Relativismus und systemischer Kritik am Liberalismus und Kommunismus. Trotz der politischen Zersplitterung und kontroverser Gesellschaftsbilder einte das nationalistisch-autoritäre Milieu das Dogma vom „Deutschen Weg“, das bereits mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges enorme Popularität hatte und auch in der Arbeiterschaft AnhängerInnen fand. Der Begriff „Deutsche Weg“ symbolisierte hierbei eine kategorische Abgrenzung zu anderen Gesellschaftssystemen. Der autoritäre Obrigkeitsstaat, der jedwede politische Debatte ausschloss, die militärische Durchsetzung der Gesellschaft und vor allem die politische Forderung, Deutschland müsse zumindest in Europa, wenn nicht gar global, eine führende Rolle einnehmen, überlebten das Ende des Ersten Weltkrieges. Zu Beginn des Jahres 1920 waren diese Kreise optimistisch, die Republik zu vernichten, um ihre autoritären Vorstellungen zu realisieren.

Am 13. März 1920 marschierten Freikorps in Berlin ein. Unter der Führung von Wolfgang Kapp und Walther von Lüttwitz sollte dies der Beginn einer restaurativen Welle werden, die das Reich in seinen alten Facetten wieder auf erleben lassen sollte. Die Reaktionen auf den Putsch waren überraschend. Die Reichsregierung flüchtete über Dresden nach Stuttgart, gleichzeitig riefen die Gewerkschaften zum Generalstreik auf. Auch in den Behörden regte sich Widerstand. Anders als von den Putschisten erwartet, verweigerten die meisten BeamtenInnen eine Zusammenarbeit, womit eine reibungslose Übernahme der Amtsgeschäfte nicht mehr möglich war. Nach drei Tagen brach der Putsch wieder zusammen. Die beiden Protagonisten flüchteten in das Exil. Kapp wurde 1922 von Schweden ausgeliefert, starb jedoch kurz vor Beginn seines Hochverratsprozesses. Lüttwitz ging nach Ungarn in das Exil und kehrte 1925 zurück, nachdem die Reichsregierung eine allgemeine Amnestie für die Putschisten von 1920 proklamierte. Die Marine-Brigade-Erhardt konnte nach Verhandlungen mit der Reichsregierung friedlich abmarschieren. Beim Abmarsch reagierte sie auf Unmutsäußerungen am Brandenburger Tor mit Gewehrschüssen in die Menge. Dabei starben 12 Menschen.

DIE LAGE IM RUHRGEBIET

Im Ruhrgebiet fanden schon im Ersten Weltkrieg Arbeitskämpfe statt, die die katastrophale Versorgungslage und Arbeitsverhältnisse anprangerten. Der starke Organisationsgrad der drei großen Arbeiterparteien ab 1919 sowie anarchistischer Gruppen in den Stahlwerken und Zechen war eine Ausgangssituation, die zu einer hohen Beteiligung bei Arbeitskämpfen führte. Angrenzend an das besetzte Rheinland, besaß das Ruhrgebiet noch einen Sonderstatus, weswegen militärische Einheiten der Reichswehr nicht zum Einsatz gegen Unruhen kommen konnten. Organisierte und wilde Streiks prägten das Leben im Revier und waren bis zum Kapp-Lüttwitz-Putsch ein markantes Merkmal der Arbeitswelt. Die präsenste Apathie gegenüber autoritären Mustern, die von Adligen und Unternehmen unterstützt wurden, waren ein weiteres wichtiges Motiv, dass der Generalstreik im Ruhrgebiet eine sehr hohe Resonanz erfuhr und eben auch Vorurteile bestätigte, die Reichsregierung arbeite mit den reaktionären Kräften zusammen. Die Entstehung der Roten Ruhrarmee Mitte März 1920 hatte somit den Anspruch, eine sozialistische Politik zu etablieren und gleichzeitig sich gegen den autoritär-nationalistischen Putsch zu schützen.

Schon zum Tag des Putsches fanden Demonstrationen im Ruhrgebiet statt. Allein in Bochum gingen 20.000 Menschen auf die Straße. Ein Tag später gab es in Elberfeld ein Treffen zwischen SPD, USPD und KPD, auf dem beschlossen wurde, weitgehende Maßnahmen gegen den Putsch zu initiieren. Die gemeinsame Erklärung zur „Erringung der politischen Macht durch die Diktatur des Proletariats“ und die Proklamation zum Generalstreik ermutigten in einzelnen Städten Arbeiterformationen, die Regierungsgewalt an sich zu ziehen. Mit der Entmachtung lokaler Behörden wie Polizei und Stadtverwaltung



entstanden Vollzugsräte, die die administrativen Aufgaben übernahmen. Die Gründung der Roten Ruhrarmee sollte die Ordnung garantieren und galt gleichzeitig als Schutz vor dem möglichen Einmarsch von Freikorps.

DER KAMPF UM DAS REVIER

Schon am 15. März 1920 kam es zu ersten Gefechten in Wetter an der Ruhr. Eine Abteilung des Freikorps Lichtschlag, das am Putsch von Lüttwitz und Kapp beteiligt war, marschierte auf die Stadt zu und traf auf Widerstand. Das Gefecht konnten die ArbeiterInnen gewinnen, dies aber war gleichzeitig ein Signal für die Führung der Freikorps, die Schlagkraft der Roten Ruhrarmee nicht zu unterschätzen. In den kommenden Tagen folgten weitere Gefechte in anderen Städten des Ruhrgebiets. Innerhalb von zwei Wochen konnten die meisten Städte von der Roten Ruhrarmee besetzt werden. Größere Gefechte mit lokalen Bürgerwehren, Polizeieinheiten und Freikorps fanden in Dortmund und im nördlichen Ruhrgebiet statt. In Dortmund wurden 600 Freikorps-Angehörige verhaftet. Die Rote Ruhrarmee begann danach mit dem Aufbau eigener Verwaltungsstrukturen, auch wenn der Kapp-Lüttwitz-Putsch bereits beendet war und die Reichsregierung ihre regulären Amtsgeschäfte wieder aufgenommen hatte. Eine Zentrale wurde zuerst in Hagen und später zusätzlich in Essen errichtet, um die Aktivitäten der Roten Ruhrarmee zu koordinieren, sowie die Versorgung der Bevölkerung sicher zu stellen.

Für die Reichsregierung stellte die Situation im Ruhrgebiet eine ernstzunehmende Bedrohung dar. Wenngleich der Putsch von rechts glimpflich für sie verlief, konnte sich das Ruhrgebiet zum Ausgangspunkt einer größeren Erhebung entpuppen, sofern die Rote Ruhrarmee nicht gewillt war, die politische Verantwortung wieder abzugeben. Verhandlungen mit Freikorps, für die Reichsregierung in das Ruhrgebiet einzumarschieren und den Aufstand niederzuschlagen, wurden bereits geführt. In einem Ultimatum, das bis zum 30. März 1920 lief, forderte die Reichsregierung die Rote Ruhrarmee auf, ihre Aktivitäten vollständig einzustellen und die Macht wieder an die Reichsbehörden zu übergeben. Das Ultimatum hatte politische Sprengkraft, schließlich war in der Reichsregierung auch die SPD, von der Mitglieder sich auch im Ruhrgebiet an der Roten Ruhrarmee beteiligten. Dennoch blieb die Parteiführung bei der politischen Forderung, dass der Aufstand an der Ruhr sofort einzustellen sei, ansonsten würden paramilitärische Verbände in das Revier einmarschieren. Die Rote Ruhrarmee sowie die Zentralen in Hagen und Essen lehnten es ab, die Gewalt wieder in staatliche Hände zu übergeben. Mit dem Ablauf des Ultimatums der Reichsregierung marschierten somit Freikorps in das Ruhrgebiet ein, womit ein Rachefeldzug begann.

Wie 1918 und 1919 untermauerte die Reichsregierung, dass eine klare Abgrenzung zu reaktionären und nationalistisch-autoritären Kräften nicht vorhanden war. Wenngleich einige paramilitärischen Verbände von Parteimitgliedern der SPD geführt wurden, standen Intention und politische Haltung im

krassen Gegensatz zur Arbeiterschaft im Ruhrgebiet. Der Führung der Roten Ruhrarmee war klar, dass hier skrupellose Einheiten vorrückten, die keinerlei Gnade gegenüber den KämpferInnen der Roten Ruhrarmee hatten. Dies war eine Erfahrung aus den ersten beiden Jahren der Republik und sollte sich wiederum im Ruhrgebiet bestätigen. Da die Rote Ruhrarmee kaum militärische Ausrüstung und taktisches Wissen im Führen von Großverbänden hatte, es waren schließlich ArbeiterInnen und keine Soldaten, war eine Niederlage fast unausweichlich. Die Kämpfe dauerten nicht lang an, so dass nach wenigen Wochen das Ruhrgebiet vollkommen von den Freikorps besetzt war. Die Verfolgung von Angehörigen der Roten Ruhrarmee hielt wochenlang an und wurde bis Anfang Mai 1920 von den Freikorps durchgeführt. Standrechtliche Erschießungen, selbst von SanitäterInnen, und Folterungen, waren in manchen Städten des Ruhrgebiets alltäglich. Die Freikorps hatten hierbei freie Hand, legitimiert von der Reichsregierung. Die genaue Anzahl der Opfer lässt sich im Nachhinein nicht mehr rekonstruieren. Definitiv liegt die Zahl im vierstelligen Bereich, einige ForscherInnen sprechen sogar davon, dass die Bevölkerung im Ruhrgebiet durch die Strafmaßnahmen der Freikorps fast 10.000 Opfer zu beklagen hatte.

FOLGEN DES RUHRKAMPFES

Die Niederschlagung der Bewegung im Ruhrgebiet bedeutete eine Zäsur in der kurzen Geschichte der Republik. Damit endete der Versuch einer basisdemokratischen Konstitution, die bereits im November 1918 begann und von der Reichsregierung konsequent unterbunden wurde. Der Ruhrkampf 1920 war der letzte große Versuch, zumindest regional, solche Strukturen aufzubauen. Im Nachgang sorgte er gleichermaßen für einen tiefen Riss in der linken Arbeiterschaft, der Gräben vertiefte und Misstrauen verstärkte. Dass SPD und KPD 1933 mit der Wahl Adolf Hitlers zum Reichskanzler nur punktuell zusammenarbeiteten, hatte durchaus Gründe, die im Zeitraum 1918-1920 lagen. Die Risse konnten selbst nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges nicht gänzlich überwunden werden. Im Ruhrgebiet gab es zwar zur Zeit der Republik bis 1933 ein aktives Gedenken an die Gefallenen, doch nach 1945 verschwand das Gedenken an 1920 fast vollständig. Nur vereinzelt fanden Gedenkveranstaltungen oder Informationsabende statt. Dies sollte sich 2020 zum 100. Jahrestag ändern. Verschiedene Gruppen, Institutionen und Einzelpersonen planten vielfältige Aktionen, die ab dem März 2020 stattfinden sollten. Durch die Corona-Pandemie konnte leider keine einzige Veranstaltung durchgeführt werden. Einzig der Twitter-Account „Ruhrkampf 1920“ ließ die Ereignisse von damals noch mal einem breiteren Publikum Revue passieren. Sofern die Krise überwunden ist, sollen viele Veranstaltungen 2021 nachgeholt werden. Der Ruhrkampf gehört in das kollektive Gedächtnis des Ruhrgebiets.

Mark Haarfeldt, Dr. phil., ist Historiker und Bildungsreferent beim DGB Bildungswerk BUND sowie Mitglied im Arbeitskreis Rechts des DISS.



Resilienz im Krisenkapitalismus



Graefe, Stefanie 2019:
Resilienz im Krisenkapitalismus.
Wider das Lob der Anpassungsfähigkeit.
Bielefeld: Transcript Verlag
232 Seiten, 19,99 Euro.
ISBN: 978-3-8376-4339-8

Stefanie Graefe, Privatdozentin der Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, hat im letzten Jahr im Transcript Verlag ihr Buch *Resilienz im Krisenkapitalismus* mit dem Untertitel *Wider das Lob der Anpassungsfähigkeit* veröffentlicht. Beide Formulierungen verweisen auf eine kritische Analyse der ‚Resilienz‘, ein Begriff, mit dem in der wissenschaftlichen Literatur und in der Ratgeberliteratur das neue Leitbild für den anpassungsfähigen, flexiblen und krisenfesten Menschen Konjunktur gefeiert wird.

Graefe interessiert sich für den Zusammenhang von „Erschöpfung als soziales Phänomen“ und „Resilienz als einigermaßen neues Leitbild“, wobei Resilienz als Begriff noch wissenschaftlich diffus

REZENSION VON WOLFGANG KASTRUP

sei. (11) Es wäre verkürzt, Resilienz nur als „psychologisches Modell“ allein für Subjekte zu verstehen, denn es bezieht sich auch auf „Familien, Städte, Unternehmen, Ökosysteme, Regierungen, Finanzmärkte und Technologien.“ (Ebd.)

In Corona-Zeiten, als in einem so noch nie dagewesenem tiefgreifendem gesellschaftlichem, ökonomischem und politischem Ausnahmezustand, so könnte man aktuell hinzufügen, gilt die geforderte Anpassungsfähigkeit, Widerstandsfähigkeit, Flexibilität und Handlungsfähigkeit erst recht: Resilienz erwächst aus der Kooperation der oben angegebenen sozialen, ökonomischen und gesellschaftlichen Ebenen. Resilienz sei mithin nicht nur ein „Modewort“, sondern (hier bezieht sich die Autorin auf Ulrich Bröckling) ein „Schlüsselkonzept des 21. Jahrhunderts“. Graefe zufolge stimme uns „Resilienz als transformatives Paradigma“ nicht nur auf eine in multipler Weise ungewisse, undurchschaubare und deshalb eben prinzipiell auch bedrohliche Gegenwart ein, sondern gibt uns zugleich Mittel an die Hand, mit dieser Situation fertigzuwerden.“ (21)

Wie aber kommt es von der „Vielfachkrise“ (gesellschaftlich, ökonomisch, ökologisch, politisch) „zu Resilienz als Krisenbearbeitungsvorschlag“? (Ebd.) Um diese Frage zu beantworten, will Graefe zunächst dem „Phänomen der Erschöpfung nachgehen“, da sie „die Erschöpfung als einen in der flexibelkapitalistischen Gegenwartsgesellschaft schlüssigen Modus der (individuellen oder kollektiven) Problematisierung der Beziehung von Subjektivität, Arbeit und psychosozialer Gesundheit“ auffasst. (22) Der Terminus Erschöpfung umfasse „bewusst unscharf“ Burn-out,

Depression, Anpassungsstörung oder Stressdepression. (25) Diese Phänomene seien heute weit verbreitet, also keine Einzelschicksale mehr, sondern könnten jeden betreffen.

Begrifflich erklärt Graefe Erschöpfung „als eine Form der gesellschaftlichen wie der individuellen Problematisierung der Beziehung von Arbeit, Gesundheit und Subjektivität im flexiblen Kapitalismus.“ (27) Die Problematik der Arbeitsausfälle lasse sich auch statistisch nachweisen: 15% der Arbeitsunfähigkeitstage und 40% aller Frühverrentungen ließen sich auf psychische Erkrankungen zurückführen. (Ebd.) Somit könne man Erschöpfung als „objektive Erfahrung“ deuten, und diese Erkrankung im System des neoliberalen Kapitalismus, der durch „Flexibilisierung, Entgrenzung und Subjektivierung“ charakterisiert sei, müsse als Konsequenz des „gesellschaftlichen Strukturwandels“ gesehen werden, der in den 1970er Jahren eingesetzt habe.

CREDO DER VERMARKTLICHUNG

Unter „der Maxime der Vermarktlichung“ reiche es heute nicht mehr aus, „diszipliniert und effektiv“ zu arbeiten. Die Beschäftigten müssten darüber hinaus Motivation, soziale Kontakte, Wissen und ihre Selbstmanagement-Skills „über die Grenzen der Arbeit hinaus pflegen und erweitern, um den umfangreichen Anforderungen von Arbeitsmarkt und Unternehmen zu entsprechen.“ (35) Dies würde den individuellen wie kollektiven Druck erhöhen – sowohl zeitlich, inhaltlich auf die Arbeit bezogen und ebenso sozial.



Graefe spricht von einer „doppelten Subjektivierung“, was bedeutet, dass den Beschäftigten durch flexibilisierte Arbeitszeiten, entsprechende Betriebsstrukturen und projektorientiertes Arbeiten Autonomie und Selbstverwirklichung versprochen werde, andererseits aber die Drohung bestehe, ökonomisch abzustiegen und in prekarierte Arbeits- und Lebensverhältnisse zu fallen. Diese „doppelte Subjektivierung“ werde dann noch einmal verdoppelt: Sie umfasse, wie eben formuliert, die *Verheißung* von Autonomie und die *Drohung* des sozialen Abstiegs als die eine Doppelung, und als weitere Doppelung die *Ansprüche* der Subjekte und die *Anforderungen* der Betriebe bzw. des Staates:

„Alles in allem stellt sich die Erschöpfung aus dieser Perspektive also als eine für subjektivierete Arbeitsverhältnisse passgenaue Krankheit dar, eine Art Staublunge des 21. Jahrhunderts, wird mit der Subjektivität doch jener Teil des Menschen krank, der im gegenwärtigen Arbeits- und Wohlfahrtsregime am stärksten beansprucht und belastet wird.“ (37)

In zwei bemerkenswerten Fallstudien, auf die im Einzelnen hier nicht näher eingegangen werden kann, macht Graefe deutlich, wie, trotz vergleichbarer Ausgangsbedingungen, die Erfahrungen mit Erschöpfung unterschiedlich ausfallen. Sie zieht daraus die Erkenntnis, dass unter der Bedingung „von Vermarktlichung und Konkurrenz als zentrales Problem“ im Verhältnis zwischen Arbeit, Gesundheit und Subjektivität eine Kluft herrsche zwischen „dem *Versprechen* auf Sinnschöpfung, Anerkennung und Selbstverwirklichung in der Arbeit“ einerseits und „der Unmöglichkeit seiner *Einlösung*“ andererseits. (55)

ENTGRENZUNG DER KONKURRENZ

Sehr treffend analysiert die Autorin dann, wie unter der Entgrenzung der Konkurrenzsituationen im Postfordismus, den sie mit dem flexiblen Kapitalismus gleichsetzt, die „Individualität selbst ein Ziel von Konkurrenz“ werde

(„neoliberale Subjektivierung“). Es ginge dann darum, wie das Subjekt sich in seiner Einzigartigkeit am Markt am besten darstellen könne, um andere aus der Konkurrenz zu drängen. Für das Individuum sei damit eine „widersprüchliche Aufgabe“ verbunden, „sein Besonders-Sein durch die Erfüllung überindividueller Bewertungsmaßstäbe“ zu beweisen. „Ist Konkurrenz zu einem vorherrschenden Sozialmodus geworden, wird potentiell jede soziale Situation als psychischer Konflikt [...] erlebt – also als Scheitern an den (vermeintlichen) eigenen Möglichkeiten.“ (61)

RESILIENZ - DIE „NEUE ARBEITSTUGEND“

Seit einiger Zeit sei Resilienz im Bereich des betrieblichen Gesundheitsschutzes als „neues Zauberwort“ zu sehen. Es gehe dabei um die Frage, wie Unternehmen und Betriebe die Kosten von psychischen Belastungen und damit verbundenen Ausfalltagen von Beschäftigten reduzieren können. „Resilienz fungiert dabei als Überschrift für einen kompetenten Umgang mit Stress und Überlastung im Sinne einer flexiblen Widerstandsfähigkeit, die Subjekte in die Lage versetzt, mit unvorhergesehenen Ereignissen, aber auch mit chronischem Arbeitsstress so umzugehen, dass es zu keiner nachhaltigen Beeinträchtigung von Produktivität und/oder Erwerbsfähigkeit kommt.“ (98) Schulungs-, Trainings- und Coachingangebote hätten folglich Konjunktur: Ein „Stehaufmännchen“ lasse sich durch Belastungen, Misserfolge und Krisen nicht runterziehen, sondern habe durch das Training der Resilienz gelernt, mit solchen Schwierigkeiten zu arbeiten und zu leben. (Vgl. 99)

Graefe nennt diesbezüglich einige Beispiele der Unternehmen SAP und ThyssenKrupp sowie der Techniker Krankenkasse. „Insofern Selbstorganisation im flexiblen Kapitalismus zur hegemonialen Autonomie-Anforderung geworden ist, ist Resilienz das dazu passende Leitbild – und zugleich ein machtvoller Motor der Dekonfliktualisierung der Erschöpfung.“ (110) Damit sei „dem so-

zialen Phänomen der Erschöpfung [...] der potenziell kritische Stachel gezogen“ (111), denn bei einer kollektiven Problematisierung der individuellen Leiden der Menschen könnten sich durchaus kritische und konflikterzeugende Konsequenzen ergeben.

VEREINNAHMUNG VON AUTONOMIE

In ihrem Essay geht es Graefe darum, über Resilienz als Handlungsanleitung für erschöpfte Subjekte, so wie sie ins Spiel gebracht wird, hinauszugehen und danach zu fragen, was geschieht, wenn Resilienz „als eine jener ‚natürlichen‘ Kategorien, die unsere politische Vorstellungskraft prägen“, in Betracht genommen wird. (161) Resilienz sei eine „Metapher“ und als solche an eine „spezifische Zeitlichkeit“ gebunden. Es stelle sich immer erst im Nachhinein, also nach einem Ereignis heraus, wie sehr die Menschen resilient gewesen seien. (Ebd.) Graefe zufolge werde für die Subjekte nicht die Autonomie „an und für sich zum Problem“, sondern es gehe für sie um die besondere Fassung der Autonomie und zwar um „Autonomie als Selbstorganisation“, welche „Selbstverwirklichungs- und Selbstbestimmungserwartungen“ aufgreife, diese aber auf die Selbstorganisation zurückführe. (Vgl. 164)

Die Autorin kritisiert, dass so die Autonomie nicht nur entgrenzt werde, sondern von dem flexiblen kapitalistischen System „monopolisiert“ werde. Für erschöpfte Menschen würde dies bedeuten, dass ihre Erschöpfung als Reaktion gedeutet werden könne auf eine Kluft zwischen ihren „Autonomieerwartungen“ und den konkret erlebten „Autonomieerfahrungen“. (Ebd.)

RESILIENZ ALS SELEKTIONSKRITERIUM

In der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sei die Arbeit „mit und an der resilienten Community“ längst zu einer „Schlüsselkategorie“ geworden. Dies sei einerseits eine Antwort auf die enormen „humanitären Herausforde-



rungen“, andererseits „als Methode, um den Top-down-Modus humanitärer Hilfe in Richtung von Partizipation und Empowerment zu überwinden.“ (172) Dadurch werde Resilienz zu einer natürlich verfügbaren „sozialen Resource“, die die „Selbstorganisation vulnerabler Bevölkerungen“ im Blick habe und zudem als Risiko- und Krisenmanagement strategisch eingesetzt werden könne. (Ebd.) Es gehe um kostenreduzierende Maßnahmen bei internationalen Hilfsprogrammen, um potentiell hilfsbedürftige Menschen zu erfassen und die Mittelverteilung zu rationieren. Resilienz werde so als „Selektionskriterium“ eingesetzt. (Vgl. 173)

UNSICHERHEIT UND RESILIENZ

Laut einer vergleichenden Studie zur „nationalen Resilienz“ in den USA und Israel, die 2013 veröffentlicht wurde, sei in den USA „Staatsvertrauen und Patriotismus“ nach den Anschlägen vom 11. September 2001 deutlich gestiegen und auch in Israel habe die „Liebe zum Vaterland“ beträchtlich zugelegt, was die Autoren sehr positiv als „psychopolitical consequences“ der „exposure to terror“ gedeutet hätten. (180) Die Deutung des Weltgeschehens als prinzipielle Ungewissheit und der daraus folgenden Konsequenz, mit Katastrophen resilient umzugehen, verlange kein kritisches Denken und Handeln über die Ursachen von Katastrophen, sondern ein sich abfindendes, kreatives und flexibles Subjekt. (Ebd.) Der neoliberale Staat habe in der Finanzkrise 2007/8 die Banken gerettet nach dem Motto „Sozialisierung der Kosten und der Privatisierung der Risiken“ und so „die Resilienz von Volkswirtschaften“ an die flexiblen und veränderungsbereiten Beschäftigten und Wählern geknüpft. (182)

Natürlich, und das steht für die Autorin außer Frage, sei Resilienz für Menschen in schwierigen Lebenssituationen wichtig, um einer Verzweigung vorzubeugen, ebenso eine einigermaßen gelingende emotionale Selbstregulierung. (Vgl. 167) Ebenso sei es selbstverständlich wichtig, Menschen in Notlagen zu

helfen, um nicht depressiv, ohnmächtig und handlungsunfähig zu werden. Was sie problematisiert, ist dagegen „Resilienz als Konzept“. (Ebd.)

Es geht Graefe in kritischer Absicht darum, „im Zeichen von Resilienz“ aufgefordert zu sein, sich mit den Verhältnissen in der Welt, in der wir leben, eben „nicht anzupassen und abzufinden“, sondern sie verändern zu können. (Vgl. 195) Dies mündet in ihren begrüßenswerten Schlussgedanken: „Und wir sind und bleiben aufgefordert, Strukturen und Machtverhältnisse, die Lebensgrundlagen zerstören und Ausbeutung, Ausgrenzung und Angst befördern, als das zu begreifen, was sie sind: nicht ontologisch, sondern menschengemacht.“ (196) Diese Schlusspassage von Stefanie Graefe erinnert etwas an den „**kategorischen Imperativ**“ von Karl Marx, „*alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, [...]“. (MEW Bd. 1, 385)

FAZIT

Stefanie Graefe gelingt es in ihrer klaren und differenzierten soziologischen Analyse, Resilienz als „passgenaues Konzept des flexiblen Kapitalismus“ einer Kritik zu unterziehen. Dabei wird deutlich, dass im neoliberal regulierten Kapitalismus die Leiderfahrungen vieler Menschen mit Stress, Erschöpfung, prekärer Beschäftigung und Armut zugenommen haben und zur Krisenformigkeit dieses Systems gehören. Mit dem Konzept der Resilienz feiert vor diesem Hintergrund eine Norm der Selbst- und Menschenführung Konjunktur, mit Anpassungsfähigkeit, Flexibilität und Krisenfestigkeit auf gesellschaftliche wie subjektive Herausforderungen zu reagieren und diese zu meistern. Graefe macht deutlich, wie sehr es dabei auch um die verbesserte Wertschöpfung, also um Ausbeutung der Beschäftigten geht. Immanente gesellschaftliche Strukturbedingungen der Vielfachkrisen treten dabei in den Hintergrund.

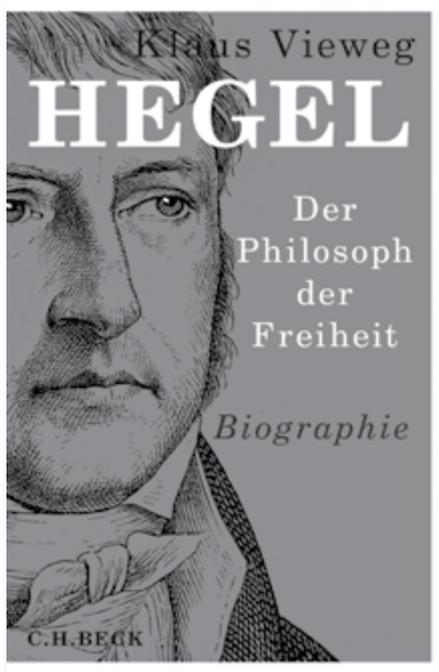
Es ist das Verdienst von Graefe, dies unmissverständlich in ihrer Analyse deut-

lich zu machen. Gerade in Zeiten der Pandemie mit dem gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Ausnahmezustand gewinnt das Buch eine zusätzliche Bedeutung. Ob allerdings der Kapitalismus nicht immer schon flexibel gewesen ist und im Neoliberalismus nur eine neue Qualität gefunden hat, sei dahingestellt.

Etwas schade finde ich, dass die Autorin in ihrer Analyse nur nebenbei den Begriff der Entfremdung verwendet, der bei der Verbindung individueller Leiderfahrungen mit dem Bezugspunkt der kapitalistischen Verwertungsgesellschaft eigentlich unmittelbar ins Spiel kommt. Die Verabsolutierung nicht nur des Privateigentums, sondern gleichermaßen des Verwertungszwangs, der Akkumulation von Kapital und der Konkurrenz prägen die sozialen wie emotionalen Verhaltensweisen der Menschen, die sich schließlich als soziale Erschöpfung niederschlagen. Auch wenn die Autorin diese Thematik nicht einbezieht, schmälert dies das Verdienst des sehr zu empfehlenden Buchs von Stefanie Graefe keineswegs.

Wolfgang Kastrop, Mitglied der Redaktion und des AK Kritische Gesellschaftstheorie

Ein Gigant der Philosophie: Georg Wilhelm Friedrich Hegel



Vieweg, Klaus 2019: Hegel. Der Philosoph der Freiheit. 2. Auflage, München: Verlag C.H. Beck, ISBN 9783406742354. Gebunden, 824 Seiten, 34,00 Euro.

Klaus Vieweg, Professor für klassische deutsche Philosophie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und einer der international führenden Hegel-Experten, hat zum 250. Geburtstag eine monumentale Biographie (824 Seiten mit Anhang) mit dem Titel: *Hegel. Der Philosoph der Freiheit* verfasst. Das Buch ist mittlerweile in der zweiten Auflage erschienen. Das Kernanliegen von Vieweg ist die These, dass Hegel (1770-1831), der berühmte Vertreter des deutschen Idealismus und der wirkmächtigste und bedeutendste Philosoph des 19. Jahrhunderts, ein Philosoph der Freiheit ist, einer Freiheit, die nicht mit Willkür, sondern mit Vernunft einhergeht.

KINDHEIT UND JUGEND IN STUTTGART (1770-1788)

Hegel wird am 27. August 1770 in Stuttgart geboren, drei Jahre später seine Schwester Christiane Louise und sechs

„DER PHILOSOPH DER FREIHEIT“

REZENSION VON WOLFGANG KASTRUP

Jahre später sein Bruder Georg Ludwig. In seinem Geburtshaus befindet sich heute das Hegel-Museum. Über seinen Vater, einen württembergischen Staatsbediensteten in der Finanzverwaltung und „Mitglied der einflussreichen Beamtenschaft“, herrscht bei Hegel „beredtes Schweigen“. Seine Mutter, eine Frau hoher Bildung, hat Wilhelm, so sein Rufname, schon früh mit der lateinischen und französischen Sprache vertraut gemacht. (36) Sie ist für sein Aufwachsen die „wichtigste Orientierungsperson“ und er hält sie daher immer in „bester Erinnerung“. Als Wilhelm 13 Jahre alt ist, verstirbt sie an Typhus. (37)

Fortan ist der Theologe und Philosoph Jakob Friedrich Abel für die philosophische Bildung des Gymnasiasten zentral. Das Motto des Professors, die „Erziehung zum Selbstdenken“ sei erste Pflicht des Philosophieunterrichts, hat Hegel sehr geprägt. (47) Als Klassenbesten schließt er das Gymnasium ab, allerdings werden seine „Defizite beim Sprechen und Predigen [...] unmissverständlich benannt“, Defizite, die ihn ein Leben lang begleiten. (55)

STUDIUM IN TÜBINGEN (1788-1793)

Die Studienjahre fallen in eine politisch wie philosophisch bewegte Zeit, die für Hegel prägend sind. So beginnt am 14. Juli 1789 die Französische Revolution mit der Erstürmung der Bastille und am 26. August beschließt die Nationalversammlung in Paris die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“. Hegel ist zeitlebens ein begeisterter Anhänger der Französischen Revolution (ein „herrlicher Sonnenaufgang“), auf die er – so Vieweg – jedes Jahr am 14. Juli mit

einem Glas Champagner anstößt: „Die Erklärung der unveräußerlichen Menschenrechte und deren erster Artikel: ‚Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten‘, sowie die Rousseau-Kantische Denkungsart der Autonomie werden zu entscheidenden Anregungen und Herausforderungen für den jungen Stuttgarter.“ (58)

Im Winter 1790 bildet sich dann im Tübinger Stift Vieweg zufolge „die außergewöhnlichste Studentebude aller Zeiten“ mit Friedrich Hölderlin, Friedrich Schelling und Georg Wilhelm Friedrich Hegel („drei intellektuelle Sterne“). (59) Hegel, nun schon Magister der Philosophie, absolviert – als zweite Stufe des Studiums – im Hauptstudium sechs Semester Theologie, die ihn allerdings nicht besonders interessiert. (74) Er ist ein „vorsichtiger, abwägender, sorgsam prüfender und kritischer Denkertyp“, der das Für und Wider gründlich abwägt. (92) Obwohl er im September 1793 sein Zeugnis erhält, spricht er sich gegen eine kirchliche oder theologische Laufbahn aus und entscheidet sich zunächst für eine Hofmeister-/ Hauslehrertätigkeit in Bern in der Schweiz. (98)

HOFMEISTER IN BERN/SCHWEIZ (1793-1796)

Für den 23-jährigen Hegel ist der Umzug nach Bern ein gravierender Einschnitt, der das Ende des akademischen Milieus und zudem die Trennung vom Freundeskreis bedeutet, denn Schelling bleibt in Tübingen und Hölderlin findet in Jena eine neue Wirkungsstätte. Die Zeit des Hofmeisterdaseins ist „kein Zuckerschlecken“. Die Stelle wird kläglich bezahlt und bedingt „eine neue Form der Subordination“, ein Abhängigkeits-



gefühl gegenüber dem Wohlwollen des Hausherrn. Auf Hölderlins Vermittlung stellt schließlich der Frankfurter Bankier und Weinhändler Gogel Hegel als Hauslehrer für die zwei Kinder seines verstorbenen Bruders ein, die in seinem Haus aufwachsen. (143)

WECHSEL IN DIE FREIE REICHSTADT FRANKFURT (1797-1800)

Die neue Hauslehrerzeit ist für Hegel ein „Glücksfall“, da in der Kaufmannsfamilie Bildung eine große Bedeutung spielt. Einerseits ist für den Weinliebhaber Hegel nicht ganz unwichtig, dass der Bankier und Senator Gogel auch Weinhändler ist. Vor allem aber lässt die Hauslehrerstelle Hegel genügend Zeit für die philosophische Wissenschaft. Er steht - so der Biograph - vor der „gigantischen Aufgabe“, die Entwicklung der Philosophie durch Johann Gottlieb Fichte „zu verdauen“, hier besonders dessen von Hegel geschätzte *Wissenschaftslehre*: Hegel stellt sich der großen Herausforderung, den Gedanken der Freiheit „zu einem System zu verdichten“. Entscheidendes Problem ist dabei, so Vieweg, eine zureichende „Begründung eines philosophischen Monismus“ in kritischer Anknüpfung und Weiterführung des von Fichte begründeten und als *System* anvisierten *monistischen Monismus* zu entwickeln. (157) Überraschend kommt er durch den Tod seines Vaters durch testamentarische Verfügung in den Besitz von 3150 Gulden, was ihm die Universitätslaufbahn eröffnet - in Jena, im „Mekka der damaligen Philosophie“. (191)

HEGELS AUFENTHALT IN JENA (1801-1807)

In „Jena wird Hegel zu Hegel“, so die etwas pathetische Formulierung von Vieweg. (193) Damit meint er, dass der Philosoph hier seine Grundlage „für seinen absoluten Idealismus der Freiheit“ legt, der sich dann in der *Phänomenologie des Geistes* (1807) ausdrückt. Umgekehrt

wird Jena, begründet durch Fichtes *Wissenschaftslehre* zur „Welthauptstadt der damaligen Philosophie“ und zur Geburtsstätte des „Deutschen Idealismus als moderne Deutungsart der Freiheit“. (194)

Hegels Tübinger Magistertitel wird 1801 als Promotion (Nostrifikation) anerkannt, zu der auf Grundlage einer Disputation die Erlangung der Lehrberechtigung (*venia legendi*) hinzukommt. (216) Hegel habilitiert über die Planetenbahnen, über „prinzipielle Fragen des Verhältnisses von Naturwissenschaft und (Natur-) Philosophie“, was ihm einige spöttische Kommentare einbringt, während Hegel wiederum erstaunt ist über das weitverbreitete Unverständnis. (217) Mit Friedrich Wilhelm Joseph Schelling gibt er 1802 das *Kritische Journal der Philosophie* heraus, um gegen den „Mangel an Selbstdenken“ für eine „neue Theorie des Wissens im kritischen Rekurs auf Kant und Fichte“ zu plädieren.

Das *Journal* erweist sich „als Glücksfall der Philosophiegeschichte“, wenngleich sich schon 1802 Anzeichen einer inhaltlichen Differenz zwischen Hegel und Schelling verdichten, die den logischen Anspruch und das Anfangsproblem der Philosophie betreffen. Die Jahre 1805 und 1806 sind gravierend. Trotz der Ernennung zum außerordentlichen Professor verschlechtern sich die finanziellen Verhältnisse. Sohn Ludwig, uneheliches Kind mit seiner Haushälterin, wird geboren, und Jena, das „Mekka der Philosophie“, verliert durch Intrigen immer mehr an Bedeutung.

Der 13. Oktober 1806 ist dann ein außergewöhnlicher Tag im Leben Hegels: Er sieht Napoleon in Jena einreiten, „diese Weltseele“, den „Staatsrechtler“, der den *Code civil*, eine moderne Verfassung für Europa in Kraft gesetzt hat. Hegel sieht in Jena bezüglich eines Lehrstuhls keine beruflichen Perspektiven mehr, so dass die Nachricht des Freundes Niethammer, die Redaktion der Bamberger Zeitung zu übernehmen, zur rechten Zeit kommt. (258)

Die *Phänomenologie des Geistes*, geschrieben in Jena, ist für Vieweg ein „Jahrtausendwerk der Philosophie“. (259) Es ist, laut Hegel, eine „Entdeckungsreise ins Wissen“, die sich um die „Anstrengung des Begriffs“ dreht, die gegen das Gerede von den Grenzen der Vernunft, aber für das reine Wissen, den reinen Begriff eintritt. Das Werk verknüpft drei Punkte, erstens die *Wissenschaft der Erfahrung des Bewusstseins*, zweitens die Darstellung des erscheinenden Wissens und drittens den „*sich vollbringende[n] Skeptizismus*“. (261) Die *Phänomenologie*, „ein Lehrstück der Wissenschaftlichkeit“, erhebt einen „Wahrheitsanspruch“, der bestimmte Wege durchlaufen muss: So darf der „Selbstprüfung des Bewusstseins“ keine Beschränkung auferlegt werden, indem „Unvoreingenommenheit“ und inhaltliche „Voraussetzungslosigkeit“ garantiert werden. (266) Das Ergebnis sind reines Wissen oder: der absolute Geist. Klaus Vieweg beschreibt diesen Weg in bildhafter Weise: „Aufsteigen, Innehalten, Einkehr und Erinnern, Umdrehen und Umkehren, Abwege und Sackgassen, ‚Knoten‘ der Verdopplung und Vervielfältigung der Schienen, deren Zusammenführung sowie die ‚gebildete Rückkehr‘.“

Das Finale ist dann eines mit „Pauken und Trompeten“, wenn der noch „unterbestimmte Geist“ zu sich selbst kommt, frei wird, wenn er aus einem Standpunkt des Bewusstseins zu seinem „*eigenen* Standpunkt“, nämlich dem „der Wissenschaft“ kommt. (270) Mit diesem Übergang „vom Standpunkt des Bewusstseins zum Standpunkt des Wissens“ (als Wissenschaft, als absolutes Wissen) hat der „vollbringende Skeptizismus“ das erreicht, was er erreichen wollte: „Es ist vollbracht, insofern sein Kernmotiv der Relativität, des Gegensatzes, in der absoluten Einheit des Gegensätzlichen seine Aufhebung findet.“ (301)



HEGEL ALS POLITISCHER JOURNALIST IN BAMBERG (1807-1808)

In Franken arbeitet Hegel knapp zwei Jahre bei der *Bamberger Zeitung*. Parallel dazu beginnt er mit seinem philosophischen Hauptwerk, der *Wissenschaft der Logik*. Bezüglich seiner Tätigkeit als Redakteur ist er besonders seinem alten Interesse der *Bildung* verpflichtet. Mit Bildung und Geist will er gegen „die Rohheit und den geistlosen Verstand“ ankämpfen. (311) In seinen Texten spricht er sich für einen modernen Staat mit einer freiheitlichen Verfassung aus, für eine Bildung, die der Freiheit dient.

Die Zeitung erscheint täglich vierseitig und entwickelt sich unter der Feder von Hegel zu „einem der bedeutendsten politischen Blätter Deutschlands“. (316) Freunde von Hegel, u.a. Niethammer, bitten ihn nach der Lektüre der *Phänomenologie des Geistes*, seine Philosophie etwas klarer und verständlicher zu formulieren, worauf Hegel ein populäres und allgemeinverständliches Essay mit dem Titel *Wer denkt abstrakt?* schreibt. Für Klaus Vieweg ist das „kleine Schmuckstück“ gut geeignet für den ersten Zugang zu Hegels Philosophie [...].“ (316) Privat verkehrt Hegel gerne in geselligen Kreisen, u.a. mit dem Dichter E.T.A. Hoffmann, und spielt leidenschaftlich gerne Karten, die L'Hombre-Partien. (320) Die *Bamberger Idylle* wird jedoch durch die politische Zensur aus München immer mehr getrübt. Wieder erweist sich Freund Niethammer als Helfer, indem er Hegel eine Professur der philosophischen Vorbereitungswissenschaft und die Stelle als Rektor des Gymnasiums in Nürnberg vermittelt. (325)

NÜRNBERG – REKTOR, ARBEIT AN DER LOGIK, FAMILIENGRÜNDUNG (1808-1816)

Im protestantischen Nürnberg wird Hegel Rektor des ersten humanistischen Gymnasiums in Deutschland, einer lutherisch-protestantischen Schule. Sein

innovativer Philosophieunterricht wird berühmt. Unter seiner Leitung genießt die Schule im Nürnberger Bürgertum ein hohes Ansehen. Mit Niethammer, dem zuständigen Schulrat, reformiert er die Bildungslandschaft. (328f.) Sein Leitmotiv, wie auch schon in früherer Zeit, ist die „Bildung zur Freiheit“. Grundpfeiler dafür ist nach seiner Überzeugung „Sprache und Kultur der klassischen Antike, besonders Wissenschaft und Kunst, ‚das geistige Bad, die profane Taufe‘ auf dem Bildungsweg.“ (332) Die Trennung von Kirche und Staat erachtet er als wichtig und seine Haltung zur protestantischen Kirche ist distanziert. Hegel heiratet 1811 die 21 Jahre jüngere Marie von Tucher; 1813 und 1814 werden die Söhne Karl Friedrich Wilhelm und Thomas Immanuel Christian geboren. (351f.)

Das Hauptwerk *Die Wissenschaft der Logik* hat Hegel in drei Bänden von 1812 bis 1816 herausgegeben. (363) Mit dem neuen Verständnis von ‚Begriff‘ ist das begreifende Denken gemeint, das „Signum von Hegels Logik als neuer Metaphysik“. (366) In seiner Philosophie des monistischen Idealismus geht es um die ‚Selbstbestimmung der Idee‘, „um das Denken der Freiheit als das A und O der Philosophie, um Philosophie als Wissenschaft der Vernunft und Wissenschaft der Freiheit.“ (367) Vieweg zufolge kann *Die Wissenschaft der Logik* „als Wissenschaft des Begriffs gelesen werden“, wobei dabei auch der Übergang zur ‚Idee‘ bestimmt wird. Es geht um das reine Begreifen, wobei Wahrnehmen und Fühlen ausgeschlossen sind. (369) Dieses System der reinen Denkbewegungen gliedert sich dreifach in Allgemeinheit, Besonderheit und Einzelheit. Die abstrakte Allgemeinheit (als vermeintlich Unmittelbares) bildet den Anfang, es folgt der ‚vermittelte Begriff‘, die ‚Logik des Wesens‘, „das Fürsich-Sein des Begriffs“ und schließlich drittens „die Logik des Begriffs und des Übergangs zur Idee, der Begriff an und für sich als die Wahrheit des Seins und des Wesens.“ (373) Vieweg wählt bezüglich des ‚sich selbst begreifenden Denkens‘, von dem die *Logik*, das Hauptwerk, handelt, einen aufschlussreichen

Vergleich zum Schachspiel: „Der zum Schachspielen sich Entschließende manifestiert diesen Entschluss durch den Regeln des Spiels gemäßen eröffnenden Zug, dem jedoch das (Schach-) Denken als Voraussetzung inhärent ist, das den Regeln des Spiels gemäß sein muss.“ (378) Die absolute Idee wird zum einzigen Gegenstand und Inhalt der Philosophie. Das Wesentliche des Begriffs liegt im Denken des Widerspruchs: Das Dialektische, bei Hegel das „Prinzip aller Bewegung“, treibt über sich selbst hinaus. „Die Philosophie enthält dies Dialektische, dies Skeptische als ein Moment in sich.“ (397)

PROFESSUR IN HEIDELBERG (1816-1818)

Mit dem Ruf an die Universität Heidelberg im August 1816 geht Hegels Wunsch, eine erste ordentliche Professur, endlich in Erfüllung. Den Ausschlag gaben wohl die Publikation der *Wissenschaft der Logik* und Hegels erfolgreiches pädagogisches Wirken in Nürnberg. (415) Die *Enzyklopädie* mit dem „Grundriss seines philosophischen Systems“ veröffentlicht er 1817. (424) Detaillierte Erläuterungen einzelner Systemteile sind hier nicht zu finden, sie bleiben z.B. der *Logik* vorbehalten. Für Hegel ist eine philosophische Enzyklopädie kein „Wörterbuch des Wissens“, sondern „ein Ganzes als ‚ein sich in sich selbst schließender Kreis‘, ein ‚Kreis von Kreisen‘“, womit er sich auf das griechische Verständnis von *kyklos* (Kreis) bezieht. (443)

Seit der Jenaer Zeit ist Hegel mit Johann Wolfgang von Goethe freundschaftlich verbunden. Hegels positive Einstellung zur Farbenlehre Goethes wird von der Hochschätzung Goethes gegenüber Hegels Enzyklopädie erwidert, wie überhaupt der Dichter in dem Philosophen den ersten Denker der Zeit sieht. (429) Analog zu seiner früheren Zeit betätigt sich Hegel auch in Heidelberg politisch, gemäß seiner Überzeugung, politisches Engagement und theoretisch fundiertes Denken müssten korrespondieren.



(440) So wirkt er auf die politisierte Studentenschaft ein, um die „nichtnationalistische Strömung“ zu stärken. Neben dieser Strömung in der Heidelberger Burschenschaft, den „Kosmopoliten, auch Hegelianer genannt“, hat es noch eine zweite gegeben, eine teutonische mit „radikaler Deutschtümelei“, eine „ausländer- und judenfeindliche Fraktion“, u.a. mit Jakob Friedrich Fries, dem Dichter Ernst Moritz Arndt und Friedrich Ludwig Jahn, dem ‚Turnvater‘ Jahn. (438)

Nachdem der Rektor und der Senat der Berliner Universität Hegel einen philosophischen Lehrstuhl anbieten, verlässt die Familie Hegel, wozu auch seit der Heidelberger Zeit der uneheliche Sohn Ludwig gehört, Heidelberg im September 1818 in Richtung der Metropole Berlin. (445)

BERLIN – „HEGELS AUFSTIEG ZUR WELTGELTUNG“ (1818-1831)

Auch in der preußischen Metropole wird Hegel als „einfach, natürlich, lebenswürdig, gemütlich, voll Heiterkeit“ beschrieben. Seinen schwäbischen Dialekt behält er bei, seine Rede wird von Armen und Händen unterstützt. Er ist ein geistreicher und glänzender Unterhalter und findet recht bald in gesellschaftlichen Kreisen Zugang. (453) Da er in seinen Vorlesungen wie in seinen Büchern weiterhin für das freie Denken eintritt und zudem Studenten unterstützt, die „unter Hochverratsverdacht“ stehen, wird er für die reaktionäre Hofpartei unter Fürst zu Sayn-Wittgenstein zu einer potentiellen Gefahr. (458)

Sein Buch *Grundlinien der Philosophie des Rechts* erscheint im Herbst 1820, obgleich das Titelblatt das Jahr 1821 angibt. Für Vieweg ist es „die antirestaurative Schrift aus dem Bereich der Philosophie.“ (466f.) Dieses Werk von Hegel ist nach seiner Einschätzung das „wirksamste und am schärfsten kritisierte“. (464) Anlass der Kritik ist der berühmte Doppelsatz der Vorrede: „Was vernünftig ist, das ist wirklich; und was

wirklich ist, das ist vernünftig.“ (467, nachzulesen in der Theorie Werkausgabe Bd. 7, 24) Vieweg zufolge gehört dieser Doppelsatz „bis heute zu den am meisten missverstandenen Stellen der gesamten Philosophiegeschichte.“ (467) Für die Kritiker hat Hegel mit dieser Formulierung die „preußische Polizeiwillkür“ als vernünftig erklärt, die „preußische Ordnung“ erhält „vom Weltgeist ihren Segen“. (Ebd.)

Hegel, der die Spitzel der Geheimpolizei fürchtet, hat die Zensoren, so Vieweg, mit diesem Doppelsatz „hinters Licht geführt“. Denn schon die ersten Paragraphen der *Rechtsphilosophie* erklären das Missverständnis. „Nicht das Gegebene, das Vorgefundene – wie der preußische Staat – sondern die Vernunft ist der Maßstab [...], vor dem das ‚Recht‘ sich rechtfertigen muss.“ Zudem heißt es in einer Vorlesungsnachschrift: „Was wirklich ist, ist vernünftig. Aber nicht alles ist wirklich, was existiert.“ (Ebd.) Vieweg legt sehr viel Wert darauf, dass nicht durch eine falsche Auslegung bzw. durch ein Missverständnis die *Rechtsphilosophie* „als serviles Machwerk“ diskreditiert wird. (Ebd.) Für ihn gibt es seit 200 Jahren „keine vergleichbare Konzeption von Freiheit“, die mit dieser „intellektuellen Kraft“ deutlich wird. Die philosophischen Grundlagen des freien Handelns in der modernen Welt werden ebenso deutlich wie Überlegungen zur Gerechtigkeit.

Ferner wird ein moderner Begriff von Familie herausgearbeitet, die wichtige Unterscheidung von bürgerlicher Gesellschaft und Staat, die Problematik der wachsenden Spaltung zwischen Armut und Reichtum sowie die Grundlage für eine Theorie des sozialen Staats. (471) Vieweg zufolge sind die Paragraphen 5 bis 7 der *Rechtsphilosophie* die „überzeugendsten Passagen von Hegels Philosophie überhaupt“, da hier „die logische Verankerung von seiner Theorie des freien Willens und Handelns in subtiler Weise vorgeführt“ wird. (475)

In der Philosophie baut er eine eigene Denkschule auf, zu denen u.a. Eduard Gans, Karl Rosenkranz (der eine bedeu-

tende Biographie über Hegel schrieb), Bruno Bauer, David Friedrich Strauß zählen. (563) Zu den bekanntesten und prominentesten Hörern seiner Vorlesungen gehörten u.a. Heinrich Heine, Ludwig Feuerbach, Felix Mendelssohn Bartholdy und August Röbling, der später die legendäre Brooklyn-Bridge in New York erbaut hat. (564) Dass Hegel kein begnadeter Redner ist, ist ja schon in der Tübinger Studienzeit aufgefallen. Vieweg schreibt dazu: „Seine Rede war schwerfällig, weder flüssig noch klar; er stückelte die Sätze, kramte in Papieren, schnupfte Tabak, krächzte und hustete. Er sprach wie zu sich selbst, ein ‚laute[s] Selbstgespräch‘ eine Art denkende Improvisation [...]. Doch die meisten waren von der magischen Kraft des Gedankengangs wie gebannt.“ (565)

Der wachsende Ruhm Hegels, bedingt auch durch seine Berliner Vorlesungen, ließ seine Kritiker nicht ruhen. So wird der einflussreiche Friedrich Schleiermacher mit seiner Gefühlstheologie in Berlin zu seinem bedeutendsten Gegenspieler. Hegel kritisiert dessen Theologie deutlich und wirft ihm eine „Theologie der Knechtschaft“ vor. (632) Für Hegel ist es ein Glück, Kultusminister Altenstein hinter sich zu wissen. (568) Und so erfährt Hegels akademische Laufbahn 1829 ihre „Krönung“: Hegel wird zum Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin gewählt. (662) Als die dritte Ausgabe der Enzyklopädie im Herbst 1830 und im Januar 1831 erscheint, ist er froh, das Amt des Rektors wieder abgeben zu können, da es ihn viel Zeit und Kraft gekostet hat. (664)

Hegels Credo lautet: „Nicht Revolution contra Reform, sondern Revolution möglichst durch Reformen.“ Dies bezieht er auch auf Preußen, wo keine Gleichheit vor dem Gesetz herrscht, wo Pressefreiheit und eine konstitutionelle Struktur fehlen, wo eine unzureichende soziale Gestaltung der Gemeinschaft besteht und Reformversprechen nicht eingehalten werden. (666) Nach Beginn des Wintersemesters 1831 erkrankt Hegel plötzlich sehr schwer und stirbt am 14. November. Gemäß seines Wunsches erhält er sein Grab auf dem Städt. Doro-

theen Friedhof in Berlin neben den von ihm geschätzten Johann Gottlieb Fichte und Karl Wilhelm Friedrich Solger. (672)

FAZIT

Klaus Vieweg hat mit seinem Buch sicherlich ein neues Standardwerk geschaffen, das den Lebensweg von Hegel mit der Entwicklung seiner systematischen Philosophie verbindet. Dabei legt er großen Wert auf die inhaltliche Erklärung der Hauptwerke *Phänomenologie*, *Logik*, *Enzyklopädie* und *Rechtsphilosophie*. Hegel zu lesen und auch zu verstehen ist schwierig, was auch auf Teile dieser Biographie zutrifft, zumindest in ihrem theoretischen Teil.

Man merkt dem Autor an, wie sehr er Hegels Philosophie schätzt, und trotzdem ist diese Biographie kein Helddenos. Das zentrale Anliegen von

Vieweg, Hegel als „Philosoph der Freiheit“ darzustellen und nicht, wie dies oft geschieht, als einen preußischen Staatsphilosophen, gelingt ihm in klarer und präziser Weise. Überhaupt arbeitet der Autor sehr detailliert und außerordentlich materialreich. Die Entwicklung von Hegel, sein lebensgeschichtlicher Denkweg, seine ihn beeinflussenden privaten, inhaltlich-philosophischen und vor allem auch politischen Verhältnisse werden sehr genau herausgearbeitet. Denn Hegel war ein zutiefst politischer Mensch, dem die Freiheit des Denkens und Handelns ein großes Anliegen war.

Auch über Hegels naturwissenschaftliche, musikalische und künstlerische Kenntnisse erfährt der Leser Neues, nicht zuletzt auch über seine Liebe zum Wein. Etwas schade finde ich, dass die große Wirkung Hegels auf Ludwig Feuerbach und vor allem auf Karl Marx kaum Erwähnung findet. Seine große

Wertschätzung für beide Philosophen, für Hegel wie für Feuerbach, trotz aller Kritik an ihnen, macht Marx in der folgenden Textstelle deutlich: „Von Feuerbach datiert erst die *positive* humanistische und naturalistische Kritik. Je geräuschloser, desto sicherer, tiefer, umfangreicher und nachhaltiger ist die Wirkung der *Feuerbachischen* Schriften, die einzigen Schriften seit Hegels ‚Phänomenologie‘ und ‚Logik‘, worin eine wirkliche theoretische Revolution enthalten ist.“ (MEW 40, 468)

Aus dem Gesagten soll deutlich werden, dass man, im Gegensatz zu manch anderen Deutungen, Marx nicht von Hegel abtrennen darf. Aber diese Kritik soll den sehr positiven Gesamteindruck der monumentalen Biographie nicht wirklich schmälern.

Wolfgang Kastrup, Mitglied der Redaktion und des AK Kritische Gesellschaftstheorie.

Rechte Wörter - Von Abendland bis Zigeunerschnitzel

REZENSION VON LENARD SUERMANN



Bernstorff, Andreas von: *Rechte Wörter. Von Abendland bis Zigeunerschnitzel*, Heidelberg: Carl Auer 2020, 170 Seiten, ISBN 978-3-8497-0340-0, 19,00 Euro

Mit dem Ziel, das sich rasant nach rechts erweiternde Sagbarkeitsfeld auszuleuchten und zugänglich zu machen, sind in den letzten fünf Jahren mehrere Wörterbücher zu rechten (Kampf-)Begriffen erschienen. Den Ausgangspunkt bildete das 2016 erschienene „Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe“ (HRK), ein Kooperationsprojekt des DISS mit dem Forschungsschwerpunkt Rechts extremismus und Neonazismus der

Hochschule Düsseldorf (FORENA).⁴⁴ Fünfundzwanzig strukturanalytische ‚Tiefenbohrungen‘ sollten die teils heterogenen Verwendungen und ideologischen Verbindungen innerhalb unterschiedlicher rechter Strömungen

⁴⁴ Selbstverständlich ist die Auseinandersetzung mit rechter Sprache Bestandteil kritischer Rechtsextremismus-Forschung. Eine lexikalische Zusammenführung in dieser Form gab es bis dato jedoch nur bezüglich nationalsozialistischer Begriffe, beginnend mit Victor Klemperers „Lingua Tertii Imperii“ von 1947. Erwähnenswert, wenn auch mit anderem Fokus, ist das von Susan Arndt und Nadja Ofuately-Alazard herausgegebene Werk „Wie Rassismus aus Wörtern spricht“ von 2011.



bergen. Dem folgte im selben Jahr das „Wörterbuch des besorgten Bürgers“, in dem sich insgesamt 150 Begriffserläuterungen finden, selbstredend einem anderen Ziel folgend. Auf eine durchaus polemische Weise wird hier der „Besorgtensprech“ seziert, den man in Kommentarspalten oder auf Pegida-Demonstrationen wiederfindet. Freilich sind die jeweiligen Einträge nicht für eine weitere wissenschaftliche Auseinandersetzung gedacht.

Von Bernstorffs ausdrücklicher Anspruch ist es nun, eine Balance zwischen beiden Ansätzen zu finden. Achtund-siebzig „rechte Wörter“ nimmt sich der Autor vor, wobei er einen kritischen, aber eher feuilletonistischen Zugang wählt. Dieser Ansatz hat seine Berechtigung dort, wo selbst engagierte Lehrkräfte, Sozialpädagog*innen und Journalist*innen kaum Zeit zum Lesen finden, aber sprechfähig bleiben wollen. Die verständlich geschriebenen Einträge bieten auf je etwa eineinhalb Seiten einen ersten Einstieg zu rechtem Denken und Sprechen. So arbeitet der Autor geradezu en passant den Unterschied zwischen den Naturmetaphern „Flüchtlingsflut, -lawine“ etc. und der „gaulandschen ‚Überflutung‘“ heraus. Letzteres unterstelle „ein politisches Manöver (...): Jemand macht die Schotten auf.“ Ohne den Umweg über die Theorie der Kollektivsymbolik zu nehmen, werden diskursive Strategien somit greifbar.

Durch die zahlreichen Querverweise auf andere Einträge im Buch sowie die Kursivschreibung weiterer ideologisch belasteter Wörter und Redewendungen vermittelt der Autor einen plastischen Eindruck der ebenso kreativen wie gewaltvollen Wortschöpfungen. Zumeist hilfreich für Verständnis und Lesefluss ist dabei die assoziative Weise, mit der von Bernstorff sich den „rechten Wörtern“ nähert. Zuweilen sind seine Gedanken allerdings etwas sprunghaft. So erschließt sich nicht unmittelbar, war-

um im Eintrag „Abendland“ den Ausführungen zur Konfessionslosigkeit der Rechten unvermittelt ein Absatz zu von Pegida-Aktivist*innen ausgegangenen Straftaten folgt.

Diese im besten Sinne populärwissenschaftliche Herangehensweise hat allerdings zufolge, dass die lexikalischen Einträge theoretisch kaum unterfüttert werden. Von Bernstorff bleibt begrifflich unscharf, wenn er etwa die Neue Rechte mit der FPÖ und dann wieder mit der Identitären Bewegung gleichsetzt. Gerade angesichts einer sich aktuell wieder ausdifferenzierenden Rechten hätte die Unterscheidung der sich teils bekämpfenden, teils ergänzenden rechten Strömungen, ihrer Traditionen und Strategien geholfen.⁴⁵

Dass ein theoretischer Überbau auch in sprachwissenschaftlicher Hinsicht wichtig gewesen wäre, zeigt sich in von Bernstorffs problematischer Verteidigung des ‚Zigeuner‘-Begriffs. Dieser sei eine „offensive Übernahme eines Schimpfnamens als positive Selbstbezeichnung“. Die deutliche Mehrheit der Rom*nya, Sinti*zze und Jenischen lehnen den Begriff allerdings als verletzend ab.⁴⁶ In einem sprachkritischen Werk wie diesem wäre zu erwarten gewesen, dass diskursive Kämpfe um sprachliche Repräsentation nicht als Sprachpflege

⁴⁵ Klaus-Peter Hufers „Neue Rechte, altes Denken“ von 2018 zielt wie von Bernstorff auf ein breiteres Publikum und behandelt fünfundzwanzig „Kernbegriffe“ ebenfalls auf je etwa zwei Seiten. Hufer schickt dem jedoch ein Theoriekapitel voraus und schließt ein Glossar zu Zeitschriften und Verlagen an.

⁴⁶ Dies belegen zum einen Kampagnen zur Vermeidung von Fremdbezeichnung von Selbstorganisationen, in Deutschland wie auch auf internationaler Ebene. Zum anderen lässt sich dies auch empirisch belegen. Einer Studie aus dem Jahre 2011 zufolge lehnen 57,7% der Betroffenen den Begriff ‚Zigeuner‘ als verletzend ab, während nur 6,9% ihn für sich selbst verwenden (Klein 2011).

verkannt würden, oder wie von Bernstorff es ausdrückt: „politisch korrekte Sprachregulierung“.

Insgesamt ist das Wörterbuch dennoch lesenswert. Von Bernstorffs zeigt, dass auch ein nichtakademisches Publikum Zugang zum komplexen Feld rechter Sprache und Ideologie finden kann. Zudem liefert er wichtige Impulse für zukünftige ‚Tiefenbohrungen‘: Mit „Faschismus“, „System“ oder etwa „Widerstand“ seien hier nur drei Begriffe genannt, die im HRK ebenfalls einen Eintrag verdient hätten.

LITERATUR

- Arndt, Susan/Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.) 2011: Wie Rassismus aus Wörtern spricht. Kerben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk, Münster: Unrast. Münster.
- Feustel, Robert et al. (Hg.) 2018: Wörterbuch des besorgten Bürgers. Zweite, erweiterte Auflage, Mainz: Ventil.
- Gießelmann, Bente et al. (Hg.) 2019: Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe. Zweite, komplett überarbeitete und erweiterte Auflage, Frankfurt/Main: Wochenschau.
- Hufer, Klaus-Peter 2018: Neue Rechte, altes Denken. Ideologie, Kernbegriffe und Vordenker, Weinheim: Beltz Juventa.
- Klein, Michael 2011: Auswertung von quantitativen Daten zur Erhebung, in: Strauß, Daniel (Hg.): Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma. Dokumentation und Forschungsbericht, Marburg: I-Verb.de.
- Klemperer, Victor 2010: LTI. Notizbuch eines Philologen [zuerst 1947], Leipzig: Reclam.

Lenard Suermann arbeitet als Mobiler Berater gegen Rechtsextremismus und ist Mitglied im Arbeitskreis-Rechts des DISS

„Anständige Mädchen“ und „selbstbewusste Rebellinnen“

AKTUELLE SELBSTBILDER IDENTITÄRER FRAUEN



Julia Haas: „Anständige Mädchen“ und „selbstbewusste Rebellinnen“. Aktuelle Selbstbilder identitärer Frauen. Hamburg: Marta Press 2020, 284 Seiten, ISBN 978-3-944442-95-2, 32,00 Euro

Um die Zukunft der Identitären Bewegung (IB) ist es schlecht bestellt. In den vergangenen Monaten häuften sich die Nachrufe von Führungsfiguren und ideologischen Wegbereitern wie Martin Sellner und Götz Kubitschek. Doch auch wenn die IB politisch erledigt scheint, werden die Personen, Netzwerke und Strategien in der extremen Rechten weiterhin eine Rolle spielen – nicht zuletzt in wirksamer Position, in den Reihen der AfD. Die IB war durchaus stilbildend für eine Neue Rechte mit zeitgemäßer und jugendlicher Ansprache, ein Amalgam aus Agitprop und neurechten Buzzwords, ohne dabei direkt hochnotpeinlich zu wirken, wie Kubitschek selbst mit seiner ‚Konservativ-subversiven Aktion‘ ein Jahrzehnt davor.

Dass die IB darüber hinaus auch ein Raum für ideologische Aushandlungsprozesse ist/war, zeigt die Soziologin Julia Haas mit ihrer Studie „Anständige Mädchen“ und „selbstbewusste Rebellinnen“ – Aktuelle Selbstbilder identitärer

REZENSION VON LEROY BÖTHEL

Frauen. Vordergründig skizziert Haas die divergenten Selbstbilder identitärer Aktivistinnen wie Melanie Schmitz, Paula Winterfeldt oder Annika Stahn und stellt den Einfluss feministischer Ideen und Errungenschaften auf die geschlechterpolitischen Diskussionen der IB dar. Ihre Diskursanalyse erweitert so, anschließend an paradigmatische Publikationen von Renate Bitzan (2000) und dem ‚Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus‘ (2005), den Forschungskanon zu Frauen in der extremen Rechten. Zugleich ist diese Arbeit aber auch eine Zustandsbeschreibung des in der IB organisierten Antifeminismus, der sich mit Haas im Kontext der extremen Rechten durchaus als eine „Erneuerung in der Verhandlung von geschlechtspolitischen Themen“ lesen lässt. Als Material wählt Haas Instagram- und Blogpostings der Aktivistinnen. Gemeinsamer Nenner der Aktivistinnen ist hier eine ‚wehrhafte Femität‘, die sich in konservativen, modernen oder auch rebellischen Selbstbildern ausdrückt. Interessant ist hierbei vor allem, wie Haas diese Facetten in Beziehung zu den Entwicklungsphasen der Frauenbewegung setzt, denn schließlich sei auch die extreme Rechte geprägt „durch jahrzehntelange Kämpfe um Gleichberechtigung und deren Erfolg“.

Durch das gewählte Material erhält die Analyse eine stark subjektive Komponente, die aber an keiner Stelle in psychologisierende Charakterstudien oder Relativismus umkippt. Beständig reflektiert Haas die Postings der Aktivistinnen vor dem Hintergrund einer völkisch-nationalistischen Ideologie. So bleibt beispielsweise von dem latenten Bestreben, die Ethnisierung sexueller Gewalt mühsam als rebellischen Akt gegen ‚feministische Sprachverbote‘ zu labeln, bei

genauerer Draufsicht nicht viel übrig. Haas überführt das geschlechterpolitische Verständnis der IB eines stumpfen biologistischen Rassismus. Letztlich bleiben die Selbstbilder in der IB auch nur solange akzeptiert „wie diese ideologisch konform bleiben, heißt, wie sie ihre ‚weibliche Essenz‘ als ‚natürliches‘ und konstituierendes Moment ihrer Identität erleben“. Fraglich ist hingegen, inwiefern es sich – wie Haas suggeriert – um eine bewusste Strategie der Identitären handelt, unterschiedliche Frauenbilder zu produzieren, um möglichst breite Schichten anzusprechen oder inwiefern dieser Variantenreichtum nicht schon in der Ideologie angelegt ist und sich je nach Organisationsform und gesellschaftlichem Umfeld ausdifferenziert.

Von der ‚wehrhaften Femität‘ ist es nicht weit zu einem veritablen Antifeminismus, der sich – wie Haas in Exkursen darlegt – stark an neurechten und rechtskonservativen Autorinnen wie Ellen Kositzka und Birgit Kelle orientiert. Wirken teils jahrzehntealte Kampfgriffe wie ‚Kulturmarxismus‘ und ‚68er‘ mittlerweile etwas altbacken und ange dreht, versprechen die offenen Attacken der identitären Aktivistinnen auf ‚Feminismus‘ und ‚Gender-Gaga‘ eine höhere Anschlussfähigkeit – ohne mit den Prämissen neurechter ‚Kulturtheorie‘ zu brechen. Der Antifeminismus spielt so auch eine zentrale Rolle im Meta-Narrativ der IB, dem ‚Großen Austausch‘: Die vom Feminismus geprägten Frauen tragen an der ‚Massenmigration‘ insofern eine Mitschuld, als dass sie die Männer ‚verweichlichen‘, die Gebärfreudigkeit senken und aufgrund ihrer (unterstellten) emotionalen Konstitution vor allem ‚flüchtlingsfreundliche‘ Parteien wählen würden.



Letztlich wird der Antifeminismus in dieser ideologischen Verkettung so auch zu einer Triebfeder des rechten Terrors: Anders Breivik, der Attentäter von Utøya, hat genauso von einer „Kriegsführung gegen den europäischen Mann“ schwadroniert, wie die nachfolgenden Rechtsterroristen Tarrant (Christchurch), Balliet (Halle) und Rathjen (Hanau). Die gestiegene Zahl von Veröffentlichungen, die sich mit dem Antifeminismus in der extremen Rechten beschäftigen und für ihn eine höhere Wertigkeit einfordern, sind nicht zuletzt deshalb sehr zu begrüßen – vor allem wenn es sich hierbei, wie in der Diskursanalyse von Julia Haas, nicht nur um gute Fallstudien, sondern auch um eine Kritik völkisch-nationalistischer Ideologie handelt.⁴⁷ Umso

⁴⁷ Beispielhaft kann hier das Verlagsprogramm von Marta Press angeführt werden,

schöner, wenn man dies einem (vorerst) gescheiterten Projekt wie der IB noch abtrotzen kann.

LITERATUR

- Antifaschistisches Frauennetzwerk/ Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus 2005: Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten, Münster: Unrast.
- Bitzan, Renate 2000: Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken, Tübingen: edition diskord.

das neben der Arbeit von Haas in jüngerer Vergangenheit auch Arbeiten von Juliane Lang & Ulrich Peters (2018), Rebekka Blum (2019) und Christopher Fritzsche (2019) aufgenommen hat. Der Rechte Rand (H. 183) widmete dem Antifeminismus in seiner Ausgabe März/April 2020 einen Themenschwerpunkt.

- Blum, Rebekka 2019: Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus, Hamburg: Marta Press.
- Fritzsche, Christopher 2019: Geschlechtspolitische Debatten in der neurechten Wochenzeitung Junge Freiheit, Hamburg: Marta Press.
- Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserarbeit in NRW (Hg.) 2020: Rechte Frauen* und Frauen*Rechte? Antifeminismus in der extremen Rechten. Überblick 1/2020, Düsseldorf.
- Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hg.) 2018: Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt, Hamburg: Marta Press.

Leroy Böthel ist Soziologe und Mitarbeiter der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW.

Kaiser und Sultan. Zwischen Orient und Okzident



Badisches Landesmuseum (Herausgeber): Kaiser und Sultan. Nachbarn in Europas Mitte 1600-1700. Mit einem Personen- und Ortsnamenregister, Hirmer Verlag, 416 Seiten. ISBN 978-3-7774-3353-0, 39,90Euro

Das Badische Landesmuseum präsentierte bis zum Ausbruch der Corona-Krise die große Landesausstellung

Eine Ausstellung des Badischen Landesmuseums

VON ANTON MAEGERLE

„Kaiser und Sultan. Nachbarn in Europas Mitte 1600-1700“ im Schloss Karlsruhe. Der Ausstellung lagen die jüngsten Forschungsergebnisse zur Entangled History zugrunde, die von einer miteinander verflochtenen gemeinsamen Geschichte der Welt ausgeht. Wer die vorzeitig beendete Ausstellung nicht sehen konnte, muss zur umfassenden gleichnamigen Begleitpublikation mit sehr lesenswerten Beiträgen renommierter WissenschaftlerInnen greifen.

ORIENT UND OKZIDENT – EINE KONFRONTATIONSGESCHICHTE?

Der optisch prächtige Band präsentiert rund 350 hochkarätige Kunstwerke, vielfach aus den Sammlungen der „Karlsruher Türkenbeute“, eine Trophäen-

sammlung der badischen Markgrafen unter der symbolisch aufgeladenen deutschen Bezeichnung „Türkenkriege“ des 17. Jahrhunderts sowie der Dresdner „Türkischen Cammer“. Zahlreiche dieser Werke sind durch großformatige Abbildungen und eigene Textbeiträge in der Begleitpublikation besonders hervorgehoben. Beide Sammlungen zählen zu den größten osmanischen Museumsbeständen Deutschlands. Sie bilden die Folie für die spannende Geschichte der Innovationen in Kunst, Architektur, Mode und Technik oder die Einführung neuer technischer Verfahren, die ohne den Austausch der Kulturen, ohne die Dualität von Angst und Faszination für das Fremde nicht denkbar wäre. Kritisch hinterfragt der Band aktuelle Stereotype über den Islam, verabschiedet sich von der Eindimensionalität eines ausschließlichen Konfrontationsgedan-



kens zwischen Orient und Okzident und widmet sich den historischen und kulturellen Verflechtungen in Ostmittel- und Südosteuropa. Einer Region, die endlich als geographischer Korridor zu begreifen ist, der sich im 17. Jahrhundert zu einem Tor des Kultus- und Wissenstransfers auf europäischem Boden herausbildete. Der Mehrwert plurikultureller Gesellschaften wird deutlich – er macht damals wie heute die Stärke Europas aus.

Ziel der Ausstellung ist es, sich von einem eindimensionalen Gedanken einer ausschließlichen Konfrontation zwischen den Kulturen zu verabschieden. Mit dem Ansatz einer transkulturellen Geschichte werden das bisher herrschende Konzept einer geteilten Betrachtung der Kulturen in Frage gestellt und stattdessen die Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Weltreligionen betont, so Eckart Köhne, Direktor des Badischen Landesmuseums, in seinem Vorwort. Denn: Habsburger und Osmanen waren Nachbarn in der Mitte Europas und standen in einem wechselseitigen Austausch und der gegenseitigen Durchdringung der Kulturen. Das Reich der Osmanen erstreckte sich im Westen bis Ungarn, im Osten bis Persien, im Süden umfasste es fast die gesamte Mittelmeerküste Afrikas. Der Sammelband schlägt einen Bogen von der Vergangenheit zu den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen unserer globalen Gegenwart und ist damit von größter Aktualität.

DER BALKAN ALS TRANSFERZONE

Immer wieder wird dem Leser in Erinnerung gerufen, dass der Balkan im Herzen Europas eine lebendige Brücke zwischen Orient und Okzident war. Der Sammelband deckt die engen Beziehungen zwischen den Höfen der Habsburgermonarchie und ihre Berührungspunkte mit dem Osmanischen Reich auf. Bewusst setzen sich die MacherInnen von thematisch vergleichbaren Ausstellungen der Vergangenheit ab und stellen die zivilisatorischen Neuerungen in den Mittelpunkt, die im Schatten von

Machtpolitik und kriegerischen Auseinandersetzungen entstanden.

Fokussiert wird der vielseitige Austausch zwischen dem Osmanischen Reich und seinen mitteleuropäischen Nachbarn während der sogenannten Türkenkriege im 17. Jahrhundert. Die gewählte Zeitspanne umfasst rund 100 Jahre vom Langen Türkenkrieg (1593-1606) bis zum Ende des Großen Türkenkrieges (1683-1699). Seit der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts begegneten sich die Habsburgermonarchie und das Osmanische Reich in Ostmittel- und Südosteuropa, einem Schmelztiegel der Kulturen. Der Ort der Begegnung von Habsburgern und Osmanen liegt in einem Gebiet Europas, zu dem der Islam damals längst dazugehörte. Er bildete das östliche Tor Europas nach Asien und der jüngste Umschlagplatz für Informationen, Waren und Ideen. Der Sammelband will dazu beitragen, die Bedeutung von Ostmittel- und Südosteuropa als „Porta Orientalis“ (Tor zum Orient) anzuerkennen. Parallel zu den Kriegen und Glaubenskonflikten der Zeit bildeten das dreigeteilte Ungarn und die Balkanhalbinsel Transferzonen aus, die einen regen Austausch zwischen den Kulturen mit einer Strahlkraft weit über die Region hinaus förderten.

„FEINDE‘ UND ‚HELDEN‘

Schon früh stilisierte die kaiserliche Propaganda die Osmanen zum Feind. So wurden die „blutdürstigen Türken“ zum „Erzfeind der Christenheit“ deklariert. Bis heute schwingt die Frage mit, inwieweit tradierte Facetten des imaginierten Türken nach wie vor für einen über den Orient ausgeübten westlichen Herrschaftsdiskurs stehen. Eine Facette des inszenierten Heldenruhms stellt ein monumentales, über drei mal fünf Meter messendes Historienbild, das den kaiserlichen Feldherrn Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden-Baden 1691 als Triumphator über die Osmanen zeigt, dar. Das von dem professoralen Portrait- und Historienmaler Ferdinand Keller 1878/79 im Auftrag der Karlsruher Kunsthalle geschaffene Bild zeigt

den als „Türkenlouis“ bekannten Feldherrn, wie er am Abend der Schlacht bei Slankamen auf seinem Schimmel in das Zelt des gegnerischen Großwesirs Köprülüade Mustafa Pasa stürmt. Das Bild ist eine Verkörperung des Siegs des Markgrafen, flankiert vom Kampf und der Niederlage des Großwesirs. Fakt ist jedoch, dass sich beide nicht auf dem Schlachtfeld begegnet sind. Somit vorgegaukelte Geschichte. Fake News des 19. Jahrhunderts.

KULTURELLER AUSTAUSCH

Fakt ist jedoch auch, dass seit dem 16. Jahrhundert zugleich das Interesse an Kultur und Sitten der Osmanen stieg – so feierte man vor allem im Kurfürstentum Sachsen in osmanisch-anmutenden Kostümen Feste und Paraden. Orientalismus wurde zu einer Mode der Zeit. So ließ sich der Markgraf Ludwig Wilhelm samt Gattin in Gewändern abbilden, wie sie seine Kriegsgegner trugen, darunter Pluderhosen mit Krummsäbel. Der Markgraf unterstrich damit auch seinen Sieg über die Osmanen, präsentierte er sich doch als Sieger im Gewand des Besiegten. Protestanten in Siebenbürgen schmückten ihre Kirchen mit anatolischen Gebetsteppichen. Silberdrahtstickereien einer Mitra aus Ungarn vom Ende des 17. Jahrhunderts, die in der katholischen Kirche als Kopfbedeckung für Bischöfe und andere hohe Würdenträger dient, wurden durch orientalische Blumenornamentik angeregt. Die im Bereich der osmanischen Textilkunst beliebten Motive wie Tulpen, Nelken und andere stilisierte Blumen vermischten sich in Ungarn mit der westlichen Tradition. Ein weiteres Beispiel ist der Streitkolben. Im Osmanischen Reich hatte sich der Streitkolben im Laufe der Zeit von einer militärischen Waffe hin zu einem Hoheits- und Standeszeichen entwickelt; ein bemerkenswerter Bedeutungs-, Begriffs- und Funktionswandel. Unter dem Einfluss der Osmanen verbreitete sich dieser Gebrauch auch in den christlichen Ländern. Der Begegnungsraum, heute als Zeit der Türkenkriege im allgemeinen Gedächtnis, war eben mehr als ein Kriegsschauplatz: So hielt in Europa die Kaffeekultur Einzug,



im Osmanischen Reich der Buchdruck. Der Kaffee gelangte von Äthiopien über den Jemen ins Osmanische Reich. In Europa war das Getränk als „Teufels-trunk“ verschrien und feierte den großen Durchbruch erst mit dem Sieg der kaiserlichen Truppen bei der Schlacht am Kahlenberg bei Wien 1683 über die Truppen des Großwesirs Kara Mustafa Pascha. Beeindruckendes Highlight der Ausstellung war das sogenannte „Blaue Zelt“ aus Krakau, das bei der Schlacht am Kahlenberg von König Johann III. Sobieski erbeutet wurde. Das größte Ausstellungsstück, ein über 18 Meter langes und fünf Meter hohes osmanisches Zweimastzelt, diente einem hohen Würdenträger inmitten des Schlachtgetümmels vor den Toren Wiens als Residenz.

Gegenspieler des Großwesirs war 1683 übrigens Ernst Rüdiger von Starhemberg. Der Wiener Stadtkommandant organisierte den erfolgreichen Widerstand Wiens. Im Namen von Starhemberg verübte ein österreichischer Neonazi eine Serie von Briefbomben und Sprengstoffanschlägen in Österreich und der Bundesrepublik in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Vier Menschen

wurde dabei getötet, mehrere schwer verletzt.

WORAN ERINNERT WERDEN MUSS...

Nach der Schlacht bei Wien blieb das osmanische Zentralungarn und Siebenbürgen heiß umkämpft. Im September 1686 eroberten die kaiserlichen Truppen Buda (das heutige Budapest) und löschten nahezu die jüdische Gemeinde aus. Die überlebenden Mitglieder der jüdischen Gemeinde kamen als Gefangene in das Heilige Römische Reich. Ein heute völlig in Vergessenheit geratener Genozid.

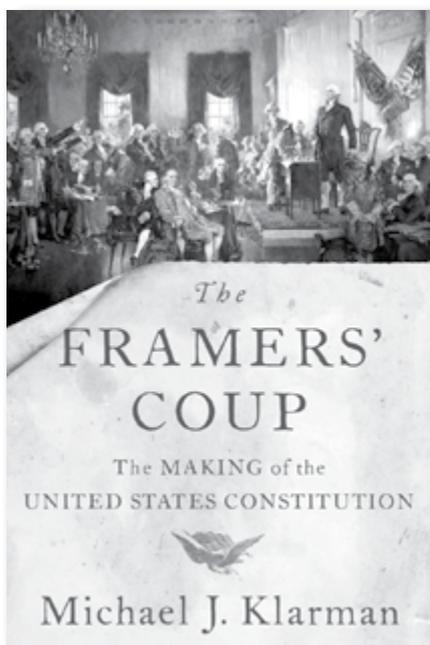
Der Sammelband bringt einem nahe, dass große Flucht- und Migrationströme, ausgelöst durch Kriege und Verfolgung, kein einzigartiges Phänomen der Zeitgeschichte sind. Menschen nahmen aus politischen, religiösen oder ökonomischen Gründen spätestens seit dem 15., vor allem aber im 17. Jahrhundert, den Weg über die sogenannte Balkenroute – aber im Vergleich zu heute vorwiegend in umgekehrter Richtung: Sie wanderten ins Osmanische Reich aus.

In Zeiten der Gegenreformation versprach das Osmanische Reich Zuflucht und eine gesicherte Existenz. Multiethnischen, multireligiösen und multilingualen Personen fiel im 17. Jahrhundert eine wichtige Funktion als Botschafter der Kulturen zu.

Dem Konfrontationsgedanken zwischen Orient und Okzident zugeneigt, dem sich dieser Sammelband entgegenstemmt, scheint ein Johannes Kandel zu sein. Nach der positiven Besprechung der Ausstellung in „DAMALS. Das Magazin für Geschichte“ wandte er sich „deutlich“ gegen die Darstellung, dass „Vielfalt ein Mehrwert“ sei: Hier wird „Geschichte als Waffe“ in „befremdlicher volkspädagogischer Attitüde“ eingesetzt, so Kandel. „Nein, Vielfalt ist nicht aus sich selbst heraus ein ‚Mehrwert‘“. Kandel, Politikwissenschaftler und Historiker, war bis zu seinem Ausscheiden 2014 Dozent und Akademiedirektor im Bereich Politische Erwachsenenbildung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, ab 1999 als Referatsleiter für den Bereich „Interkultureller Dialog“ im Berlin mit Schwerpunkt Islam.

Anton Maegerle ist Journalist, Buch- u. TV-Autor.

Der römische Coup der Verfassungsväter



REZENSION VON JOBST PAUL

Michael J. Klarman. *The Framers' Coup: The Making of the United States Constitution*. New York: Oxford University Press, 2016. 880 pp. \$39.95 (cloth), ISBN 978-0-19-994203-9.

Am erstaunlichsten an Michael J. Klarmans fast 900 Seiten umfassenden Werk *The Framers' Coup: The Making of the United States Constitution*⁴⁸ ist wohl die Tatsache, dass niemand vor ihm die Entstehung der US-Verfassung wirklich genau untersucht hat. Nicht weniger

48 Ich stütze mich auf die Rezension von Gregory Richard (Winona State University) unter <http://www.h-net.org/reviews/show-rev.php?id=49124>.

erstaunlich aber ist die Erkenntnis, die Klarman schon im Titel andeutet, dass nämlich jene, die an der Entstehung beteiligt waren, teilweise chaotisch improvisierten und waghalsige Entscheidungen trafen, meist gegen den Rat der etablierten politischen Ratgeber – Klarman nennt das Ergebnis daher einen Coup.

Und eine dritte Besonderheit: Obwohl die Verfassung teilweise deutlich die Spuren ihrer Entstehung trägt und auch sichtbare Irrtümer und Fehler hat, führte ihr massives Erscheinungsbild die Betrachter schnell in Versuchung, nach

dem schlechten Beispiel des absolutistischen Europa von einem ‚göttlich inspirierten‘ Dokument zu sprechen.

Die äußeren Bedingungen waren denkbar kompliziert und ungünstig: Der Unabhängigkeitskrieg war letztlich nur aufgrund der losen konföderalen Struktur der 13 Staaten erfolgreich gewesen und daher sprach nichts dafür, dass sich die über 50 aus den Staaten zusammen-treffenden und zerstrittenen Delegierten schließlich zu einer nicht-öffentlichen Klausur entscheiden würden, um dort einen völlig anderen als einen ‚konföderalen‘ Entwurf zu entwickeln.

Klarman führt in der Art eines peniblen Tagebuchs durch den Entscheidungsprozess und stellt dabei die handelnden Personen in biographischer Dichte dar. Es stellt sich heraus, dass diesen bewusst wurde, dass die fundamentalen Interessen- und Traditionsgegensätze zwischen den 13 Staaten, dass aber auch umgekehrt das Postulat der Kooperation und einer Wirtschaftsunion zwischen ihnen nicht ohne eine starke, sogar sehr Staatsregierung möglich sein würde.

Statt also einen Reformplan für die wacklige Konföderation vorzulegen, handelten die Delegierten hinter ver-

schlossenen Türen ein austariertes republikanisches Machtmodell aus, wobei sich deutlich die Bildungstraditionen des alten Europa zu Wort meldeten – der Entwurf trägt die Züge der von Patriziern dominierten, aristokratischen Struktur der Römischen Republik, wie sie sich u.a. auch im späteren gigantischen Lincoln-Memorial oder im Namen ‚Capitol‘ niederschlägt und aus der wohl auch die Praktiken der Feierlichkeit und der Reverenz abgeleitet sind, ganz im Gegensatz oder zusätzlich zur christlich-jüdischen Inszenierung des *Hill*, des Neuen Jerusalems. Auch die Französische Revolution und mit ihr der ‚Konsul‘ Napoleon sollten die römisch-republikanische Inszenierung wenige Jahre später direkt übernehmen. Was wiederum die Verhandlungen in Philadelphia betrifft, sollte die Schwere des Erscheinungsbildes wohl auch davon ablenken, auf welchen schmalen Grat die neue Identität gebaut war – man sieht ihr nicht mehr an, dass sie vor allem von drei politischen Hypothesen begleitet wurde, zum einen von der wirtschaftlichen Talfahrt nach dem Unabhängigkeitskrieg, zum anderen von den konträren Interessen zwischen den kleinen (Rhode Island) und den großen Staaten und drittens von dem tiefen Dissens zwischen den Nord- und

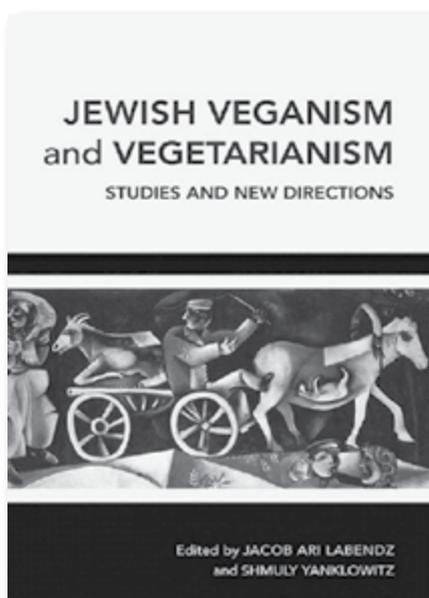
den Südstaaten, sprich: in der Frage der Sklaverei.

Klarman arbeitet heraus, dass diese Frage den Delegierten sozusagen als das Unsagbare bewusst war und gerade weil die Frage zentral war, sie sich nicht sichtbar niederschlug. Erst einen Bürgerkrieg später, also erst nach weiteren, knapp 90 Jahren, hob der Oberste Gerichtshof sie fürs gesamte Staatsgebiet auf.

Wie es scheint, werden in der Ära Trump die zentrifugalen Kräfte, die die US-amerikanische Nation offenbar noch immer kennzeichnen, insbesondere im Kampf um die Verfassung deutlich, d.h. um ihre Deutungshoheit und in Versuchen, sie im Interesse des ‚weißen‘ Amerika, der Zentralgewalt unterzuordnen. Auf der einen Seite steht das Szenario, dass dieser ‚Coup‘ gelingt, auf der anderen Seite, wenn er misslingt, steht die Aussicht auf eine Neujustierung im Interesse der großen Menschheitsfragen.

Jobst Paul ist Mitarbeiter am DISS mit den Themenschwerpunkten Diskurs-, Rassismus- und Antisemitismusforschung

Tierschutz und Judentum



REZENSION VON JOBST PAUL

Jacob Ari Labendz, Shmuly Yanklowitz, *Jewish Veganism and Vegetarianism*⁴⁹: Studies and New Directions. A multidisciplinary approach to the study of veganism, vegetarianism, and meat avoidance among Jews, both historical and contemporary. Albany: SUNY Press, 2019. xxiii + 348 pp. \$90.00 (cloth), ISBN 978-1-4384-7361-1.

49 Ich stütze mich auf die Rezension von Jonathan Brumberg Kraus (Wheaton College, MA) unter: <https://networks.h-net.org/node/28655/reviews/6094994/brumberg-kraus-labendz-and-yanklowitz-jewish-veganism-and>.

Während der vergangenen Jahre, angesichts vieler Unsicher- und Unwägbarkeiten im Lebensmittelhandel, haben nicht nur koschere Restaurants, sondern insgesamt der Handel und Vertrieb koscherer Lebensmittel einen bemerkenswerten Aufschwung genommen.

Die drei Gründe liegen auf der Hand: Zum einen sorgt die Beaufsichtigung der gesamten Produktionskette, u.a. der Rohstoffe, der Zutaten, der Herstellung, des Vertriebs und der Lagerung durch jüdische Religionsbeamte für eine sonst kaum zu erreichende Bio-Qualität.



Zum anderen schafft die traditionelle Unterscheidung zwischen ‚fleischigen‘, ‚milchigen‘ und neutralen Lebensmitteln besonders für Veganer und Vegetarier (auch für Muslime) einen sicheren Zugang zu einer adäquaten Ernährung. Und schließlich haben sich angesichts der historischen Dauer und der geografischen Verbreitung der jüdischen Speisevorschriften besonders fantasievolle und raffinierte Küchen ausgebildet.

Diese praktischen Aspekte haben zwar auch für *jüdische* Veganer und Vegetarier Bedeutung, doch kommt bei ihnen ggf. eine Ebene hinzu. Denn da die Tier- und Umweltethik seit jeher zu den Kernthemen jüdischer Religiosität zählt, können Veganismus und Vegetarismus auch zur Bestimmung jüdischer Identität dienen.

Der Auslotung dieser Identität ist der Essayband *Jewish Veganism and Vegetarianism* (Herausgeber: Jacob Ari Labendz, Shmuly Yanklowitz) gewidmet, in dem 14 AutorInnen in der Dreifachrolle als kritische (1) und jüdische (2) Wissenschaftler und als praktizierende Veganer und Vegetarier (3) Kernaspekte des Themas sowohl aus historischer wie aktueller Sicht beleuchten.

Als Ausgangspunkte dienen dabei einige für die Auslegungspraxis traditionell wichtige Fundstellen, so Genesis 1:26-30 u.a. zum Thema Pflanzen und die Vision aus Jesaja von Löwen und Lämmern. Hinzu kommen talmudische und post-talmudische Interpretationen, so das Verbot, Tieren Schmerz zuzufügen, das Junge ‚in der Milch der Mutter‘ zu garen oder die Brut von Vögeln zu entfernen.

Nachhaltige Wirkung ging auch von den gelehrten Schriften des Rabbi Kook aus (eigentlich: Rabbi Abraham Isaac Hakoohen Kook, 1865-1935), dem ersten, ursprünglich aus Weißrussland stammenden Groß-Rabbiner von Jaffa und später von Jerusalem.

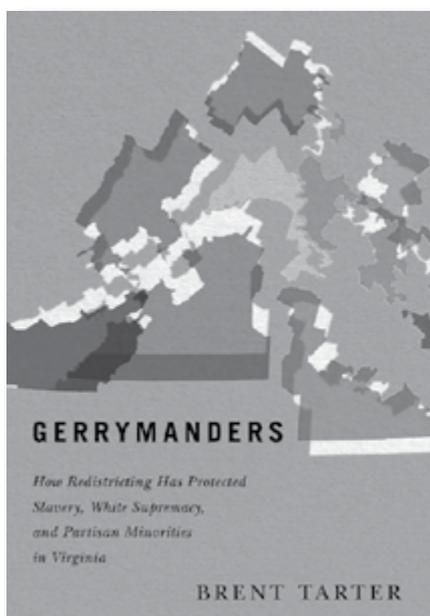
Sein Werk *A Vision of Vegetarianism and Peace* (1903) [<https://www.jewishveg.org/AVisionofVegetarianismandPeace.pdf>] stellt nicht nur eine traditionell-orthodoxe Auslegung zu den jüdischen Ernährungsregeln dar, wie sie auch der Frankfurter Rabbiner Samson Raphael Hirsch (1808-1888) in seinen Publikationen vorlegte – Kooks Werk ist auch eine Tierschutz-Proklamation.

Der Essay-Band von Labendz und Yanklowitz beleuchtet aber nicht nur die Vergangenheit, sondern greift auch aktuelle, darunter auch kritische Themen auf, wie die angelsächsische Schächt-Debatte (Nick Underwood), die Auseinandersetzungen zwischen diversen Fraktionen innerhalb der jüdischen Vegetarierbewegung, linguistische Kontraste zwischen der Tierschutzbewegung in den USA und Israel, künstlerisch-literarische Verarbeitungen des Themas – oder die enge Beziehung zwischen der vegetarischen Bewegung und jüdischen Punk-Rockern (Michael Croland). Selbst Peter Singers Tierschutz-Argumentationen finden eine Aufnahme.

Insgesamt bietet der Band die Möglichkeit, ausgehend von einem vermeintlich partikulären Thema in die Mitte der stets facettenreichen jüdischen Debatten um Ethik, Auslegung, Kultur und Lebenspraxis geführt zu werden.

Jobst Paul ist Mitarbeiter am DISS mit den Themenschwerpunkten Diskurs-, Rassismus- und Antisemitismusforschung

Gerrymanders in Virginia



REZENSION VON JOBST PAUL

Brent Tarter. Gerry Manders⁵⁰: How Redistricting Has Protected Slavery, White Supremacy, and Partisan Minorities in Virginia. Charlottesville: University of Virginia Press, 2019. vii + 130 pp. \$19.95 (cloth), ISBN 978-0-8139-4320-6.

Im Vorfeld von US-Wahlen, seien sie lokal oder national, wie in wenigen Monaten bei den Präsidentschaftswahlen, gibt es für nicht-US-Beobachter immer wieder Anlass zum Staunen:

50 Ich stütze mich auf die Rezension von Tonia L. Anderson (University of Science and Arts of Oklahoma) unter <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=54723>.

Nachrichtenredakteure und Kommentatoren überbieten sich in ihren exakten Kenntnissen der soziologischer Daten und Entwicklungen in den unzähligen Distrikten des US-Kontinents, in dem immerhin fast 320 Millionen Menschen wohnen: Die Daten auch noch der kleinsten Gemeinde werden umgewälzt und gewogen, um Wahlausgänge hochzurechnen, bzw. um jenen Distrikt zu ermitteln, der ‚wahlentscheidend‘ sein wird.

Dass dieser journalistische Breitensport nicht allein mit der Leistungsfähigkeit

der US-Verwaltungen und mit demokratischem Ethos zu tun hat, zeigt Brent Tarter in seiner Untersuchung *Gerrymanders: How Redistricting Has Protected Slavery, White Supremacy, and Partisan Minorities* am Beispiel von Virginia. Es geht um *gerrymandering* – einen Begriff, der sich auf Elbridge Gerry, einen US-Gouverneur um 1812 bezieht, der seinen Wahlbezirk entsprechend der Wohnorte seiner Anhänger so zurechtschnitt, dass die groteske Form eines *Salamanders* herauskam.

In der Tat manifestiert sich in den USA im *gerrymandering* der politischen Akteure bis heute einer der offensichtlichsten Widersprüche zwischen demokratischem Ideal und machtpolitischer Wirklichkeit. Hinzu kommt, dass diese Manipulationen zugleich versuchen, bestimmte Wählergruppen von der Wahrnehmung ihres Wahlrechts abzuschrecken, sie zu behindern oder sie aufgrund fadenscheiniger Bestimmungen davon auszuschließen. Beliebt sind hier z.B. ‚Sprachtests‘, die vor allem die sozial Benachteiligten und Migranten treffen, oder die Positionierung der Wahllokale dort, wohin nur Autobesitzer kommen können.

Präsident Barak Obama wies 2016 auf die Erosions-Effekte dieser Praktiken hin, die ganze Bevölkerungsschichten entmutigen und den Reichen und Mächtigen freie Hand ermöglichen. Vor diesem Hintergrund ist das geringe Interesse der Forschung an *gerrymandering* erstaunlich, die es einerseits nicht als Breitenphänomen anerkennen will und lediglich bei Kongresswahlen hellhörig wird, und die andererseits keinen Machtmissbrauch, sondern viel Zufall am Werk sehen möchte – die also, kurz gesagt, alle Augen zudrückt.

Brent Tarter's Untersuchung ist letztlich die erste überhaupt, die die Praktik und eine ganze Reihe ihrer Vertreter seit der Entstehungsphase bis heute in einer Fallstudie abdeckt und ins Bewusstsein rückt. In Fortsetzung einer früheren Untersuchung (*Grandees of Government* 2013), in der er bereits den Gründen für die Unverrückbarkeit der tiefen

undemokratischen Strukturen in Virginia nachspürte, zeigt er im vorliegenden Band in zwölf kurzen Kapiteln ganz konkret auf, wie sich historisch die politischen Akteure ihre Wähler beschafften, und nicht umgekehrt die Wähler ihre Vertreter wählten. Es ist keine Überraschung, dass sich dabei als Profiteure die Landbesitzer, die Sklavenbesitzer, weiße Rassisten und Interessengruppen untereinander abwechselten.

Dass die Demokraten im 20. Jahrhundert tonangebend waren, überrascht dann doch, während sich die Republikaner im 21. Jahrhundert und bis heute revanchieren. Das Ziel des *gerrymandering* im Blick kommt immer ausgeklügelte Technik zum Einsatz, um Bevölkerungsdaten und Wählerverhalten in den Distrikten und sogar in den noch kleineren Verwaltungseinheiten zu ermitteln, wobei sich die Grenzen zwischen politischen und ‚Lebensstil‘-Daten wohl längst verwischt haben. Daran partizipiert freilich auch der Journalismus, der auf diesem Weg mit der Lupe ganz nah an die (statistischen) Lebensbedingungen der Menschen heranrückt.

Im Vorfeld der kommenden Präsidentschaftswahl kommt nun hinzu, dass sich das US-Verfassungsgericht mit seiner konservativen, teilweise von Trump lancierten Mehrheit aus der Frage heraushält. Denkwürdig ist auch die Tatsache, dass Tarter's Buch zu einem Zeitpunkt erscheint, da die *Virginia General Assembly* sich anschickt, die Wahlbezirke für die Senatswahlen und fürs Repräsentantenhaus neu zu bestimmen.

Jobst Paul ist Mitarbeiter am DISS mit den Themenschwerpunkten Diskurs-, Rassismus- und Antisemitismusforschung

Souveränität statt Komplexität

Wie das Querfront-Magazin COMPACT die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet



Felix Schilk



Felix Schilk

Souveränität statt Komplexität

Wie das Querfront-Magazin ›Compact‹ die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet

ISBN 978-3-89771-768-8

Erscheinungsdatum: März 2017

Seiten: 192

Reihe: Edition DISS Band: 39

Ausstattung: softcover

Compact, Jürgen Elsässers »Magazin für Souveränität«, liefert dem Umfeld von AfD und Pegida Stichworte, Symbole und Ideologeme. Die monatlich erscheinende Zeitschrift verbindet das Bedürfnis nach Homogenität und rigiden Ordnungsvorstellungen mit einer verschwörungsideologischen Deutung gesellschaftlicher Krisenerscheinungen und bietet Projektionsflächen für Sozialcharaktere, die sich durch einen selektiven und verhärteten Zugriff auf die Wirklichkeit auszeichnen.

„Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben. Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausrotteten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, daß sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungscentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen. [...] Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand der außer der Natur steht – sondern, daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und daß unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.“

FRIEDRICH ENGELS: DIALEKTIK DER NATUR, MEW BD. 20, BERLIN 1968, 452F.

